

# Der Friede von Camp David

Der Nahostkonflikt im Spiegel der  
Ö1-Journalsendungen



# **Inhaltsverzeichnis**

## **1. Die Journale**

- 1.1. Der Zeitrahmen
- 1.2. Die Beiträge
- 1.3. Die Berichterstattung des ORF

## **2. Von der Gründung Israels bis Camp David**

- 2.1. Die Gründung des Staates Israel
- 2.2. Die Suez-Krise
- 2.3. Der Sechs-Tage-Krieg
- 2.4. Der Jom-Kippur-Krieg

## **3. Das Friedensabkommen von Camp David**

- 3.1. Der Weg nach Camp David
- 3.2. Das Abkommen von Camp David und die Folgen

## **4. Literaturverzeichnis**

# 1. Die Journale

## 1.1. Der Zeitrahmen

Für die vorliegende Arbeit ist einerseits ein zeitlicher Rahmen von 1948 bis 1978 für das Verständnis, die Zusammenhänge und die Ereignisse, die zum Treffen von Camp David führten, unerlässlich. Aber andererseits ist die Quellenlage der Ö1-Journalsendungen für diesen Abschnitt der Geschichte des Nahen Ostens sehr stark eingeschränkt.

Ö1-Journalsendungen gibt es überhaupt erst seit dem 2. Oktober 1967, also 19 Jahre zu spät für die Gründungsgeschichte Israels und die ersten Jahre des jüdischen Staates. Aber selbst für den Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967, kam die neue Schiene für Nachrichtensendungen des österreichischen Rundfunks nicht mehr rechtzeitig.

Weiters kommt erschwerend hinzu, dass die Journalsendungen ab dem Oktober des Jahres 1967 bis zum April 1976 beim ORF nicht komplett archiviert wurden. Ins Archiv kamen keine kompletten Journale, sondern nur ausgesuchte Beiträge, möglichst mit O-Tönen, also Interviews, Ausschnitte von Pressekonferenzen und dergleichen. Reportagen und Lageberichte fielen meist dem Bedarf nach Tonbandmaterial zum Opfer, sie wurden überspielt. Daraus ergibt sich eine Art von „Patchwork“-Bestand an einigen komplett erhaltenen Ö1-Journalen aus dem Jahr 1971 und Einzelbeiträgen; letztere bilden dabei die überwiegende Mehrheit des ORF-Archivbestandes betreffend die 60er- und 70er-Jahre der Journalsendungen.

Auch musste durch die zeitliche Begrenzung des Projektes, die Katalogisierung und Digitalisierung beim ORF mit den Beiträgen aus dem April 1973 beendet werden. Daraus ergab sich eine weitere Leerstelle für einen entscheidenden Moment - damit ist der Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 gemeint - in der Geschichte des Nah-Ost-Konfliktes, über welchen noch keine digitalisierten Ö1-Journalsendungen und Beiträge als Quellen zur Verfügung stehen.

Wesentlich dichter, dafür aber im zeitlichen Rahmen auch sehr viel kürzer, ist der aus den Archivbeständen der Österreichischen Mediathek erarbeitete Datenbestand. Ab dem Mai 1976 bis zum Jahresende 1978 ist eine beinahe geschlossene Erfassung der Ö1-Mittagsjournale, abgesehen von einer Lücke im Sommer 1976<sup>1</sup>, möglich gewesen. Hierbei musste aber wiederum wegen der Fülle des erhaltenen Materials auf eine komplette Digitalisierung sämtlicher Journalsendungen, also des Morgen-, Mittags- und Abendjournals, aus Gründen der zeitlichen Beschränkung des Projektes, verzichtet werden. Die

---

<sup>1</sup> Die Lücke erstreckt sich konkret vom 24. Juni 1976 bis zum 27. September 1976. Aufgrund der schlechten Bandqualität der Aufnahmen für diesen Zeitraum, wurde von einer Digitalisierung vorerst Abstand genommen.

Mittagsjournale wurden als die ausführlichste und meistgehörte Nachrichtensendung von Ö1 zum Digitalisieren ausgewählt.

Die unmittelbare Zeit vor Sadats Reise nach Jerusalem, die Schwierigkeiten auf dem weiteren Weg zum Treffen von Camp David, der Bürgerkrieg im Libanon mit Israels Eingreifen auf Seiten der christlichen Falange, der Widerstand der PLO und der arabischen Welt gegen einen Frieden zwischen Ägypten und Israel, all diese Punkte sind in einer beinahe schon erdrückenden Dichte in den Beiträgen präsent. Die Auswahl von Thema und Beiträgen für den vorliegenden Bericht war keine leichte Aufgabe. Berücksichtigt wurden aber in erster Linie solche Beiträge, die möglichst nahe an den Entscheidungen, aber nicht nur in rein zeitlichem Sinn, lagen.

## 1.2. Die Beiträge

Insgesamt sind 807 Beiträge zum Themenkreis Naher Osten für den Bearbeitungszeitraum im Archiv der Österreichischen Mediathek vorhanden. Wenn man von einer durchschnittlichen Beitragsdauer von ca. fünf Minuten ausgeht, ein Wert der sicherlich nicht zu hoch angesetzt ist, kommt man auf eine Gesamtdauer von über 66 Stunden Tonmaterial. Aufgeteilt nach „normierten Stichworten“ und „Systematikbegriffen“ ergibt sich folgende Gliederung:

<u>Normiertes Stichwort</u>	<u>Anzahl der Beiträge</u>
Naher Osten	807
PLO	611

  

<u>Systematikbegriff</u>	<u>Anzahl der Beiträge</u>
Israel	738
Ägypten	435
Syrien	314
Jordanien	267
Libanon	248
Libyen	66

Der Schwerpunkt der Berichterstattung auf Ö1 ist daraus unschwer zu erkennen: der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, sowie zwischen Ägypten und Israel.

Warum wurde nun der Konflikt zwischen Israel und Ägypten und dessen Beilegung, als Schwerpunkt für dieses Beispiel der Auslandsberichterstattung im Ö1-Mittagsjournal gewählt?

Ein Teil der Antwort liegt bereits in der Frage: die Beilegung. Der Friedensprozess zwischen Israel und Ägypten und als Höhepunkt auf dem Weg zum Friedensschluss im Jahre 1979, das Treffen von Camp David im Jahre 1978, bilden eine abgeschlossene und zeitlich klar fassbare Einheit. Dagegen ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, seit der Zeit des Ersten Weltkrieges, weder zeitlich noch räumlich vom Hintergrund der Geschichte dieser Weltregion klar abgegrenzt. Von einer Beendigung dieses Streites sind die Beteiligten heute scheinbar weiter entfernt als vor 10 Jahren.

Auch fällt der Weg nach Camp David mit Sadats Rede im ägyptischen Parlament, seiner Reise nach Israel, seiner Rede vor der Knesset, Beginns Gegenbesuch und dem weiteren noch sehr steinigen Weg bis zum Gipfeltreffen in den Bergen von Maryland, genau in den bearbeiteten Zeitraum des Journalprojektes. Dieses Zusammentreffen aus Archivbestand und historischem Ereignis machte die Auswahl des Themas leicht. Davon abgesehen, sind unter den vorhandenen Berichten zu Camp David gerade für die damalige Berichterstattung sehr viele Beiträge mit O-Tönen, also Interviews, Ausschnitte aus Reden oder Pressekonferenzen vorhanden.

Soviel zur Quantität – wie steht es aber um die Qualität?<sup>2</sup> Denn eine Übertragung eines Beitrages in glasklarem Ton, besonders bei der damals üblichen Telefonübertragung, war keine Selbstverständlichkeit. Aus Gründen der historischen Authentizität aber wurde, auch bei Beiträgen mit schlechter Aufnahme- oder Übertragungsqualität, keine digitale Nachbesserung vorgenommen. Denn von einer Nachbesserung zur Verfälschung ist es kein allzu weiter Weg. Was die Qualität des Bandmaterials betrifft, so ist diese, bis auf die bereits angesprochene Sommerlücke im Jahr 1976, erfreulich hoch. Ein Umstand, welcher der vorbildlichen Archivierung des Materials in der Österreichischen Mediathek zu verdanken ist. Wenn es bei der Digitalisierung selbst zu Störungen, den so genannten „Clicks“ kam, wurde eine nochmalige Einspielung vorgenommen. Das war aber nur in einigen wenigen Ausnahmefällen notwendig.

### **1.3. Die Berichterstattung des ORF**

Der reine Umfang der Berichterstattung über den Nahen Osten streicht die Bedeutung des Themas für den ORF heraus. Der hohe Stellenwert, den die damalige österreichische

---

<sup>2</sup> Damit ist natürlich die Tonqualität und der Erhaltungszustand der Bänder gemeint.

Außenpolitik unter Bundeskanzler Bruno Kreisky besaß, ist der wohl ausschlaggebende Grund für diese Schwerpunktbildung in der Auslandsberichterstattung des ORF.

Kreisky als Visionär, Kreisky als Staatsmann mit weltpolitischen Dimensionen, die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Die Bemühungen des Bundeskanzlers, gemeinsam mit Willy Brandt und Olaf Palme, durch das Instrument der Sozialistischen Internationale, um den Frieden im Nahen Osten wären eine eigene Arbeit wert.

Wie gestaltete sich die Berichterstattung? War eine Parteinahme für eine der beiden Staaten zu erkennen? Wurden die Palästinenser als Volk mit eigenen Rechten gesehen? Was Ägypten und Israel, die Staaten des Nahen Ostens überhaupt, betraf, so war der ORF um eine möglichst neutrale Haltung bemüht. Beispielsweise ist in keinem der 435 Beiträge, in denen von Ägypten berichtet wird, eine Schuldzuweisung oder Verurteilung für den Nahost-Konflikt enthalten. Analysen oder Lageschilderungen bedeuten keine Auslegung und Deutung von Ereignissen, um sie vorgefassten Meinungen oder ideologischen Richtlinien anzupassen. Das gilt im selben Maß für Israel, Jordanien oder Syrien. Wo das Bemühen um Objektivität offensichtlich an seine Grenzen stieß, ist der immer wieder ausbrechende und dabei immer brutaler, chaotischer und einfach völlig unverständlich werdende Bürgerkrieg im Libanon. Hier ist aber eine tiefe Antipathie für alle Fraktionen, die bewaffnet waren, zu spüren. Egal ob der Beitrag von Werner Krause, Erwin Behrens oder Gert Schneider gestaltet wurde, die tiefe Abscheu für die Brutalität und Grausamkeit der Milizen, Guerillas und Freischärler ist eine gleichbleibende Konstante der Berichterstattung. Das Unverständnis für diese völlig sinnlose und wahnsinnige Selbstzerfleischung ist in jedem Satz spürbar.

Terror wurde allgemein scharf verurteilt, ob es sich dabei nun um Terror der RAF, der Brigade Rosse oder der PLO handelt, ist ohne Bedeutung. Die Rechte der Palästinenser wurden nicht geleugnet und die Frage nach der Lösung dieses Problems wurde als der wahre Dreh- und Angelpunkt des Nahost-Konfliktes erkannt und dargestellt. Aber die Methoden der PLO und anderer palästinensischer Terrororganisationen und/oder Befreiungsbewegungen fanden keine Zustimmung, sondern wurden angeprangert, abgelehnt und verurteilt.

Unter den Journalisten war Moshe Meisels, der Korrespondent des ORF in Israel, sicherlich die markanteste Gestalt. Kein anderer Journalist berichtete auch nur annähernd so lange aus dem Nahen Osten. Unglaubliche 242 Beiträge weist der Katalog unter dem Gestalter Moshe Meisels aus. Er war der „Mister Nahost“ des ORF, aber auch bei ihm war keine Parteinahme für Israel oder grundsätzliche Voreingenommenheit gegenüber Ägypten oder den arabischen Staaten bemerkbar. Die Berichterstattung war ein mustergültiges Beispiel für Information auf hohem Niveau, Sensationsjournalismus oder mediale Undinge der jüngsten Vergangenheit, wie beispielsweise Infotainment, waren kein Thema. Wenn man einen

Vorwurf erheben könnte, dann vielleicht jenen, dass die Berichterstattung in Bezug auf den Nahen Osten die Rolle der Vermittlungstätigkeit von Bundeskanzler Kreisky besonders herausstrich. Ein wenig Stolz auf die kleine Alpenrepublik als Mitspieler auf der weltpolitischen Bühne war aber auch nicht völlig unverständlich.

## **2. Von der Gründung Israels bis Camp David**

### **2.1. Die Gründung des Staates Israel**

Als sich der Kalte Krieg immer deutlicher abzuzeichnen begann und auf seine erste große Konfrontation zusteuerte - die Berlinkrise von 1948 -, gab es noch einen einzigen Punkt in der Außenpolitik der USA und der UdSSR mit einem gemeinsamen Ziel: die Gründung eines jüdischen Staates. Dass die Motive dahinter unterschiedlicher Natur waren, braucht nicht extra erwähnt zu werden, aber der politische Wille, die Vision von Theodor Herzl in der Realität entstehen zu lassen, blieb sowohl im Kreml als auch im Weißen Haus aufrecht.

Seit Herzls Forderung nach einer territorial selbständigen Heimat für das jüdische Volk im Jahre 1897 hatte es des Ersten Weltkrieges bedurft, damit Großbritannien sich dem Anliegen mit seinem ganzen Gewicht als Großmacht annahm. In der Balfour-Deklaration im Jahr 1917 hatte die britische Regierung ihre Absicht erklärt, für die Schaffung einer nationalen Heimat des jüdischen Volkes in Palästina einzutreten.<sup>3</sup> Nach Ende des Weltkrieges und dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurde Großbritannien deshalb mit dem Völkerbund-Mandat für Palästina betraut. Die Tatsache, dass Palästina keine verlassene, menschenleere Öde war, schien die politisch Verantwortlichen nicht weiter zu beunruhigen oder zu interessieren. Doch es sollten keine 20 Jahre vergehen und Großbritannien begann gegen seine eigene Absichtserklärung zu handeln. Die Machtergreifung Hitlers führte zu einem stetigen Anstieg der jüdischen Einwanderung nach Palästina.<sup>4</sup> Die moslemischen Palästinenser und die gesamte arabische Welt, welche sich ohnehin von England nach dem Ersten Weltkrieg betrogen fühlten, reagierten alles andere als begeistert auf die neue Entwicklung und die neuen Mitbewohner. Ein Unruheherd entstand, welcher die Ölinteressen des britischen Empires gefährden konnte, aber eine ungestörte Versorgung mit Erdöl war für London damals so wichtig wie heute für Washington. Die Rücksichtnahme auf arabische Proteste führte wiederum zu einer Radikalisierung der Zionisten. Illegale jüdische Einwanderer sollten den jüdische Bevölkerungsanteil weiter wachsen lassen, eine jüdische

---

<sup>3</sup> Mejcher, Helmut. Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. München 1998. S. 94 f.

<sup>4</sup> Berger, Johannes. Büttner, Friedemann. Spuler, Berthold. Nahost-Ploetz. Geschichte der arabisch-islamischen Welt zum Nachschlagen. Würzburg 1987. S. 88

Widerstandsbewegung sollte durch bewaffneten Kampf und Terroranschläge die Briten aus dem Mandatsgebiet vertreiben.

Doch erst der Zweite Weltkrieg und in seiner Folge der Holocaust verlieh der zionistischen Bewegung ein moralisches Gewicht, welches in politischen Einfluss umgelegt werden konnte, politischen Einfluss in den Vereinigten Staaten. Im Gegensatz zu Präsident Roosevelt, welcher der Idee eines Judenstaates eher feindlich gegenüberstand, empfand Präsident Truman eine tiefe moralische Verpflichtung gegenüber den Juden, den Überlebenden der Shoa. Außenminister Marshall, der wohl einflussreichste Politiker in der Regierung nach dem Präsidenten, und Verteidigungsminister Forrestal leisteten heftigen Widerstand gegen jegliche Pläne zur Unterstützung einer jüdischen Staatsgründung durch die USA. Ihre Motive waren dieselben, welche bereits Großbritannien vor einem Judenstaat in der Realität zurückschrecken ließen: das Wohlwollen der Araber und damit das Öl. Aber Trumans innenpolitische Berater legten ihm eine Unterstützung der Staatsgründung Israels nahe, aus Rücksicht auf die jüdischen Wähler in den Vereinigten Staaten, die mehrheitlich dafür waren. Die Ankündigung Großbritanniens, das Mandat für Palästina im Jahre 1947 zurückzulegen, brachte Truman in Zugzwang. Gegen die entschiedenen Proteste von Marshall und Forrestal beschloss der Präsident dem Plan der UNO zur Teilung Palästinas zuzustimmen.

Es waren auch die Vereinigten Staaten von Amerika, welche als erstes Land den Staat Israel, nach dessen Gründung am 14. Mai 1948, anerkannten. Der entscheidende Grund für Trumans Handeln waren letztlich nicht außenpolitische und ökonomische Interessen oder innenpolitische Rücksichtnahmen. Ausschlaggebend war wohl die zutiefst empfundene moralische Verpflichtung. Durch diese Entscheidung wurde die amerikanische Außenpolitik auf einen pro-israelischen Kurs gebracht, den sie seither nie wirklich verlassen hat. Doch sollte der erste Nahost-Krieg, der unmittelbar auf die Staatsgründung folgte, zu einer aus heutiger Sicht bizarren Situation führen. Die USA unterstützten Israel zwar politisch, aber das Rüstungsembargo blieb aufrecht, und die Vereinigten Staaten drängten auf eine Verhandlungslösung des Konfliktes. Die Waffen, welche Israel für seinen Kampf benötigte, wurden zu einem erheblichen Teil aus dem Ostblock geliefert. Stalin sah in der Kibbuz-Bewegung in Israel eine Art von Ursozialismus, welcher das Land ins kommunistische Lager führen könnte.<sup>5</sup> Als schließlich auf Vermittlung der UNO im Juli 1949 ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurde, war es Israel gelungen, beinahe den gesamten arabischen Teil Palästinas nach dem UN-Teilungsplan zu erobern<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Bierling, Stephan. Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart. München 2003. S. 107

<sup>6</sup> Freedman, Lawrence. The Cold War. London 2001. S. 154



Israel zeigte unmissverständlich seinen Willen zur politischen Eigenständigkeit. David Ben Gurion widersetzte sich hartnäckig Washingtons Drängen auf Zugeständnisse in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge und der Grenzen des Staates Israel. Eine Umsetzung des ursprünglichen Teilungsplanes der UNO für Palästina wurde somit unmöglich.

## 2.2. Die Suez Krise

Als die Waffen im Nahen Osten 1949, wenn auch nur vorübergehend, schwiegen, war Israel der eindeutige Sieger. Gegen eine erdrückende Übermacht hatte sich die junge Nation mehr als behauptet. Nun folgte eine Phase der Staatskonsolidierung. Das Spektrum der Maßnahmen reichte dabei von der Ausformulierung des Neu-Hebräischen (Ivrit), der Erschließung von Wüstengebieten für die Landwirtschaft, bis zur Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1952. Durch ständige jüdische Zuwanderung wuchs der Staat Israel, und schon damals wurden diplomatische Vorstöße gegen das de facto Auswanderungsverbot von Juden aus dem Ostblock unternommen. Der Frieden nach 1949 bedeutete aber nur, dass es zwischen Israel und seinen Nachbarn keinen großen Krieg gab. Ein von beiden Seiten geführter Terrorkrieg und Blutrache von einzelnen Palästinensern für getötete Familienmitglieder, führten zu immer härteren und brutaleren Vergeltungs- und Abschreckungsmaßnahmen durch Israel. Traurige Berühmtheit hat dabei die Sondereinheit 101 Ariel Sharons erlangt. Erst internationale Proteste und eine Demarche der amerikanischen Regierung führten zu ihrer Auflösung. Doch hatten dieser Kleinkrieg und Israels ungehemmte Vergeltungs- und Abschreckungsschläge das Klima so nachhaltig vergiftet, dass an eine echte Aussöhnung nicht zu denken war.<sup>7</sup>

Im außenpolitischen Bereich blieb die USA zwar ein befreundeter Staat, aber die Distanz zwischen beiden Regierungen war noch erheblich.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, war auch kein Mann, der den Mut zum Risiko zur Maxime seiner Außenpolitik erhob. Das ging soweit, dass die Vereinigten Staaten lieber einen engen Verbündeten brüskierten, als sich in der Dritten Welt auf die Seite der Kolonialstaaten ziehen zu lassen und so an politischem Einfluss zu verlieren.<sup>8</sup> Aus diesen Gründen begrüßte die Regierung Eisenhower sogar den Putsch von General Nasser im Jahr 1954, welcher auf den Sturz der unfähigen und orientalistisch-korrupten Monarchie Ägyptens 1952 und der Ausrufung der Republik 1953 folgte. Washington trat als ehrlicher Makler auf, um einen Vertrag zwischen London und Kairo zur

---

<sup>7</sup> Mejcher. S. 124

<sup>8</sup> Das galt nur solange, als die Kolonialmacht nicht im Kampf gegen Kommunisten stand. Eisenhower hatte keine Bedenken, Frankreich finanziell und mit Waffen im Kampf um Indochina zu unterstützen. Spätestens ab 1949 stieg die Hilfe der USA stetig an, bis Amerika schließlich die gesamten Kriegskosten trug.

Auflösung der britischen Militärbasen im Land und damit das Ende der britischen Herrschaft in Ägypten zustande zu bringen.<sup>9</sup>

Gamal Abdel Nasser schlug aber immer drohendere Töne gegen Israel an und bediente sich einer immer radikaleren anti-kolonialen und anti-imperialistischen Rhetorik. Sein Ziel dabei war die unumstrittene Führung der panarabischen Bewegung. Dabei kam es Nasser gelegen, dass die neue Führung der UdSSR, im Gegensatz zu Stalin, auch in dieser Weltregion eine feste Basis wünschte. Der Staatschef Ägyptens sah aber in der UdSSR, im Gegensatz zur Sichtweise der USA, keine Gefahr für die Region. Er betrachtete die Sowjetunion vielmehr als einen Hebel, um dem Westen Zugeständnisse abzurufen. Diese Strategie funktionierte auch ausgezeichnet, und Waffen aus der CSSR erhöhten die Schlagkraft der ägyptischen Armee erheblich. Nun musste Washington reagieren, wollte es nicht diese neuralgische Zone der Weltpolitik dem kommunistischen Erzfeind kampflos überlassen. Großzügige Kreditangebote für die Errichtung des Assuan-Staudammes sollten Ägypten wieder auf Westkurs bringen. Vergebens. Nasser widersetzte sich den gleichzeitigen Bemühungen aus Washington und London für eine Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes ebenso wie dem Plan eines „Bagdad-Paktes“, der die UdSSR an der Südflanke von der Türkei bis zum Iran umfassen sollte.<sup>10</sup>

Als Ägypten aber auch noch die Volksrepublik China anerkannte, war das Maß voll, zumindest aus der Sicht Washingtons. Die USA zogen ihre Finanzierungsangebote für den Assuan-Staudamm unter dem heftigen Beifall jüdischer Organisationen und der amerikanischen Baumwollproduzenten zurück. Doch Nasser war nicht gewillt nachzugeben. Er erhöhte noch den Einsatz, indem er die britisch-französische Suezkanal-Gesellschaft verstaatlichen ließ, um mit den Einnahmen das geplante Staudammprojekt zu finanzieren.<sup>11</sup> Frankreich und Großbritannien stellten sich auf eine militärische Intervention ein. Grund dafür war, neben der dadurch erhofften Wiederherstellung des beschädigten Images als Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und damit immer noch Großmächte, aber eben auch noch immer Kolonialmächte, die Tatsache, dass über 70% der westeuropäischen Ölimporte durch den Suezkanal liefen. Präsident Eisenhower drohte für den Fall eines Militärschlages dem britischen Premier sogar mit harten Konsequenzen für die NATO-Mitgliedschaft Großbritanniens, aber Frankreich zog Israel auf die Seite der beiden europäischen Mächte. Ein Angriff Israels auf die Sinai-Halbinsel sollte als Grund für das eigene militärische Eingreifen gelten. Israel seinerseits konnte die Durchfahrtsrechte durch den Suezkanal, welchen Ägypten gesperrt hatte, sowie den Zugang zum Roten Meer, der ebenfalls von Ägypten blockiert wurde, gewinnen. Als am 29. Oktober 1956 die gemeinsame Aktion

---

<sup>9</sup> Bierling, S. 126

<sup>10</sup> Stöver, Bernd. Der Kalte Krieg. München 2003. S. 50

<sup>11</sup> Der Suezkanal befand sich bis zu diesem Zeitpunkt noch im Besitz von Frankreich und Großbritannien, auch seine Verwaltung unterlag noch diesen beiden Staaten, ebenso die Einnahmen aus dem Schiffsverkehr durch den Kanal.

begann, waren Präsident Eisenhower und sein Außenminister Dulles außer sich. Neben dem unabsehbaren Schaden für den gesamten Westen in der arabischen Welt, sah die amerikanische Regierung in der ganzen Aktion eine unerwünschte Ablenkung von und Rechtfertigung für das Vorgehen der UdSSR in Ungarn.<sup>12</sup> Im UN-Sicherheitsrat stimmten die USA gemeinsam mit der UdSSR gegen die beiden wichtigsten Verbündeten. Als die UdSSR eine gemeinsame Militäraktion zur Beendigung der Krise vorschlug, erhöhte Washington seinen politischen Druck noch einmal gewaltig. Ein Ölembargo gegen Frankreich und England, sowie die Einstellung der Unterstützung für das chronisch schwache britische Pfund waren die unmittelbaren Folgen. Zuerst lenkte Großbritannien ein, woraufhin auch Frankreich und Israel nachgaben. Doch erfüllten sich die Hoffnungen Eisenhowers nicht. Das harte Vorgehen gegen die eigenen NATO-Verbündeten machte wenig Eindruck in der arabischen Welt. Im Gegensatz dazu gewann die UdSSR an Ansehen und Einfluss. Sowjetische Waffen waren nach Ägypten geliefert worden, sowjetische Kredite sollten den Assuan-Staudamm finanzieren und harte Worte Chruschtschows gegen den Westen hatten dessen Prestige in der arabischen Welt enorm gesteigert. Auch Nasser sah keinen Grund zum Einlenken, pro-westliche arabische Regime sahen sich einer steigenden Flut von politischen Vorwürfen und Angriffen durch Ägypten ausgesetzt. Während die UdSSR Kriegsgerät an Syrien und Ägypten lieferte, gingen die USA daran, Israel aufzurüsten – allerdings auf einem Umweg über die BRD. Mitte 1964 baten die Vereinigten Staaten Bonn, schweres amerikanisches Kriegsgerät an Israel zu liefern.<sup>13</sup> Jede Seite trachtete danach, für die nächste Runde im Kampf möglichst gut gerüstet und vorbereitet zu sein. Der Ausbruch eines weiteren Nahostkrieges erschien für viele Beobachter unvermeidlich und nur eine Frage der Zeit - wie sich zeigen sollte, nicht zu unrecht.

### **2.3. Der Sechs-Tage-Krieg**

Am 5. Juni 1967 griff Israel die umliegenden arabischen Staaten an. Vorausgegangen war ein kompliziertes Szenario aus internationalen, arabisch - israelischen Konfliktmomenten und innerarabischen Verwicklungen. Der direkte Anlass für den israelischen Angriff war die Sperre der Seestraße von Tiran nach Elat am Golf von Aqaba durch Ägypten.<sup>14</sup> Doch war dies nur der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. In der Vorgeschichte zu diesem Schritt Nassers stand der Abschuss von sechs syrischen MIGs durch israelische Mirage-Kampfbjets im Frühjahr 1967. Moskau schaltete sich ein und ermutigte Ägypten, den Golf von Aqaba zu schließen, um Washington, das in Vietnam immer

---

<sup>12</sup> Mejcher. S. 130

<sup>13</sup> Steininger, Rolf. Der Kalte Krieg. Frankfurt a. M. 2003. S. 44. Mejcher. S. 144

<sup>14</sup> Mejcher. S. 20

tiefer in den dortigen Krieg verstrickt war, auch noch zum Engagement für Israel zu zwingen, in der Erwartung einer Niederlage. US-Präsident Johnson wollte nicht in einen zweiten Krieg gezogen werden, also schlug er der israelischen Regierung vor, zwei Wochen zu warten, um auf dem Verhandlungsweg eine Öffnung der Seestraße von Tiran zu erreichen, deren Sperre Nasser am 2. Mai 1967 verkündet hatte. Das israelische Kabinett akzeptierte am 27. Mai 1967 den amerikanischen Vorschlag, doch war das im politischen Leben Israels sehr wichtige Militär darüber gewaltig erzürnt. Am 1. Juni wurde eine Regierung der nationalen Einheit gebildet und drei Tage später erfolgte der Beschluss für einen Präventivkrieg.<sup>15</sup>

Präsident Nasser hatte seine Armee so hoch gerüstet wie nur möglich, oder besser gesagt, soviel an Rüstungsgütern angehäuft, wie er von der UdSSR und anderen Ostblock-Ländern erhalten konnte. Er wollte, im Bündnis mit Syrien und Jordanien, diese Streitmacht gegen Israel zum Einsatz bringen. Syrien und Ägypten hatten sich vor Kriegsbeginn in anti-israelischen Hasstiraden gegenseitig zu überbieten versucht. Beide Länder verloren dabei nie den Anspruch auf die Führungsrolle im Kampf der Araber gegen den verhassten zionistischen Feind aus den Augen. Jordanien wiederum war sehr wohl an Vergeltung für die durch Israel erlittenen Demütigungen interessiert, aber ebenso sehr musste der junge jordanische König Hussein auf sein Ansehen unter den anderen arabischen Staaten achten. Dabei erschien ihm ein strammer anti-israelischer Kurs wohl als die richtige Wahl für einen guten Ruf innerhalb der arabischen Welt.

Die Möglichkeit eines israelischen Erst- oder Präventivschlages war offensichtlich niemandem auf arabischer Seite in den Sinn gekommen. Doch genau das geschah am 5. Juni 1967. Der Krieg begann mit einem gut geplanten und erfolgreich umgesetzten Angriff der israelischen Luftwaffe auf die ägyptischen Flugfelder im Sinai und weiter westlich des Suezkanals. Dieser Angriff erfolgte ohne Kriegserklärung. Die meisten der 385 von der Sowjetunion gelieferten modernen Flugzeuge wurden am Boden vernichtet, die Rollbahnen der Flugplätze beschädigt oder gänzlich unbrauchbar gemacht. Somit hatten die ägyptischen Truppen im Sinai keine Luftunterstützung mehr und standen damit praktisch schon am ersten Tag des Krieges am Rande der Niederlage. Auch die weniger starken und weniger modern ausgerüsteten syrischen und jordanischen Luftstreitkräfte wurden ähnlich verheerend dezimiert. Dadurch hatte Israel für den Rest des Krieges die totale Luftüberlegenheit. Nach überaus harten und vor allem für die arabische Seite verlustreichen Kämpfen standen am 10. Juni israelische Truppen als Sieger am Suez-Kanal, in Ostjerusalem vor der Klagemauer, am Ufer des Jordan und auf den Golanhöhen. Die arabischen Armeen waren vernichtend geschlagen und nach nur sechs Tagen hatte die israelische Armee die feindlichen Linien durchbrochen und wäre dazu in der Lage gewesen, in Kairo, Amman und Damaskus einzumarschieren.

---

<sup>15</sup> Steininger, S. 45. Die Pläne für diesen Präventivschlag müssen allerdings bereits Monate vorher ausgearbeitet worden sein. Aber ein guter Generalstab zeichnet sich dadurch aus, dass er auf alle Möglichkeiten vorbereitet ist.

Der Kriegsausgang ergab eine völlig veränderte Landkarte des Nahen Osten. Israel kontrollierte nun ein Territorium, welches die dreifache Fläche seines Staatsgebietes vor dem Krieg umfasste. Aber auch neue Probleme kamen auf Israel zu, denn weder das Westjordanland noch die Golanhöhen oder der Gazastreifen waren eine menschenleere Wüste gewesen. An die 500.000 Palästinenser flohen nach Jordanien, der größte Teil aus dem Westjordanland und Ostjerusalem. Weitere 900.000 Palästinenser verblieben in den jetzt von Israel besetzten Gebieten.

Israels Armee hatte einmal mehr bewiesen, dass reine zahlenmäßige Überlegenheit nicht kriegsentscheidend sein muss. Die mit sowjetischen Waffen hochgerüstete ägyptische und syrische Armee, aber auch die disziplinierteren jordanischen Truppen konnten sich mit den besser ausgebildeten und hoch motivierten israelischen Soldaten nicht messen. Doch darf dabei nicht vergessen werden, wodurch dieser große Sieg massiv erleichtert wurde. Die Zerstörung der großen und modern ausgerüsteten ägyptischen Luftwaffe, sowie der kleineren syrischen und jordanischen Luftwaffe, durch einen israelischen Überraschungs-Luftangriff ohne Kriegserklärung war für den Ausmaß des Sieges entscheidend. Tatsache ist aber auch, dass die Bevölkerung eines Landes mit allgemein höherem Bildungsstandard mit komplexen Systemen, dazu zählen besonders moderne Waffen, besser umgehen kann. Beispielsweise verloren die Ägypter während der Kämpfe am Sinai 820 ihrer 953 Panzer. Die israelischen Verbände verloren hingegen nur 120 Panzer, von denen etliche auch geborgen und repariert werden konnten, weil Israel im Besitz des Kampfgebietes blieb.<sup>16</sup> Bezeichnend ist hier auch die Einschätzung der militärischen Stärke Israels durch Analytiker der drei westlichen Großmächte USA, Frankreich und Großbritannien. Keiner sah Israel ernsthaft in Gefahr. Die militärischen Analytiker der drei Nationen waren sich nur darin uneinig, ob Israel eine oder zwei Wochen brauchen würde, die arabischen Armeen zu besiegen. Grund für diese Einschätzung war die hohe Professionalität der israelischen Streitkräfte, ihre Ausrüstung mit modernen Waffen und ihre größere Erfahrung im Kampf.

Am 23. Oktober 1967 führte Gundomar Eibegger mit Dr. v. Weissel ein Interview für das Ö1-Abendjournal. Dr. v. Weissel hielt am selben Abend in Wien einen Vortrag mit dem Titel „Der Kampf ums Heilige Land“.

Über die besetzten Gebiete wurde nicht auf Punkt und Komma die offizielle Meinung der israelischen Regierung wiedergegeben, aber Grundtendenzen und Überlegungen spiegelten sich sicherlich darin wieder. Dr. von Weissel trat massiv für einen Verbleib von Israel sowohl im Sinai als auch auf dem Golan ein. Die arabische Bevölkerung dieser Gebiete wurde von

---

<sup>16</sup> Jorgensen, Christer. Mann, Chris. Panzerschlachten. Eine illustrierte Geschichte der Panzerkriege von 1914 bis heute. Wien 2001. S. 151

ihm als von so kleiner Anzahl bezeichnet, dass daraus keine Probleme entstehen könnten. Für das in der Tat viel dichter besiedelte Westjordanland sah er die folgende Lösung:

*„Eibegger: Nun hat Israel im jordanischen Teil die Eroberungen gemacht und damit sehr viele Araber seinem Staatsgebiet einverleibt, und das dürfte das echte Problem sein.*

*v. Weissel: Das ist das echte Problem. Dort leben, dort sind ca. eine Million Araber, ein bisschen weniger, 950.000, davon ungefähr 250.000, die in Flüchtlingslagern noch heute leben.*

*Eibegger: Und kann Israel mit diesem Problem fertig werden, Herr Dr. v. Weissel?*

*v. Weissel: Können kann – können können wir sicher – ob wir es wollen, ist wieder eine Frage von politischen Erwägungen. Unser Außenminister hat einen sehr vernünftigen Vorschlag gemacht. Eine Föderation zwischen Israel, dem weitgehend christlichen Libanon, wo wir ziemliche Sympathien unter der Erde haben, zum Vorschein kommen sie nicht, und Trans-Jordanien zu machen.“<sup>17</sup>*

Wie sehr diese Überlegungen, egal wie ernsthaft sie vom israelischen Außenminister Abba Eban betrieben wurden, völlig realitätsfern waren, kann man wohl an der tatsächlichen Lage im Libanon ablesen, welche letztlich zum Bürgerkrieg führte. Wie die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon, die Palästinenser im Westjordanland und die arabischen Bürger in Israel, welche bis heute beispielsweise keinen Wehrdienst leisten müssen oder dürfen, in diese Föderation gepasst hätten, bleibt ein ewiges Rätsel.

Doch sollten nun die Vereinten Nationen tätig werden, und dabei machte sich die im Rahmen der Entkolonialisierung stark gestiegene Mitgliederzahl und deren politische Einstellung bemerkbar. Am 22. November 1967 wurde die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates verabschiedet, die den israelischen Rückzug aus besetzten Gebieten im Austausch für Frieden vorsieht.<sup>18</sup> In ihren entscheidenden Punkten lautet die UNO-Resolution 242 vom 22.11.1967:

*„U.N. Resolution 242, November 22, 1967*

*The Security Council*

*Expressing it's continuing concern with the grave situation in the Middle East, emphasizing the inadmissibility of the acquisition of territory by war and the need*

---

<sup>17</sup> JA-671023\_b

<sup>18</sup> Mejcher. S. 187

*to work for a just and lasting peace, in which every State in the area can live in security, emphasizing further that all Member States in their acceptance of the Charter of the United States have undertaken a commitment to act in accordance with Article 2 of the Charter.*

*1. Affirms that the fulfillment of Charter principles requires the establishment of a just and lasting peace in the Middle East which should include the application of both the following principles:*

*(i) Withdrawal of Israeli armed forces from territories occupied in the recent conflict;*

*(ii) Termination of all claims or states of belligerency and respect for an acknowledgement of the sovereignty, territorial integrity and political independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force;*

*2. Affirms further the necessity:*

*(a) For guaranteeing freedom of navigation through international waterways in the area;*

*(b) For achieving a just settlement of the refugee problem;*

*(c) For guaranteeing the territorial inviolability and political independence of every State in the area, through measures including the establishment of demilitarized zones;*

*3. Requests the Secretary-General to designate a Special Representative to proceed to the Middle East to establish and maintain contacts with the States concerned in order to promote agreement and assist efforts to achieve a peaceful and accepted settlement in accordance with the provisions and principles of this resolution.*

*4. Requests the Secretary-General to report to the Security Council on the progress of the efforts of the Special Representative as soon as possible.”<sup>19</sup>*

Diplomatische Bemühungen brachten aber keinen echten Friedensprozess in Gang. Nachdem im August 1967 in der sudanesischen Hauptstadt Khartum eine Gipfelkonferenz aller arabischen Staaten beschlossen hatte, keinen Frieden mit Israel zu schließen, keine Verhandlungen mit Israel zu führen und Israel als Staat nicht anzuerkennen, erklärte

---

<sup>19</sup> Quandt, William B. Camp David. Peacemaking and Politics. Washington 1986. S. 341 f.

Präsident Nasser das durch Gewalt zurückgeholt werden muss, was zuvor durch Gewalt verloren ging.

Aber auch auf israelischer Seite gab es Falken, wie den ehemaligen Generalstabschef und Verteidigungsminister Moshe Dayan. Über die Haltung Dayans, der zu den markantesten Persönlichkeiten in der Geschichte Israels, sowohl als Militär wie auch als Politiker, zu zählen ist, gibt die Reportage von Moshe Meisels für das Ö1-Mittagsjournal vom 14. Februar 1968 Auskunft:

*„Der israelische Sicherheitsminister Moshe Dayan wird sich morgen zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten begeben. Bei dieser Gelegenheit wird Dayan wahrscheinlich in Gesprächen mit dem in Kürze aus seinem Amt ausscheidenden amerikanischen Verteidigungsminister Robert McNamara und seinem Nachfolger Clark Clifford versuchen, das Pentagon zu überzeugen, dass eine Stärkung des israelischen Militärpotentials mit amerikanischen Waffen einen neuen Krieg im Nahen Osten verhindern wird. Der Sechs-Tage-Krieg hat, laut der Ansicht Dayans, bewiesen, dass Militärbündnisse in bestimmten Weltbezirken, die auf Hilfe von außen angewiesen sind, keinen Wert haben und dass die Verteidigung den bedrohten Ländern selbst überlassen werden muss. Diese Politik wäre im Falle des Persischen Golfs und des Nahen Ostens als einziger Weg zu empfehlen, um den Status quo in diesen Weltbezirken zu wahren und eine Erweiterung des sowjetischen Einflusses zu verhindern. Dayan, der sich seinerzeit große Sympathien unter den Falken in amerikanischen Militärkreisen nach seinem Vietnambesuch erworben hat und von vielen als eventueller zukünftiger israelischer Regierungschef angesehen wird, wird zweifellos mehr als jeder andere im Pentagon Gehör finden, wenn er die Gefahren der verstärkten sowjetischen Anwesenheit im Mittelmeergebiet und im Nahen Osten betont und, laut der amerikanischen Wochenzeitschrift „News Week“, Waffen für Israel wie Düsenflugzeuge der Type Sky-Hawk und Phantom zum Ausgleich des Kräftegleichgewichts mit den arabischen Staaten fordern wird. Dayan wird auch versuchen, dem Pentagon klar zu machen, dass die derzeitige Position Israels am Suezkanal die einzige Gewähr dafür bietet, um Ägypten in Zukunft zu Friedensverhandlungen mit Israel zu bewegen. Angesichts der gegenwärtigen Spannung an der israelisch-jordanischen Grenze, will Dayan auch die israelische Warnung an König Hussein durch amerikanische Intervention erhärten. Dayan, der von Ministerpräsident Levi Eshkol ersucht wurde, die Vereinigten Staaten zu besuchen, um im Rahmen der israelischen*



*Schuldscheine-Aktion, die für Sicherheitsbedürfnisse notwendigen Mittel aufzubringen, bestand darauf, dass er auch in offizieller Mission wirken kann. Da Dayan zu den Falken in der israelischen Regierung zählt, die für eine Politik der starken Hand, in der Frage der Zukunft der besetzten Gebiete eintreten, wurde seinem Ansuchen von Eshkol und Außenminister Eban erst nach einigem Zögern stattgegeben. Auch eine Aussprache zwischen dem amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson und Dayan wird während seines Aufenthaltes in Washington vorbereitet. Vor seiner Abreise richtete Dayan im israelischen Parlament eine eindeutige Warnung an die Adresse König Husseins, dass die von jordanischem Gebiet ausgehenden Terrorangriffe als Kriegshandlungen betrachtet werden müssen. Sollte Jordanien die Feuereinstellungslinie in eine Front verwandeln, so würde es dabei das Leben seiner Bürger gefährden, erklärte Dayan. Wir benehmen uns, trotz der feindseligen Haltung der Gegenseite, Jordanien gegenüber als Nachbarstaat. Der Export landwirtschaftlicher Produkte vom Westjordangebiet nach Jordanien wird trotz aller Hindernisse unvermindert aufrechterhalten und auch die Rückkehr der Flüchtlinge und Familienwiedervereinigung nehmen ihren Fortgang. Diese Bereitschaft bedeutet aber nicht, dass Israel weiterhin die jordanischen Aggressionen dulden und dass Jordanien ein Recht erhalten wird, sich in die Angelegenheiten des von Israel besetzten Westjordangebietes einzumischen.“<sup>20</sup>*

Ein charakteristischer Punkt in der Berichterstattung dieser Zeit ist die Rolle der UdSSR, also der Kalte Krieg, welcher drohend im Hintergrund stand. Wie stark dieser Aspekt der Weltpolitik im Nahen Osten in den nächsten Jahren an Einfluss verlieren sollte, lässt sich wiederum an der Berichterstattung ablesen. In fast keiner der Reportagen über den Friedensprozess in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre, welcher schließlich zum Camp David Abkommen führte, spielte der Kalte Krieg als Schreckgespenst eine Rolle. Das bedeutete aber nicht, dass die Auseinandersetzung der Supermächte zum Erliegen gekommen wäre, im Gegenteil, steuerte sie doch mit der Einführung der mobilen sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen in Osteuropa und dem NATO-Doppelbeschluss als Reaktion darauf, auf eine besonders gefährliche Phase zu. Der Verlust des Einflusses der UdSSR im Nahen Osten, nach dem Yom-Kippur-Krieg, der sich in der Berichterstattung widerspiegelte, war aber auch eine Tatsache.

Doch kehren wir wieder in die späten 60er-Jahre zurück. Ein weiterer zukünftiger Konflikt, der Zusammenstoß zwischen dem jordanischen Königshaus und der PLO, warf seinen

---

<sup>20</sup> JM-680214\_b

Schatten voraus. Noch wurde aber in Israel der Terror der PLO aus Stützpunkten in Jordanien als Aggression des jordanischen Staats gesehen. Im Rückblick betrachtet, ist aber hier eine der Wurzeln für den „Schwarzen September“ der PLO im Jahre 1970 zu sehen.

Ägyptens harter Kurs, seine Willenbezeugung, durch Gewalt zurückzuholen, was durch Gewalt verloren gegangen war, und Israels harter Kurs des Siegers führten zu einem Stellungskrieg im diplomatischem und militärischem Sinn.

Der blutige, aber heute weitgehend vergessene Abnutzungskrieg zwischen Israel und Ägypten entlang des Suezkanals, war der militärische Ableger der Pattsituation im Nahen Osten. Von 1968 bis 1970 bauten beide Länder ihre Stellungen aus und nahmen wiederholt die gegnerische Seite unter heftiges Artilleriefeuer. Sowohl die ägyptische als auch die israelische Luftwaffe flogen heftige Angriffe. Beide Seiten betonten, nur militärische Ziele anzuvisieren, und eigentlich ist es müßig zu sagen, dass dabei auch zivile Ziele getroffen wurden. Moshe Meisels berichtete im Ö1-Abendjournal vom 11. März 1969 über den Frontalltag dieses Zermüßungskrieges:

*„Laut einer israelischen Meldung nahm die ägyptische Artillerie das Gebiet zwischen dem Mitla-Pass und Port Tawfik unter Beschuss, was zu einem erneuten erbitterten Gefecht führte. Israelische Artillerie und Panzer richteten wieder, wie in den vergangenen 48 Stunden, das Feuer auf ägyptische Stellung und strategische Ziele auf der Gegenseite des Kanals. Die Beobachter der Vereinten Nationen schlugen beiden Seiten eine Einstellung des Feuers für 5 Uhr Nachmittag vor, was laut israelischer Meldung von Israel akzeptiert wurde. Die Ägypter sollen jedoch zu dieser Stunde das Artilleriefeuer entlang des Kanals bis nach Kantara erweitert haben, worauf die israelische Artillerie und Panzer die Beschießung ägyptischer Ziele im vollen Umfange aufnahmen. Von israelischer Seite aus konnten mehrere direkte Treffer auf ägyptischem Gebiet gesichtet werden. Weitere Versuche der Beobachter der Vereinten Nationen, eine Feuereinstellung herbeizuführen, schlugen fehl, und am Vorabend hielt das schwere Artillerieduell noch an. Die Spannung entlang der 120 Kilometer langen Strecke des Kanals, hat nach den letzten schweren Gefechten ihren Höhepunkt erreicht. Kairo, das sein Militär in totale Einsatzbereitschaft gestellt hat, meldete heute, dass weitere schwere Zusammenstöße am Suezkanal zu erwarten sind. Kairo bezeichnet die Errichtung israelischer Befestigungen auf der Ostseite des Kanals als Schaffung fertiger Tatsachen und Bruch des Feuereinstellungsabkommens. Der amtierende israelische Ministerpräsident Yigal Allon, der in Begleitung des Generalstabschefs, General Chaim Bar Lev,*

*die befestigten israelischen Stellungen am Suezkanal besuchte, erklärte, die am Suezkanal stationierten israelischen Einheiten seien nicht nur im Stande äußerst wichtige strategische Objekte auf der ägyptischen Seite des Kanals zu vernichten, sondern ihre Verteidigungslinie sei nicht mehr zu durchbrechen. Jeder ägyptische Versuch, den Kanal zu überqueren und einen offenen Krieg zu beginnen, sei a priori zum Scheitern verurteilt. Die Massenflucht der Bewohner der Kanalstädte hält an. Seit dem Ausbruch der letzten Kämpfe soll bereits ein Drittel der in der Stadt Suez zurückgebliebenen Bevölkerung von 60.000 Personen ins Innere des Landes geflüchtet sein. Die Stadt Ismailia, die besonders von der israelischen Artillerie unter Beschuss genommen wurde, ist quasi zu einer Geisterstadt mit ganz wenigen Einwohnern geworden. Tausende haben auch die Stadt Port Said verlassen. Diese Hafenstadt, in der sich eine beträchtliche Anzahl sowjetischer Militärberater befindet, wurde bisher nicht von der Artilleriebeschießung betroffen. Ihre Bewohner befürchten jedoch, dass sich die Gefechte auch auf sie erweitern könnten.“<sup>21</sup>*

Israel errichtet die nach dem israelischen Generalstabschef benannte Bar-Lev-Linie, bestehend aus 35 Stützpunkten entlang des Suezkanals. Wie bereits im obigen Beitrag erwähnt, hielt das israelische Militär seine Verteidigung tatsächlich für unüberwindlich. Ein schwerwiegender Irrtum, wie sich noch herausstellen sollte.

Ägypten geriet scheinbar noch stärker in sowjetische Abhängigkeit, was Waffenlieferungen und die Ausbildung der Streitkräfte betraf. Eine Art von Stellungskrieg wurde von beiden Seiten geführt, den keine Seite zu einem großen neuen Nahost-Krieg eskalieren lassen wollte, der aber trotzdem die Möglichkeit einer Eskalation ständig in sich trug und eine Unmenge an Wirtschaftsressourcen verschlang. Die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden rückten in immer weitere Ferne.

Wie so oft seit dem Dezember 1960, dem Zeitpunkt des ersten internationalen Friedenseinsatzes für das österreichische Bundesheer im damaligen Kongo, bezogen auch Offiziere des österreichischen Bundesheeres, im Friedensdienst der UNO, Beobachterposten auf beiden Seiten des Suezkanals.<sup>22</sup> Angesichts der ständigen Möglichkeit eines Feuergefechtes und einer schlagartigen Ausweitung eines Artillerieduell zum nächsten großen Krieg im scheinbar endlosen Kampf im Nahen Osten, war dies sicher kein bequemer und angenehmer Auslandsaufenthalt mit guter Bezahlung.

---

<sup>21</sup> JA-690311\_a

<sup>22</sup> JM-671229\_a

Während dieser grausame Stellungskrieg entlang des Suezkanals tobte, wurden die USA auf diplomatischer Ebene wieder aktiver. Ein neuer Präsident, eine neue Regierung in Washington, wollten außenpolitisch wieder agieren und nicht nur reagieren. In einer seiner ersten Pressekonferenzen als neuer Präsident der Vereinigten Staaten äußerte Richard Nixon die Ansicht, dass eine neue Initiative der USA für Frieden im Nahen Osten notwendig wäre:

*„I believe, we need new initiatives, a new leadership on the part of the United States, in order to cool of the situation in the mid east.“*<sup>23</sup>

Auf arabischer Seite wurde vermehrt die Politik der starken Worte angewandt, so auch von Ägyptens Präsident Nasser bei seiner Rede vor der Nationalversammlung in Kairo, anlässlich deren Eröffnungssitzung.<sup>24</sup>

Aber der ägyptische Staatschef gab nicht nur martialische Drohungen gegen Israel in seinen Reden und Interviews von sich. Am 4. Februar 1969 berichtete Carolus Schenke im Ö1-Morgenjournal über die Veröffentlichung eines 5-Punkte-Friedensplanes durch den ägyptischen Präsidenten und Revolutionsführer:

*„Nasser sagt in diesem Interview, wenn Israel sich aus den besetzten Gebieten der Vereinten Arabischen Republik zurückzieht, Ägypten dann bereit ist, einen 5-Punkte-Plan anzubieten. Nämlich: Aufgabe des bestehenden Kriegszustandes, Anerkennung des Rechtes jeden Landes in Frieden zu leben, territoriale Integrität aller Länder des Nahen Ostens, einschließlich Israels, innerhalb anerkannter und sicherer Grenzen, Navigationsfreiheit auf internationalen Wasserstraßen und gerechte Lösung des arabischen Flüchtlingsproblems. Wir haben uns bereits nach dem Krieg 1948 zusammengesetzt mit Israel, und wir wären bereit, das wieder zu tun, sagt Nasser. Er weigert sich aber zu garantieren, dass er bereit sei, Direktgespräche mit Vertretern Israels aufzunehmen. Israel hat bekanntlich stets auf solchen Direktgesprächen bestanden. Er kritisiert mehrmals während des Interviews die Vereinigten Staaten. Wenn sie bereit sind, meint er, aufzuhören für die Besetzung arabischen Bodens durch Israel eine Entschuldigung zu finden und wenn sie die Lieferung von Phantom-Bombern an Israel von der Zurückziehung israelischer Truppen abhängig machen, sind wir bereit, mit den Vereinigten Staaten wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Ich weiß, sagt Nasser, dass die Vereinigten Staaten Israel 100 Prozent unterstützen. Amerika ist der Meinung,*

---

<sup>23</sup> JA-690127\_a

<sup>24</sup> JA-691020\_b

*erklärt Nasser, dass Israel seine Truppen nicht vor bindenden Abmachungen mit den Arabern zurückzieht. Solch eine Lösung würde sich aber, nach Ansicht Nassers, für die Araber ungünstig auswirken. Denn, wie er sagt, jetzt hat Israel die Peitsche in der Hand. Der Sowjetunion gegenüber ist Nasser in seinen Bemerkungen großzügiger. Die Sowjetunion will Frieden im Nahen Osten, davon bin ich überzeugt, Sie hat auch keinerlei Gegenleistung für ihre Waffenlieferungen an uns verlangt, sagt Nasser. Eine Nahost-Lösung kann es, nach Ansicht Nassers, nur geben, wenn Israel zu einem Land wird, dessen Existenz nicht auf einer, sondern auf allen Religionen basiert. Wenn Israel die arabischen Flüchtlinge weiter ihrer Rechte beraubt, wird der Konflikt noch 40 Jahre oder länger dauern, sagt Nasser. Für die Niederlage Ägyptens 1967 macht er die Selbstzufriedenheit und den Dünkel der ägyptischen Generale verantwortlich. Der 5-Punkte-Plan Nassers folgt im wesentlichen den Forderungen der Weltsicherheitsratsresolution vom 22. November 1967. Was aufgrund des Interviews nicht klar wird, nach Meinung von UNO-Beobachtern, ist, ob Nasser seinen neuen Plan nicht nur von einer Zurückziehung israelischer Truppen, sondern gleichzeitig auch von einer Lösung des Flüchtlingsproblems, eines der dornigen im Nahost-Konflikt, abhängig macht.“<sup>25</sup>*

Auch wenn noch von arabischen Flüchtlingen, nicht vom palästinensischen Volk, die Rede ist, an der entscheidenden Bedeutung dieser Frage und ihrer Lösung bestand schon 1969 kein Zweifel.

Nach dem überraschenden Tod des israelischen Premierministers Levi Eskhol am 26. Februar 1969 übernahm Golda Meir als erste Frau in Israel die Regierungsgeschäfte. Moshe Meisels führte für das Ö1-Mittagsjournal am 13. März 1969 ein Interview mit der neuen Premierministerin. Sie vertrat wie ihre Vorgänger den Standpunkt, dass die militärische Stärke Israels nicht nur für das Weiterbestehen des Landes, sondern auch für den Frieden mit seinen Nachbarn, unerlässlich sei.<sup>26</sup>

Wie schnell aus begrenzten Militärschlägen ein neuer großer Nahost-Krieg hätte entstehen können, zeigte die Reportage von Peter Fuchs für das Ö1-Mittagsjournal vom 14. Februar 1970. Ein israelischer Luftangriff hatte eine Fabrik in der Nähe von Kairo getroffen, 70 Arbeiter kamen dabei ums Leben. Israel sprach von einem technischen Fehler, der zu einer falschen Zielansprache geführt hätte. Kairo machte seinen Willen klar, auch bei einer

---

<sup>25</sup> JF-690204\_a

<sup>26</sup> JM-690113\_b

drastischen Verschärfung des Luftkrieges, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.<sup>27</sup> Die militärische Eskalation schien unvermeidlich, doch schalteten sich nun die USA und die UdSSR verstärkt ein. Am 7. August 1970 trat ein auf Druck der Großmächte ausgehandelter Waffenstillstand am Suezkanal in Kraft.<sup>28</sup>

In einer Reportage von Moshe Meisels, welche nur in Form einer Einblendung für die Sonderjournalsendung vom 31. Dezember 1970 existiert, heißt es:

*„Zum ersten Mal seit über zwei Jahren schweigen wieder die Kanonen am Suezkanal. Um Mitternacht ist die von Israel und Ägypten akzeptierte befristete Waffenruhe in Kraft getreten. Die Artillerieduelle und Luftangriffe, die in diesem Gebiet zu einer Art zweiter Natur geworden sind und noch knapp vor dem Zeitpunkt der Feuerpause im Gange waren, wurden eingestellt. Eine fast unheimlich anmutende Ruhe verbreitete sich entlang der Kanalzone. Als der israelische Ministerpräsident, Frau Golda Meir, gestern Abend die Nachricht über das Inkrafttreten der Waffenruhe mit Ägypten bekannt gab, erklärte sie: ‚Israel ist bereit, die Waffenruhe auf gegenseitiger Basis strikt einzuhalten. Ich will hoffen, dass auch die Gegenseite die Feuerpause bis zu einem Frieden wahren wird. Israel sieht die Waffenruhe als natürliche Phase auf dem Weg zu einer vertraglichen Friedensregelung, mit sicheren und vereinbarten Grenzen zwischen Israel und Ägypten, an. Solang eine solche Regelung nicht erreicht werden sollte, wird Israel seine Positionen an den derzeitigen Feuereinstellungslinien aufrechterhalten und für eine ständige Steigerung seines Militärpotentials sorgen, um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.‘ betonte Frau Meir.“<sup>29</sup>*

Der Friede am Suezkanal war aber ein trügerischer, denn beide Seiten verstärkten ständig ihre Militärpräsenz, und warfen sich gegenseitig Verletzungen der Waffenruhe vor. Über ein Interview mit Verteidigungsminister Dayan berichtete für das Ö1-Mittagsjournal vom 5. September 1970 Avigdor Yesha:

*„Wörtlich sagte Dayan: ‚Die Verhandlungen gehen weiter. Ich glaube an ein Endstadium des Krieges, allerdings sieht jede Seite eine andere Form des Friedens. Israel und die arabischen Staaten sind kriegsmüde. Weder Araber noch Juden wünschen eine Fortsetzung des Blutvergießens. Ich bin überzeugt, dass auch Washington und Moskau eine politische Lösung des Konfliktes*

---

<sup>27</sup> JM-700214\_b

<sup>28</sup> Quandt. S. 20

<sup>29</sup> JS-701231

herbeiführen wollen.' Warnend fügte Dayan hinzu, Israel müsse darauf bestehen, dass die sowjetischen Raketen aus der Sperrzone am Kanal zurückverlagert werden müssen. Die strategische Lage vom 7. August, dem Vorabend des Inkrafttretens des Stillhalteabkommens am Kanal, müsse wieder hergestellt werden. Es gehe nicht an, dass eine Seite die Bestimmungen des Abkommens verletzt, während sich die andere Seite an Abmachungen halten will. Sollte das Abkommen weiterhin verletzt werden, wäre Israel nicht in der Lage der Entwicklung untätig zuzusehen. Die militärische Situation im vierten Jahre des Krieges sei nicht als schlecht zu bezeichnen, sagte Dayan. Die Ostfront ist faktisch zusammengebrochen, sie existiert nicht mehr, den palästinensischen Widerstandsgruppen war kein Erfolg beschieden, die Lage in Jordanien sei katastrophal, und was die Ägypter betrifft, würden sie die bisher größte Niederlage ihrer Geschichte erleben, falls sie den Kanal überqueren sollten. Sie würden derartige Massen an zerstörten Tanks und Kriegsmaterial zurücklassen, dass die Tanks, die sie im Sechs-Tage-Krieg verloren haben, wie eine Miniature aussehen würden. Dayan nahm auch zu dem sowjetischen Engagement in Ägypten Stellung. Er sagte, er glaube nicht an die übertriebenen Berichte über die sowjetische Bereitschaft, Schulter an Schulter mit den Ägyptern gegen Israel zu kämpfen. Dies sei in den letzten drei Jahren nicht der Fall gewesen und sei auch jetzt nicht zu erwarten. Ohne Genehmigung Israels werde niemand den Kanal öffnen. Sollten die Ägypter den Suezkanal ausbaggern wollen, müssten sie das Einverständnis Israels einholen. Es könnte sein, Israel würde, unter gewissen Bedingungen, damit einverstanden sein, aber soweit bisher bekannt ist, sei Kairo vor Einstellung der Feindseligkeiten und an eine Vorbereitung des Suezkanals für die neue Eröffnung und Inbetriebnahme des Kanals nicht interessiert. Auf die Frage, ob und wann der israelische UNO-Delegierte Josef Dekor nach New York zurückkehren wird, entgegnete Dayan: ‚Dekor ist nicht auf Heimaturlaub. Er wartet nur die Instruktionen der Regierung ab. Washington muss den ganzen Einfluss aufbieten, damit die Ägypter von nun an die Waffenruhe einhalten. Sollten die Raketen nicht rückverlagert werden, müsste uns die Garantin der Waffenruhe, also Amerika, in aller Offenheit sagen, dass wir wieder freie Hände am Suez haben.‘ Dayan schloss das Interview mit einer verächtlichen Bemerkung über den Vorschlag des amerikanischen Kongressabgeordneten Hamilton Fish, einen heißen Draht, die sogenannte ‚Rote Linie‘, zwischen Nixon und Golda Meir zu errichten. Es gibt ausgezeichnete Telefonverbindungen, wozu die rote Farbe, bemerkte er lachend und ließ durchblicken, dass sich die Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem

*letztthin zusehends verbessert haben, seit Washington erkannte, dass Israels Beschwerden über die ägyptischen Raketenverlagerungen den Tatsachen entsprechen.“<sup>30</sup>*

In diesem Interview ist viel vom Glauben der Israelis an die eigene militärische Stärke, ja Unbesiegbarkeit, welche seit dem Sechs-Tage-Krieg ständig zugenommen hatte, zu spüren. Diese Zuversichtlichkeit, die schon in Arroganz umschlug, wurde vorerst auch durch nichts in Frage gestellt.

Das Ableben des ägyptischen Präsidenten Nasser, dessen Gesundheit durch die Niederlage im Sechs-Tage-Krieg und unter dem anschließenden Abnutzungskrieg gelitten hatte, sollte in gewisser Weise den Weg frei für neue Entwicklungen machen.

Gamal Abdel Nasser starb am 28. September 1970 in Kairo und Anwar al-Sadat folgte ihm als Staatspräsident nach. Am Trauerzug für den verstorbenen Führer der arabischen Welt nahmen am 1. Oktober 1970 geschätzte acht Millionen Menschen teil, die größte Anzahl Trauernder bei einem Begräbnis in der Menschheitsgeschichte. Das Defilee geriet außer Kontrolle und chaotische Zustände in der Stadt waren die Folge. Matthias Hardt gab in seiner Reportage für das Ö1-Mittagsjournal am 1. Oktober 1970 eine bewegende Schilderung der Trauer des ägyptischen Volkes für seinen Präsidenten:

*„Das Begräbnis für den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser drohte unmittelbar nach dem Beginn bereits im Chaos der Millionen zu versinken. Noch ehe die Lafette mit dem Sarg die Nilbrücke passiert hatte, stand die Spitze des Zuges, auf der anderen Seite des Nils, bereits festgekeilt in der Menge. Etwa acht Millionen Menschen säumen heute früh die Straßen, die der Trauerzug nehmen wird. Die Organisation, die ursprünglich vorgesehen war, um den offiziellen Teil des Trauerzuges von Störungen durch die Menge freizuhalten, brach bereits am frühen Morgen zusammen. Die Straßen, die der offizielle Trauerzug mit den Staatsgästen an der Spitze, darunter der sowjetische Ministerpräsident Kossygin, der äthiopische Kaiser Haile Selassie, unter ihnen der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt Karl Mörsch, nehmen sollte, war voll blockiert mit Menschen. Die einzige Möglichkeit für die ägyptischen Behörden den Zug zum Vorwärtsbringen zu bewegen, war der massive Einsatz von Kadetten der Militärakademien, die in Sechserreihen in die Menge hineinmarschierten und sie zur Seite drängten. Vorher war es zu bewegenden Szenen am Revolutionsratsgebäude gekommen, wo der Zug*

---

<sup>30</sup> JM-700905\_b



*seinen Ausgang nahm. Dort hatte ein Hubschrauber den Sarg des toten Präsidenten abgeladen, den er vom Palast der Republik, wo Präsident Nasser bisher geruht hatte, überführt hatte. Als der Sarg eintraf, brach die Menge in lautes Weinen aus. Selbst kampferprobte Offiziere, die in Habt-Acht-Stellung standen, konnten ihre Tränen nicht zurückhalten. „Nasser“- „Nasser“- „Nasser“, so lautete der von den Millionen aufgenommene Ruf, der über die Stadt schallte. Der ägyptische Rundfunk und das Fernsehen mussten mehrfach ihre Sendungen kurzfristig unterbrechen, da ihre Reporter weinend zusammenbrachen und ihre Reportagen nicht fortsetzen konnten. „Auf Wiedersehen Gamal, auf Wiedersehen, du bester aller Männer“ so hieß einer der Sprüche, den die Menge in den Himmel jagte, als die Prozession vorüberzog.“<sup>31</sup>*

In Jordanien hatte sich seit der Flüchtlingswelle des Sechs-Tage-Krieges die angespannte Lage zwischen den Palästinensern und der arabisch-stämmigen Bevölkerung weiter verschlechtert. Die Palästinenser begannen immer mehr einen Staat im Staat zu bilden. Eine eigene Infrastruktur, Schulen und Krankenhäuser für die Menschen in den Flüchtlingslagern entstand.<sup>32</sup> Daneben entstanden aber auch immer mehr Ausbildungslager für Kämpfer der PLO. Die Nutzung von jordanischem Hoheitsgebiet für den Kleinkrieg der PLO gegen Israel, wurde zu einer immer größeren außenpolitischen Belastung für das jordanische Königshaus, während zur selben Zeit radikale Gruppen unter den Palästinensern offen zum Sturz der jordanischen Monarchie und der Errichtung eines palästinensischen Staates in Jordanien aufriefen.<sup>33</sup> Am 2. September erreichte dieser Konflikt seinen Höhepunkt, als nach einem erfolglosen Attentatsversuch auf den jordanischen König Hussein, dieser die bewaffneten PLO-Gruppen im Land mit großer Brutalität durch die Armee angreifen ließ, der „Schwarze September“ der PLO hatte begonnen.<sup>34</sup> In einer Art von terroristischem Gegenschlag wurden am 6. September von palästinensischen Kommandos eine Reihe von internationalen Verkehrsmaschinen entführt. Drei der Maschinen wurden am 9. September auf einem jordanischen Flugplatz gesprengt, jedoch erst, nachdem die Passagiere freigelassen worden waren. Nun gab der jordanische König jede Zurückhaltung auf und die Auseinandersetzung mit den Palästinensern sollte ein für allemal geklärt werden, nun aber mit Gewalt.

Am 16. September wurden die Flüchtlingslager um Amman von der jordanischen Luftwaffe bombardiert, woraufhin Syrien auf der Seite der Palästinenser massiv militärisch eingriff. Ein großer Panzervorstoß der syrischen Armee auf jordanisches Gebiet wurde allerdings nach heftigen Gefechten mit der jordanischen Armee und unmissverständlichen Kriegsdrohungen

---

<sup>31</sup> JM-701001\_a

<sup>32</sup>Marjanovic, Suzana. Israel und Palästina. Ursprung, Entwicklung und Schlüsselprobleme des Nahostkonfliktes. Dipl. Arb. Wien 2001. S. 36

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Werner. S. 70

durch Israel gegen Syrien, mit politischer Rückendeckung durch die Vereinigten Staaten, abgebrochen. Die syrische Armee hatte die Schlagkraft der israelischen Luftwaffe noch nicht vergessen.

In seiner Reportage vom 23. September 1970 für das Ö1-Mittagsjournal zitierte Moshe Meisels Aussagen israelischer Militärexperten:

*„Israelische Militärexperten erklärten heute, die nächsten 24 Stunden würden für das Schicksal Jordaniens entscheidend sein. Sollte es dem jordanischen Militär gelingen, den Vormarsch der Syrer aufzuhalten oder sie sogar zurückzuwerfen, so würde es zu keiner militärischen Intervention von außen kommen. Ein weiterer syrischer Vormarsch oder ein Einsatz der syrischen Luftwaffe würden die Sicherheitsinteressen Israels beeinträchtigen. Jerusalem hält ständigen Kontakt mit Washington über die Entwicklungen in Jordanien aufrecht. Der israelische Militärsprecher war nicht bereit, Nachrichten über eine Teilmobilisierung der israelischen Reserven und Alarmbereitschaft der israelischen Luftwaffe zu bestätigen, erklärte jedoch, Israel verfolge die Ereignisse in Jordanien aufmerksam und sei auf jede Eventualität vorbereitet.“<sup>35</sup>*

Die PLO hatte die Bereitschaft von Libyen, Ägypten, Syrien und dem Irak überschätzt, einen Krieg gegen Jordanien und gegen Israel zu riskieren. Unter Vermittlung des bereits gesundheitlich schwer angeschlagenen Präsident Nasser kam es zu einem Abkommen zwischen König Hussein und Yassir Arafat. Die überlebenden Kämpfer der PLO zogen aus Jordanien ab und gingen in den Libanon, während PLO-Chef Arafat vorübergehend ins Exil nach Kairo ging. Im Libanon selbst wurde die PLO abermals zu einem Staat im Staat, mit den gleichen sich daraus ergebenden Problemen wie zuvor. Für die ohnehin sehr fragile politische Balance und Stabilität des Libanons war die Anwesenheit von mehreren tausend schwer bewaffneten Kämpfern der PLO, die den Südlibanon zu einer riesigen Basis für Terroranschläge gegen Israel nutzten, eine Katastrophe. Der Ausbruch eines Bürgerkrieges war nur mehr eine Zeitfrage. Der Terror-Anschlag bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München war eine direkte Folge der Ereignisse im September 1970. Dieser Anschlag des Terrorkommandos „Schwarzer September“ am 5. September 1972 war eine Vergeltung für die Niederschlagung des palästinensischen Aufstandes. In einer dichten Reihe von neuen Beiträgen in Ö1-Journalsendungen am 5. und 6. September 1972 widmete auch der ORF seine ungeteilte Aufmerksamkeit den Ereignissen in München. Alleine im Mittagsjournal vom 6. September 1972 waren fünf Beiträge diesem tragischen Vorfall

---

<sup>35</sup> JM-700923\_d

gewidmet. Die Berichterstattung konzentrierte sich dabei auf den Ablauf des Geschehens und auf die Reaktionen aus Israel. Die Motive der Terroristen wurden über die Ebene ihrer direkten Forderungen hinaus nicht analysiert.<sup>36</sup>

#### **2.4. Der Jom-Kippur-Krieg**

Nach dem scheinbaren außenpolitischen Erfolg der Beendigung des Vietnamkrieges und den großen Anfangserfolge der Dreiecks-Politik, wandten sich Präsident Nixon und Henry Kissinger einem weiteren Krisenherd zu, dem Nahen Osten. Im Herbst 1973 war die Lage Israels aus amerikanischer Sicht aber nicht allzu bedroht, hatte doch der Staat Israel im Sechs-Tage-Krieg seine militärische Überlegenheit mehr als eindrucksvoll demonstriert.<sup>37</sup> Aus dieser Position der Stärke heraus war Israel aber in eine außenpolitische Sackgasse geraten, denn ein Rückzug aus den besetzten Gebieten, ohne vorherige umfassendste diplomatische und völkerrechtliche Garantien für den Bestand Israels, war ausgeschlossen. Doch ebenso ausgeschlossen waren für die arabischen Staaten Verhandlungen ohne einen vorherigen Rückzug der Israelis. Israels Sicherheit war der oberste und wichtigste Prüfstein jedweder Politik des Landes, wodurch es aber in seinen außenpolitischen Möglichkeiten stark eingeschränkt wurde.<sup>38</sup> Dieser unüberbrückbare Widerspruch verhalf auch der UdSSR in Ägypten und Syrien zu einer vorerst unerschütterlichen Position.

Die Position der arabischen Staaten und der UdSSR waren auf den ersten Blick festgelegt und unverrückbar. Ägypten und Syrien, zwei der direkten Verlierer des Sechs-Tage-Krieges, sannent entweder auf Rache oder auf die Wiedergutmachung erlittenen Unrechts, eine Frage des Standpunktes. Das Königreich Jordanien war gleich durch mehrere Auseinandersetzungen und Verwicklungen geschwächt: dem Konflikt zwischen den Palästinensern und dem jordanischen Königshaus, sowie dem Eingreifen Syriens auf Seiten der Palästinenser. Syrien hatte erst auf massiven Druck der USA, allerdings via Israel, sein Engagement für die PLO abgebrochen. Dieser Kampf hatte in der arabischen Welt das Ansehen und die Stellung Jordaniens nachhaltig geschwächt, eine Wiederholung der Koalition mit Syrien und Ägypten gegen Israel wurde dadurch auch unmöglich.

Die UdSSR selbst trat einerseits, besonders für Ägypten und Syrien, aber auch den Irak, als der „reiche Onkel“ auf, durch Waffenlieferungen auf Kredit, weitere Kredite zur

---

<sup>36</sup> JM-720905\_a, JM-720905\_b, JM-720905\_c, JM-720905\_d, JF-720906\_a, JM-720906\_a, JM-720906\_b, JM-720906\_c, JM-720906\_d, JM-720906\_e, JA-720906\_a, JA-720906\_b, JA-720906\_c

<sup>37</sup> Dinitz, Simcha. The Yom Kippur War. Diplomacy of War and Peace. In: Kumaraswamy, P. R. (Hrsg.). Revisiting the Yom Kippur War. London 2000. S. 104

<sup>38</sup> Greffenius, Steven. The Logic of Conflict. Making War and Peace in the Middle East. New York 1993. S. 42

Wirtschaftshilfe und Berater für alle Bereiche eines Staatswesens, hauptsächlich aber Militärberater.<sup>39</sup> Andererseits bot die UdSSR durch ihr außenpolitisches Schwergewicht eine Plattform für anti-zionistische und anti-imperialistische Äußerungen der radikalsten unter den arabischen Staaten.<sup>40</sup>

Durch den Tod von Nasser und den Regierungsantritt von Anwar al-Sadat am 28. September 1970, betrat ein neuer Mann die internationale Bühne. Die Weltöffentlichkeit, darin machte auch die Berichterstattung im ORF keine Ausnahme, sah Sadat und Ägypten fest und unverrückbar auf Seiten der UdSSR, beinahe schon so etwas wie einen informellen Warschauer-Pakt-Staat im Nahen Osten. Ein Besuch vom Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Nikolai Podgorny, mit einer riesigen Delegation, welcher zum Abschluss eines weiteren Vertrages über Wirtschaftshilfe, vor allem aber Militärhilfe, zwischen Ägypten und der UdSSR führte, schien diesen Eindruck vollauf zu bestätigen.<sup>41</sup> Die verstärkten Aktivitäten der UdSSR in Ägypten führten durchaus zu vermehrter Aufmerksamkeit der Israelis, vor allem des israelischen Geheimdienstes Mossad. Ein Besuch des Chefs der CIA, Richard Helms, der erste Besuch eines amerikanischen Geheimdienstchefs in diesem Land überhaupt, war einerseits ein Anzeichen für den Stellenwert des Konfliktes im Kalten Krieg, andererseits aber auch eine Warnung von Israel an Ägypten.<sup>42</sup>

Für Sadat war es wichtig, politisch überlebenswichtig, nach innen und außen Stärke zu zeigen und an Profil zu gewinnen. Er verfolgte dabei eine Doppelstrategie, den zum einen wies er sämtliche sowjetischen Berater aus dem Land, und zum anderen plante er gemeinsam mit Syrien Krieg gegen Israel zu führen.

Zwischen 15.000 und 20.000 sowjetische Berater und Techniker halfen hauptsächlich beim Wiederaufbau der ägyptischen Armee nach der Niederlage im Sechs-Tage-Krieg.<sup>43</sup> Am 18. Juli 1972 gab Sadat die Ausweisung der Berater aus der UdSSR bekannt.<sup>44</sup>

Sadats Plan schien vorerst auch ein voller Erfolg zu werden. Obwohl er die Hilfe der UdSSR so harsch zurückgewiesen hatte, ein deutliches Signal an die ägyptische Bevölkerung, wer der Herr am Nil war, erhielt Ägypten trotzdem kurz danach den bisher größten Rüstungskredit aus der UdSSR. Innenpolitisch war es ein voller Erfolg für Sadat, er konnte nun als der wahre Führer der arabischen Welt auftreten, keine Marionette der UdSSR, ja ganz im Gegenteil, die UdSSR war dem neuen Pharao weiterhin zu Diensten.

---

<sup>39</sup> Gosztony, Peter. Die Rote Armee. Geschichte und Aufbau der sowjetischen Streitkräfte seit 1917. Wien 1980. S.407. Von 1972 bis 1975 entfielen 75% der sowjetischen Entwicklungshilfe auf militärische Leistungen und Waffenlieferungen.

<sup>40</sup> Treadgold, Donald W. Ellison, Herbert J. Twentieth Century Russia. Oxford 2000. S. 389

<sup>41</sup> JM-710527

<sup>42</sup> JM-710630

<sup>43</sup> Beattie, Kirk J. Egypt during the Sadat Years. New York 2000. S. 47

<sup>44</sup> Berger. Büttner. Spuler. S. 177

Außenpolitisch waren die Risiken schon erheblich größer, doch Sadat musste auch einen Erfolg gegen Israel erzielen. Aber ein Erfolg konnte nur durch einen Krieg und einen Sieg auf dem Schlachtfeld gelingen. Der ägyptische Präsident ließ es dabei nicht an Gelegenheiten fehlen, bei denen er die Bevölkerung des Landes daran erinnerte.<sup>45</sup> Sadat war der Ansicht, bevor er über Frieden nachdenken könnte, muss zuerst die Schande der Niederlage des Sechs-Tage-Krieges getilgt, mit Blut abgewaschen, werden. Außerdem floss ohnehin ständig Blut, ägyptisches und israelisches, denn der Waffenstillstand am Suezkanal wurde immer wieder gebrochen und beide Seiten waren sich darin einig, dass der andere schuld war.<sup>46</sup>

Die Haltung der UdSSR zu Ägypten war immer eine ambivalente Angelegenheit. So sehr Nasser und Sadat Geld, Waffen und Berater aus Moskau willkommen waren, so wenig waren die Herrscher am Nil der Ideologie des Marxismus-Leninismus näher gekommen. Noch im April 1971, beim 24. Parteitag der KPdSU in Moskau, wurde in einer tönenden Erklärung verkündet:

*„Der Kampf der friedliebenden Kräfte gegen die israelische Aggression ist jetzt in eine Phase eingetreten, die durch die völlige Entlarvung der expansionistischen Bestrebungen der herrschenden Oberschicht Israels und der zionistischen Kreise gekennzeichnet ist. Die internationale Isolierung der israelischen Aggressoren und ihrer Schirmherren, der imperialistischen Kreise der USA, die heuchlerisch von Friedensbestrebungen reden, in Wirklichkeit aber die israelische Extremisten anstacheln, verstärkt sich.*

*Die konstruktive Haltung der arabischen Länder, vor allem der Vereinigten Arabischen Republik, schafft günstige Voraussetzungen für die volle Verwirklichung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967.*

*Die hartnäckige Weigerung der israelischen Machthaber, ihre Truppen von den besetzten arabischen Territorien abzuziehen, stellt eine offene Herausforderung gegenüber der Weltöffentlichkeit und gegenüber den Beschlüssen der Organisation der Vereinten Nationen dar.“<sup>47</sup>*

Aber Sadat war auch bewusst, dass Ägypten für die UdSSR einer von vielen Orten war, an denen der Kalte Krieg ausgefochten wurde. Er war sich darüber im Klaren, dass die USA zu Israel eine sehr viel tiefere und komplexere Beziehung hatte, als dies zwischen Ägypten und

---

<sup>45</sup> JM-710507

<sup>46</sup> JA-710918

<sup>47</sup> XXIV. Parteitag der KPdSU. Moskau 1971. S. 497 f.

der Sowjetunion der Fall war. Für einen Vorteil im Ringen der Supermächte, wäre die UdSSR jederzeit zu Zugeständnissen auf Kosten Ägyptens bereit gewesen.

Das Moskauer Gipfel-Treffen vom Mai 1972 hatte Sadat in seiner nicht allzu hohen Meinung über die politische Zuverlässigkeit der UdSSR, was die arabischen und ägyptischen Interessen betraf, bestätigt. Ein Abschnitt im Endkommunique des Gipfeltreffens ließ den Schluss zu, dass die UdSSR den Nahen Osten politisch auf Eis gelegt hatte, um eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA zu erreichen. Dieser Schritt der UdSSR ermöglichte Sadat die sowjetischen Berater aus Ägypten im Juli 1972 auszuweisen und danach sowohl engere diplomatische Beziehungen zu den USA zu knüpfen, als auch weiterhin Geld und Waffen von den Sowjets zu nehmen. Aber seine Überzeugung, dass ein Krieg unvermeidlich sei, hatte sich dadurch nur noch verstärkt.<sup>48</sup>

Der 6. Oktober 1973, der Tag des Versöhnungsfestes Jom Kippur, dem heiligsten aller jüdischen Feiertage, war als Angriffsdatum festgelegt worden. Die Hoffnungen, die Israelis dadurch völlig unvorbereitet zu treffen, bewahrheiteten sich. Nachdem der erste Schock überwunden war, reagierte die israelische Armee mit der von ihr gewohnten Professionalität, Präzision und Schnelligkeit. Doch vorerst waren die Angreifer am Zug. Ägyptische Truppen überquerten an mehreren Stellen den Suez-Kanal und durchbrachen, bis auf eine Stelle bei Port Said, die „Bar-Lev-Linie“, die israelische Hauptstellung entlang des Kanals, während über 1.000 syrische Panzer in das Golan-Gebiet eindrangten.<sup>49</sup>

Durch das Überraschungsmoment, den Einsatz von modernster sowjetischer Rüstungstechnologie, besonders in der Luftabwehr, auf Seiten Syriens und Ägyptens, und die große numerische Überlegenheit der Angreifer - am Golan standen den über 1.000 syrischen Panzern keine 200 israelische gegenüber – sowie die hohen Verluste bei den ersten gescheiterten israelischen Gegenangriffen - so gingen über 150 israelische Kampfflugzeuge verloren - geriet Israel an den Rand der Niederlage. Zumindest tauchte der Gedanke an diese Möglichkeit erstmals in den Köpfen der israelischen Regierung und des Militärs auf. Einen kurzen Moment lang mag sogar der Einsatz von Waffen, die Israel offiziell bis heute nicht besitzt, erwogen worden sein – Atomwaffen für einen nuklearen Vernichtungsschlag.

Doch traten nun die Supermächte unabhängig voneinander massiv auf den Plan. Durch Luftbrücken sollten die hohen Materialverluste der Kriegsparteien ausgeglichen werden, auf diplomatischer Ebene sollte eine Einstellung der Kämpfe erreicht werden. Es war dies keinesfalls ein zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR abgesprochenes

---

<sup>48</sup> Al-Sadat, Anwar. Unterwegs zur Gerechtigkeit. Auf der Suche nach Identität: Die Geschichte meines Lebens. Wien 1977. S. 275

<sup>49</sup> Herzog, Chaim. The War of Atonement. The Inside Story of the Yom Kippur War. London 2003. S. 63

Vorgehen, aber ein gemeinsames Ziel war auch ohne Absprache klar: Eine Eskalation des Konfliktes wollte keine der beiden Supermächte.

Eine wenig effektive sowjetische Luftbrücke nach Ägypten wurde am 10. Oktober begonnen. Am 13. Oktober begann die amerikanische Luftbrücke „Operation Nickel Grass“, und die USA warfen nun ihr ganzes Gewicht in die Waagschale.<sup>50</sup> Die für israelische Verhältnisse katastrophal hohen Materialverluste konnten so ersetzt werden und eine Änderung der israelischen Angriffstaktik brachte den erhofften Erfolg. Der Welt blieb ein begrenzter Atomkrieg, der aber in der Konstellation des Kalten Krieges auch zu einem weltweiten nuklearen Desaster hätte führen können, erspart.

Wie gefährlich die Lage aber in Wirklichkeit war, kann man an der Tatsache erkennen, dass Präsident Nixon die Alarmstufe für die amerikanischen Atomwaffen erhöhte.<sup>51</sup> Gleichzeitig hatte die UdSSR bis zum Kriegsende 23 Kriegsschiffe und 29 U-Boote, darunter auch Oberwassereinheiten mit Nuklearbewaffnung und Atom-U-Boote, im Mittelmeer zusammengezogen.<sup>52</sup>

Die israelische Armee überquerte nun ihrerseits den Suezkanal und schloss Teile der ägyptischen Armee ein. Auch an der Front gegen Syrien wendete sich das Blatt zugunsten der Israelis.

Doch jetzt wurden die arabischen Bruder-Staaten von Syrien und Ägypten aktiv. Am 17. Oktober 1973 verkündete die OPEC eine Drosselung der Ölförderung, bei einem gleichzeitigen Öl-Boycott gegen die USA und die Niederlande, Staaten, die Israel unterstützen.<sup>53</sup> Dazu kam noch eine akkordierte Öl-Preiserhöhung aller OPEC-Staaten um das Vierfache.<sup>54</sup> Saudi-Arabien trat dabei als der erboste Hüter der heiligsten Stätten des Islam auf, der die Ölwanne einsetzte, um die Ungläubigen zu züchtigen. Trotzdem wurde 1974 ein Kooperationsabkommen zwischen den USA und dem Königreich der Wahabiten geschlossen, das 8.000 amerikanische Militärberater ins Land brachte und den USA Land für Militärbasen überließ. Durch dieses Abkommen waren 1977 bereits über 20.000 US-Soldaten im Land.<sup>55</sup> In dieser Präsenz der Vereinigten Staaten im heiligsten Land des Islam liegen aber zum Teil auch die Wurzeln des heutigen islamitischen Terrors.

Am 22. Oktober rief der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Resolution 338 alle Kriegsparteien auf, das Feuer einzustellen. Auf massiven Druck der Großmächte stimmten

---

<sup>50</sup> Dinitz. In: Kumaraswamy. S. 117

<sup>51</sup> Bierling. S. 163

<sup>52</sup> Golan, Galia. The Soviet Union and the Yom Kippur War. In: Kumaraswamy. S. 136

<sup>53</sup> O'Ballance, Edgar. No Victor, No Vanquished. The Yom Kippur War. London 1984. S. 255

<sup>54</sup> Beattie. S. 135

<sup>55</sup> Konzelmann, Gerhard. Der befohlene Friede. München 1978. S. 195 f.

sowohl Israelis als auch Syrer und Ägypter zu. Dem amerikanischen Außenminister Kissinger gelang es dabei, die Vernichtung der auf der Sinai-Halbinsel eingeschlossenen 3. Ägyptischen Armee durch Israel zu verhindern. Kissinger hatte einen großen diplomatischen Erfolg errungen. Amerika war bei den arabischen Staaten besser angesehen, da es einen totalen und für die Araber demütigenden Sieg Israels verhindert hatte.<sup>56</sup> Die Verluste an Menschen und Material waren auf beiden Seiten groß, doch moralisch gesehen war der Schaden auf israelischer Seite größer. Der Krieg führte zu einer Traumatisierung der israelischen Öffentlichkeit, welche die außenpolitische Bedrohung kaum wahrgenommen hatte, weil die israelische Armee bis dahin als unbesiegbar gegolten hatte.<sup>57</sup> Mehr als 2.000 Angehörige der israelischen Armee, sowohl Reservisten als auch aktive, entwickelten während oder kurz nach dem Krieg Anzeichen für schwere post-traumatische Störungen. In keinem der bisherigen Kriege hatte es derartig hohe Verluste dieser Art gegeben, weder prozentuell noch in absoluten Zahlen.<sup>58</sup>

Es waren auch Reservisten, die von den bitteren Kämpfen an der Golan- und Sinaifront zurückkehrten, welche die ersten politischen Protestbewegungen gegen die Regierung bildeten. Insbesondere die Führungsautorität von Premierministerin Golda Meir und die Führungsqualität von Verteidigungsminister Moshe Dayan wurde von ihnen offen kritisiert und bezweifelt. Bei den Knesset-Wahlen, die wegen des Krieges vom Oktober auf den 31. Dezember verschoben wurden, konnte sich die Arbeiterpartei noch behaupten. Doch bereits vier Monate später geriet das Land in eine schwere innenpolitische Krise, die ihre Wurzeln im Krieg hatte. Eine Untersuchungskommission sollte die Gründe für die Beinahe-Niederlage Israels aufdecken. Als im April 1974 die gerichtliche Untersuchungskommission über die Ursachen des Jom-Kippur-Krieges den Rücktritt des Generalstabschefs David Elasar und einer Reihe hoher Generäle verlangte, entschloss sich Premierministerin Golda Meir zurückzutreten, was auch automatisch den Rücktritt des ganzen Kabinetts bedeutete. Die Vorwürfe wegen der vollkommenen Überraschung durch den Angriff, also des Versagens der israelischen Geheimdienste und der dadurch erlittenen massiven Verluste, zwangen Premierministerin Golda Meir zum Rücktritt. In einer knappen Wahl des Zentralkomitees der Arbeiterpartei wurde Yitzhak Rabin zu ihrem Nachfolger gewählt. Sein Rivale Schimon Peres wurde Verteidigungsminister. Die jüngere Generation der Arbeitspartei war jetzt an der Macht.

Yitzhak Rabin, der ehemalige israelische Generalstabschef und Sieger im Sechs-Tage-Krieg, bildete am 3. Juni 1974 eine neue israelische Regierung, doch zerbrach diese Koalition wegen der Lieferung von fünf amerikanischen F-15-Kampfflugzeugen an einem

---

<sup>56</sup> Isaacs, Jeremy. Downing, Taylor. Der Kalte Krieg. München 1999. S. 299

<sup>57</sup> Werner, Petra. Der Friedensprozess im Nahen Osten. Von Camp David bis zum Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel. Dipl. Arb. Wien. 1997. S. 30

<sup>58</sup> Hattis Rolef, Susan. The Domestic Fallout of the Yom Kippur War. In: Kumaraswamy. S. 177



Sabbat, und Rabin selbst geriet, wegen illegaler Konten seiner Frau, unter immer stärkeren politischen Druck.

Die Neuwahlen in Israel im Mai 1977 brachten einen unerwarteten Sieger: Menachem Begin und die Likudpartei, aber auch überhaupt die erste Regierung ohne Beteiligung der Arbeiterpartei seit der Gründung des Staates Israel.<sup>59</sup>

Für Präsident Sadat war die abermalige Niederlage gegen Israel zwar äußerst schmerzhaft, die arabischen Verluste, dabei wiederum die ägyptischen in besonders hohem Maße, überstiegen die israelischen an Menschenleben um ein Vielfaches. Einmal mehr war die Masse der sowjetischen Rüstungsgüter am Schlachtfeld vernichtet worden, aber zumindest in der ersten Phase des Krieges hatte die ägyptische Armee Ruhm erworben.

Mit der tatsächlich lückenlos gelungenen Geheimhaltung des Angriffsbeginnes waren die israelischen Geheimdienste entzaubert, der Überraschungsangriff überhaupt erst ermöglicht worden.<sup>60</sup> Der Durchbruch der israelischen Stellung am Suezkanal und die erfolgreiche Abwehr der ersten israelischen Gegenangriffe war ein ägyptischer Sieg auf dem Schlachtfeld, auch wenn der Krieg letztendlich verloren ging. Ägyptische Soldaten hatten, wenn auch nur vorübergehend, besetztes ägyptisches Land befreit; alleine diese Tatsache stärkte das Nationalbewusstsein der ganzen Nation ungemein.

Die israelischen Streitkräfte hatten ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren und die arabische Welt konnte, nicht völlig zu unrecht, auf die Rolle der USA als Retter Israels hinweisen, oder anders mit den Worten von Henry Kissinger:

*„Die arabischen Nationen hatten den Krieg nicht gewonnen, aber sie brauchten vor der militärischen Stärke Israels auch nicht mehr zu zittern.“<sup>61</sup>*

Der Krieg hatte ein ambivalentes, für den gesamten Nahen Osten sehr unterschiedliches Ergebnis gebracht. Die israelische Armee und Israel allgemein hatten den bitteren Geschmack der drohenden Niederlage kennen und fürchten gelernt.

Für die PLO hatte sich durch den Jom-Kippur-Krieg direkt nicht allzu viel verändert, weder zum Guten noch zum Schlechten. Erfolge für Yassir Arafat und die PLO gab es allerdings auf diplomatischer Ebene. Die Vertretung des palästinensischen Volkes lag, seit der arabischen Gipfelkonferenz in Riad im Oktober 1974, bei der PLO als einzige legitime Vertretung. Yassir Arafat war nun der anerkannte Führer eines Volkes ohne eigenen Staat. Seine Rede vor der UNO-Vollversammlung, gehalten am 13. November 1974 in New York,

---

<sup>59</sup> Quandt. S. 64

<sup>60</sup> Herzog. S. 40 ff.

<sup>61</sup> Kissinger, Henry A. Memoiren 1973-1974. Band 2. München 1982. S. 659

bestätigte seine Position als den alleinigen Anführer der Palästinenser, ließ aber für die Zukunft eine Friedenslösung ohne Beteiligung der PLO als wenig Erfolg versprechend erscheinen. Doch folgte auf diesen diplomatischen Erfolg für die PLO ein Ereignis, welches an die Geschehnisse in Jordanien 1970 erinnerte, allerdings im Libanon. In diesem kleinen nördlichen Nachbarn Israels, dessen innenpolitisches Gleichgewicht durch Instabilität gekennzeichnet war, wurden die PLO und die palästinensischen Flüchtlinge in ihren Lagern wieder zu einem Staat im Staat. Die christlichen Falangisten sahen darin eine Bedrohung ihrer Führungsrolle und nach dem Massaker durch Falangisten an libanesischen und palästinensischen Fahrgästen eines Autobusses am 13. April 1975 in Ain Roumaneh, brach der Bürgerkrieg aus.

Die arabischen Staaten hatten ihre politische und militärische Reputation erheblich verbessern können und ihre weltpolitische Bedeutung war durch das Öl-Embargo gewaltig gestiegen. Besonders Saudi Arabien hatte an Bedeutung für die USA und die gesamte westliche Welt stark zugenommen. Die Vereinigten Staaten, die bei einem Weltbevölkerungsanteil von grob 6% in den 70er-Jahren, über 34% der Weltenergieleistung verbrauchten, waren wie kein zweites Land der Welt vom Erdöl abhängig.<sup>62</sup>

Der UdSSR hingegen war es trotz ihrer Rolle als Geld- und Waffengeber nicht geglückt, eine feste Position im Nahen Osten einzunehmen. Moskaus Einfluss in Syrien und dem Irak blieben zwar weiterhin nicht unerheblich, aber seine Stellung in Ägypten war zusammengebrochen. Die Außenpolitik der UdSSR hatte sich für den Kreml nicht gelohnt. Außer erheblichen Kosten und Mühen für die USA, welche die Vereinigten Staaten aber wesentlich besser verkraften konnten als die UdSSR, hatte die sowjetische Nahost-Politik wenig vorzuweisen. Die eigenen Kosten und Anstrengungen der UdSSR machten sich nicht wirklich bezahlt, denn die arabischen Staaten waren eindeutig mehr an Geld und Waffen aus der UdSSR als am politischen Modell der Sowjetunion interessiert. Insgesamt betrachtet war der Einfluss der Sowjetunion im Nahen Osten durch den Jom-Kippur-Krieg geschwächt worden.<sup>63</sup>

Syrien und Ägypten hatten zwar abermals auf die Hilfe der UdSSR zurückgreifen müssen, aber Wolfgang Weber schreibt:

*„Syrien und Ägypten hatten gezeigt, dass sie durchaus zu eigenständiger Politik, zur Reflektion, Definition und politisch-strategischer Umsetzung ihrer eigenen Staatsräson in der Lage waren.“* <sup>64</sup>

---

<sup>62</sup> Mejcher. S. 178

<sup>63</sup> Treadgold. Ellison. S 396

<sup>64</sup> Weber, Wolfgang. Die USA und Israel. Zur Geschichte und Gegenwart einer politischen Symbiose. Stuttgart 1991. S. 112

Während des Krieges hatte sich außerdem die Unauflösbarkeit des speziellen Verhältnisses zwischen Israel und den Vereinigten Staaten gezeigt. Die USA waren ohne Zweifel zur wichtigsten Supermacht im Nahen Osten aufgestiegen, ein nicht unerheblicher Gewinn im ständigen Ringen der beiden Supermächte nach Einfluss in den Schlüsselregionen der Welt des Kalten Krieges. Zweifellos sahen die USA darin auch eine Art von Ausgleich für den Verlust ihrer Position in Südostasien.

Die ägyptisch-israelische Annäherung nach dem Krieg begann mit dem Truppenentflechtungsabkommen vom 18. Jänner 1974.<sup>65</sup> Ein ähnliches Abkommen mit Syrien folgte im Mai 1974, doch blieb das Verhältnis Israels zu Syrien ein immer sehr viel kühleres.

Die Pendeldiplomatie von US-Außenminister Henry Kissinger, seine Methode der „Step by Step Diplomacy“, schien ein möglicher Weg, um den Einfluss der USA weiter zu stärken. Präsident Nixons Nahostreise nach Ägypten, Saudi-Arabien, Syrien, Israel und Jordanien war wie der Beginn einer neuen Ära der amerikanischen Politik, vor allem aber der amerikanischen Dominanz im Nahen Osten.<sup>66</sup>

Aber so wie der gesamten US-Administration, welche zunehmend durch ein innenpolitisches Ereignis in den Vereinigten Staaten behindert wurde, um schließlich gänzlich zum Stillstand zu gelangen, erging es auch der amerikanischen Außenpolitik.

Der Watergate-Skandal lähmte sowohl die innenpolitische als auch die außenpolitische Entscheidungsfähigkeit der Vereinigten Staaten und als Präsident Nixon am 8. August 1974 zurücktrat, um einem Amtsenthebungsverfahren zuvorzukommen, war ein bis dahin nicht gekannter Tiefpunkt in der Glaubwürdigkeit amerikanischer Politiker, ja der Politik in den USA überhaupt, erreicht.

Die Beschädigung des Amtes des Präsidenten der Vereinigten Staaten und die Wiederherstellung seiner Würde, sowie die Erneuerung des Rufes der USA als zuverlässigen und starken Verbündeten, sollten für den nächsten gewählten Amtsinhaber ein großes Problem und ein wichtiges politisches Anliegen sein.<sup>67</sup> Doch vorerst lag es an Gerald Ford, die Politik der Vereinigten Staaten zu lenken. Nixons Vizepräsident und nunmehriger Nachfolger, Gerald Ford, konnte aber an der Lage der USA nicht viel ändern. Der neue Präsident erkannte völlig richtig diese Aufgabe, das internationale Vertrauen in die

---

<sup>65</sup> Marjanovic. S. 37

<sup>66</sup> Schäfer, Peter. Die Präsidenten der USA in Lebensbildern. Graz 1993. S. 357

<sup>67</sup> Gerald Ford war auch nicht als Vizepräsident vom amerikanischen Volk gewählt worden. Der gewählte Vizepräsident Spiro Agnew musste bereits im Oktober 1973 zurücktreten, um einer Anklage wegen Steuerhinterziehung zu entgehen. Angermann, Erich. Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. München 1995. S. 466 f.

amerikanische Politik nach dem Vietnam-Debakel wiederherzustellen als wichtigstes außenpolitisches Anliegen:

*„For the Ford Administration, restoration of confidence in the United States as a reliable ally, not only in Southeast Asia but global as well, became the number one priority.”<sup>68</sup>*

Doch war und blieb seine Administration vom Watergate-Skandal viel zu belastet, um einen eigenständigen und glaubhaften Kurs in der Außenpolitik zu steuern. Die politische Klasse der USA sah sich vor eine kaum lösbare Aufgabe gestellt. Das Ende des Vietnamkrieges im April 1975, also der Sieg des kommunistischen Nordens und des Vietkong über den kapitalistischen Süden, schien, was die Zuverlässigkeit der USA als Verbündeten betraf, die Übertragung der innenpolitischen Lähmung auf die Außenpolitik zu bestätigen. Amerika war reif für einen politischen, aber auch einen moralischen Neubeginn.

Erst ein bisher völlig Unbekannter auf der internationalen politischen Bühne konnte frische Hoffnungen in den Vereinigten Staaten selbst, in die amerikanische Politik, in die Bündnisfähigkeit und die Vermittlungsfähigkeiten der Vereinigten Staaten wecken. James Earl Carter, der 39. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, war dieser Mann.<sup>69</sup> Von vielen Experten als politische Notlösung wegen seiner fehlenden Bekanntheit und keinerlei internationalen Erfahrung betrachtet, wurde er letztlich aus diesen Gründen zum siegreichen Kandidat der Demokraten für die Präsidentschaftswahlen 1976. Die Watergate-Affäre und das Vietnamdebakel waren im Wahlkampf direkt oder indirekt noch die beherrschenden Themen der öffentlichen Diskussion und schaden dem Amtsinhaber Gerald Ford entsprechend. Der ansonst nicht unerhebliche Amtsbonus eines Präsidenten der Vereinigten Staaten verkehrte sich für Ford in einen Nachteil. Carters Außenseiterposition und die Tatsache, dass er zuvor in der internationalen Politik nicht präsent war, wurden plötzlich zum Vorteil. Sowohl sein Wahlkampf, als auch seine Präsentation in Debatten, wurden allgemein als sehr gekonnt angesehen. Der Erdnussfarmer aus dem Süden der Vereinigten Staaten wurde als ein rechtgläubiger Christ, auf diesem Fundament des Glaubens aufbauend, als ein moralisch integerer Politiker angesehen, der nicht durch das dekadente und zynische Washington zutiefst korrumpiert worden war. Carter war auch der erste Kandidat aus dem klassischen Süden der USA, seit dem Ende des amerikanischen Bürgerkrieg 1865, der eine Präsidentschaftswahl gewann.<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Brown, Frederick Z. *Second Chance. The United States and Indochina in the 1990s*. New York 1989. S. 18

<sup>69</sup> Bierling. S. 165

<sup>70</sup> Schäfer. S. 373

### 3. Das Friedensabkommen von Camp David

#### 3.1. Der Weg nach Camp David

Der neue amerikanische Präsident James Earl Carter hatte ein großes Ziel anvisiert: Frieden im Nahen Osten. Außenpolitisch wäre dies ein derartig gewaltiger Triumph gewesen, wenn der Friede zustande gekommen und obendrein gehalten hätte, dass die Chancen seiner Wiederwahl für eine zweite Amtszeit gewaltig gestiegen wären. So oder so ähnlich waren sicherlich auch die Überlegungen des Politikers Carter.

Welche anderen außenpolitischen Überraschungen die Amtszeit für den Präsidenten noch bereithielt, den Sturz des Schahs von Persien, das Mullah-Regime im Iran, die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran, der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan, der daraus resultierende Boykott der Olympiade in Moskau und der Sieg der Sandinisten in Nicaragua, um hier nur einige der wichtigsten zu nennen, sie alle lagen für Carter noch im Dunkel der Zukunft.

Innenpolitisch hätte ein erfolgreicher Friedensschluss im Heiligen Land dem stark angeschlagenen Image des Präsidenten der Vereinigten Staaten neuen Glanz verliehen.<sup>71</sup> Carters große Vision zur Beendigung dieses Konfliktes trug sicherlich viel zu seinem Bild in der Öffentlichkeit als einem Idealisten bei, wodurch seine pragmatische Seite, der Technokrat in ihm, für den jedes Problem eine Lösung hatte, verdeckt wurde. Auch war der neue Präsident, ähnlich wie Kennedy, der Ansicht, dass junge aufstrebende Regionalmächte der Dritten Welt stärker in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden sollten. Diese Auffassung wurde auch von Zbigniew Brzezinski, Carters Sicherheitsberater, geteilt. Das Verhältnis zur UdSSR betrachtete die neue US-Administration als so weit entspannt, dass es nicht der einzige und alles beherrschende Punkt in Carters Außenpolitik sein konnte. Die Frage, wie die Energieversorgung der USA gesichert werden konnte, wurde von Carter als sehr wichtig und dringend betrachtet. Die Ölkrise und die daraus resultierende weltweite Rezession der Jahre 1974 und 1975, war auch zu Jahresbeginn 1977 von der US-Wirtschaft nicht zur Gänze verkraftet. Die amerikanische Wirtschaft, ja die amerikanische Gesellschaft, war von Erdöl als Energiequelle in einem so hohen Ausmaß abhängig, welches nun erstmals als eine echte Achillesferse der Supermacht gesehen wurde.<sup>72</sup> Carter kündigte aus diesem

---

<sup>71</sup> Mejcher. S. 208

<sup>72</sup> Schäfer. S. 376

Grund bei seinem Amtsantritt einen nationalen Energieplan an, welcher innerhalb von drei Monaten Wege aus der Öl-Abhängigkeit aufzeigen sollte.

Die Pendeldiplomatie und die damit verbundene Schritt-für-Schritt-Diplomatie, welche Henry Kissinger verfolgt hatte, war in eine Sackgasse geraten. Eine Wiederbelebung der Genfer Friedenskonferenz vom Dezember 1973 war nicht gelungen und die Truppenentflechtungsabkommen zwischen Ägypten und Israel sowie zwischen Syrien und Israel waren die einzigen echten Ergebnisse. Beigetragen zu diesem diplomatischen Stillstand hatte sicherlich die PLO-Initiative in der UNO im Jahr 1974 und Israels Reaktion darauf.

Teillösungen waren nie im Sinne von Carter gewesen, deshalb sah er auch für den Nahen Osten nur eine große Lösung als einzige Möglichkeit. Daraus folgte aber weiters, dass eine Lösung ohne die Palästinenser keine Lösung sein konnte. Der Versuch von US-Außenminister Cyrus Vance, die festgefahrenen Friedensverhandlungen von Genf wieder zu beleben, scheiterte am beiderseitigen Widerstand Israels und der PLO.

In Israel wurden immer mehr Stimmen laut, die nach einer eigenen Friedensinitiative verlangten, um dem zu erwartenden politischen Druck der Vereinigten Staaten in dieser Richtung zuvorzukommen. Gleichzeitig wurde Unglaubliches bekannt – Kontakte von Vertretern Israels mit der PLO. Moshe Meisels berichtete darüber in seiner Analyse der politischen Lage Israels am 5. November 1976:

*„In Jerusalem werden angesichts des bevorstehenden Präsidentenwechsels in den Vereinigten Staaten immer mehr Stimmen laut, die eine neue israelische Friedensinitiative fordern, um dem zu erwartenden Druck der neuen amerikanischen Administration auf Israel vorzugreifen, zu weitgehenden territorialen Verzicht an die Araber zuzustimmen. Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin gab seiner Zuversicht Ausdruck, dass der neu gewählte Präsident Jimmy Carter sämtliche Zusagen seines Vorgängers Gerald Ford auf den Gebieten der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Hilfe an Israel einhalten wird, er sehe jedoch eine harte Auseinandersetzung mit Washington im kommenden Jahr in Fragen der territorialen Verzicht Israels und der Lösung des Palästinenserproblems voraus. In dieser Frage ist eine gewisse Aufweichung in der bisherigen Haltung der Falken zu verzeichnen. Der frühere israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan erklärte überraschend, er sehe keine Lösung des Nahost-Konflikts ohne direkte Gespräche mit dem Führer der PLO, Yassir Arafat, über das Problem der palästinensischen Flüchtlinge, die sich in Jordanien, im Libanon und in Syrien befinden. Dayan war der Ansicht, dass*

*man in solchen Direktgesprächen versuchen sollte, Arafat zu überzeugen, dass das Problem der Palästinenser nur im Rahmen eines palästinensisch-jordanischen Staates gelöst werden kann. Überraschend kam auch eine Erklärung des neuen Sonderberaters von Verteidigungsminister Shimon Peres für palästinensische Angelegenheiten, Generalmajor in Reserve Jehosa Fatarkawi, es sei nicht die Sache Israels zu entscheiden, was im Westjordanland geschehen wird, wenn dieses Gebiet im Falle einer Friedensregelung von Israel geräumt werden sollte. Dies sei die Sache der Araber, und sollten diese sich für einen palästinensischen Staat im Westjordanland entschließen, könnte und sollte Israel nichts dagegen einwenden. Israel sollte den Palästinensern gegenüber eine kompromissbereite Stellung einnehmen. Es gäbe keine Möglichkeit, den arabischen Charakter des Westjordanlandes zu ändern und sein Schicksal sei an die Araber gebunden. Ein palästinensischer Staat im Westjordanland wäre jedoch kaum imstande, sich demographischen und geopolitischen Gründen zu halten, da das Westjordanland eine Inlandsinsel ist, die einen Ausgang zum Meer benötigt. Diesen Ausgang könne nur Jordanien bieten, und dies bedeute die Notwendigkeit einer Vereinbarung mit Jordanien. Heute wurde in Jerusalem bekannt, dass eine Delegation des israelischen Rates für Frieden zwischen Israel und den Palästinensern, bestehend aus den Parlamentsabgeordneten Ariel Eliav und Meir Pa'il, dem Generalmajor in Reserve Dr. Mattit Peled, dem früheren Parlamentsabgeordneten Uri Avnery und dem früheren Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums Dr. Jakob Arnon, Ende Oktober mit zwei Führern der PLO, Assam Sertau und Sabri Jerei, in Paris zusammengetroffen sind und über eine Grundlage für eine gegenseitige Anerkennung verhandelt haben. Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin und Verteidigungsminister Shimon Peres sollen über den Inhalt dieser Gespräche informiert worden sein.“<sup>73</sup>*

Es schien tatsächlich so, als ob israelische Positionen, die als unverrückbar galten, in Bewegung gerieten. Doch waren die Reaktionen auf diese Entwicklungen und die daraus entstehenden innenpolitischen Kontroversen in Israel so heftig, dass sie die Möglichkeit einer Änderung der israelischen Politik sofort wieder stark relativierten. Wieder war es der „Mister Nahost“ des ORF, Moshe Meisels, der darüber in einer Reportage für das Ö1-Mittagsjournal am 8. November 1976 berichtete:

---

<sup>73</sup> JM-761105

*„Kontakte, die israelische Parlamentsabgeordnete und Politiker in letzter Zeit, in Europa mit Führern der PLO über eine Grundlage für gegenseitige Anerkennung und Verhandlungen gepflegt haben, führten zu einer stürmischen Debatte im israelischen Ministerrat. Die drei Kabinettsmitglieder der religiös-nationalen Partei forderten, die israelischen Gesprächspartner vor Gericht zu stellen, da es sich um illegale Kontakte mit dem Feind handelt. Dieser Forderung schlossen sich auch Verteidigungsminister Shimon Peres und die Falken der Arbeiterpartei im Ministerrat an. Peres wies unter anderem auf den schädlichen Einfluss der toleranten Haltung, in diesem Fall auf arabische politische Führer in Israel und im Westjordanland hin, die in ihr einen Freibrief für Kontakte und Zusammenarbeit mit der PLO sehen könnten. Ministerpräsident Yitzhak Rabin, Justizminister Chaim Zatok und die Tauben im Ministerrat waren anderer Ansicht. Rabin erklärte, dass er solche Gespräche mit Führern der PLO negativ beurteile. Der Ministerrat sei über sie nicht a priori informiert und auch nicht informiert worden, sie zu genehmigen. Ein israelischer Gesprächspartner, Dr. Marti Pelet, habe ihm später über ihren Inhalt berichtet. Laut dem israelischen Gesetz könnten solche Bürger nur vor Gericht gestellt werden, wenn man ihnen nachweisen kann, dass sie die Sicherheit des Staates gefährdet haben. Zwischen Peres und Rabin kam es zu Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage. Der Verteidigungsminister war der Ansicht, dass man sich nicht mit einer Verurteilung der Kontakte im Parlament begnügen könne, sondern auch Maßnahmen ergreifen müsse, um sie in Zukunft zu verhindern. Ministerpräsident Rabin wies darauf hin, dass auch der frühere Verteidigungsminister Moshe Dayan öffentlich erklärt habe, dass er seinerzeit eine Begegnung mit dem PLO-Führer Yassir Arafat in die Wege leiten wollte und auch heute einen solchen Kontakt befürworte. Peres hatte dagegen einzuwenden, dass man in diesem Fall zwischen Kontakten eines Verteidigungsministers, die nicht zustande kamen, und denen nicht autorisierter Personen, die stattgefunden haben, unterscheiden müsse. Heute sei Dayan nicht mehr Mitglied des Kabinetts und könne auch solche Vorschläge unterbreiten.“<sup>74</sup>*

Auf internationalem Gebiet waren wieder einmal Versuche amerikanischer Vermittlungsdiplomatie zur Lösung des Nahost-Konfliktes an der Tagesordnung. Die Erfolgsaussichten waren nicht groß, aber die USA konnten auch nicht stillschweigend auf ein Wunder hoffen.

---

<sup>74</sup> JM-761108



Wie weit die ägyptische und die israelische Position, trotz der wechselseitig wiederholten Versicherungen der Bereitschaft zum endgültigen Friedensschluss, in Wahrheit voneinander entfernt waren, kann in dem Bericht Moshe Meisels vom 15. November 1976 für das Ö1-Mittagsjournal, über eine US-Vermittlungsmission des demokratischen Senators Abraham Ribicoff gesehen werden:

*„Sadat hat laut Meldungen, die an Jerusalem übermittelt wurden, in den Gesprächen mit Senator Ribicoff diese Bereitschaft wiederholt. Als Grundlagen für Verhandlungen mit Israel hat er jedoch die Teilnahme der PLO an der Genfer Nahost-Konferenz, die Errichtung eines palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen, Verbot von Atomwaffen im Nahen Osten und eine internationale Kontrolle der israelischen Atomreaktoren gefordert. Rabin hatte Sadat über Ribicoff die Errichtung eines gemeinsamen israelisch-ägyptischen Atomreaktors mit amerikanischer Hilfe vorgeschlagen, der als atomare Kraftstation für die Stromversorgung beider Länder dienen soll. Trotzdem die an Senator Ribicoff von Yitzhak Rabin und Anwar Sadat vorgeschlagenen Grundlagen für Verhandlungen sich voneinander weitgehend unterscheiden, zeigte sich Ribicoff über die Möglichkeiten solcher Verhandlungen zuversichtlich. Rabin hatte als Grundlagen einen Frieden mit offenen Grenzen für Personen und Waren, einen israelischen Rückzug auf sichere und vereinbarte Grenzen und die Lösung des Palästinenserproblems im Rahmen Jordaniens vorgeschlagen. Ribicoff sieht in der Antwort Sadats zum ersten Mal eine Anerkennung des Staates Israel als unabänderliche Tatsache und eine Bereitschaft, mit Israel ohne Vorbedingungen auf gewisser Grundlage zu verhandeln, und nach erfolgreichem Abschluss solcher Verhandlungen einen Friedensvertrag mit allen sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen zu unterzeichnen. Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin erklärte dazu, Israel sei bereit sofort Verhandlungen mit Ägypten aufzunehmen, wenn dieses Grundlagen akzeptieren sollte, die einen echten und dauerhaften Frieden herbeiführen könnten. Israel ziehe direkte Verhandlungen, einen Austausch von Botschaften einer Vermittlung und Emissären vor, sei jedoch zu Friedensverhandlungen auf jedem möglichen Weg bereit. Im israelischen Ministerrat äußerte man sich zur so genannten Friedensinitiative Sadats misstrauisch. Die allgemeine Ansicht war, dass es sich dabei um einen Versuch handle, die neue amerikanische Administration Jimmy Carters zu beeinflussen, im Rahmen einer neuen Nahostinitiative massiven Druck auf Israel auszuüben,*

um sämtliche von Israel im Jahre 1967 eroberten Gebiete zurückzubekommen.“<sup>75</sup>

Der außenpolitische Stillstand war zum Teil mit den immer näher rückenden israelischen Parlamentswahlen zu erklären. Das bedeutete aber nicht, dass die Zeit davor nicht von den heftigsten innenpolitischen Turbulenzen innerhalb der israelischen Regierung gekennzeichnet war. Der harte Kampf um die Spitzenkandidatur der Arbeiterpartei zwischen Yitzhak Rabin und Schimon Peres war kein gutes Zeichen für die Geschlossenheit der Regierungspartei.<sup>76</sup>

Es sollte aber noch sehr viel Dramatischeres folgen. Moshe Dayan, der ehemalige Verteidigungsminister und ein noch immer sehr einflussreicher Politiker innerhalb der Arbeiterpartei, wagte einen Schritt, der durchaus Parallelen zum Verhalten von Ariel Sharon und Shimon Peres im November 2005 hat. Moshe Meisels berichtete über die Entwicklung im Ö1-Mittagsjournal vom 28. März 1977:

*„Im israelischen Wahlkampf kam es heute zu einer weiteren schwerwiegenden Entwicklung für die Arbeiterpartei. Der frühere israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan hat bekannt gegeben, dass er nicht in der Liste der Arbeiterpartei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen kandidieren wird. Da die Arbeiterpartei morgen ihre Kandidatenliste wählen muss, hat Dayan von Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin eine Erklärung gefordert, laut der er sich a priori verpflichten soll, vor jedem Rückzug aus dem Westjordanland Neuwahlen auszuschreiben. Nur unter dieser Bedingung, erklärte Dayan, wäre er bereit, wieder in der Spitzengruppe der Kandidatenliste der Arbeiterpartei zu figurieren. Dayan hatte bereits in der kürzlich abgehaltenen Landeskonferenz der Arbeiterpartei versucht, eventuellen Rückzügen aus dem Westjordanland Hindernisse in den Weg zu legen, war jedoch in der Minderheit geblieben. Ministerpräsident Yitzhak Rabin hat heute die ultimative Bedingung Dayans abgelehnt. Er erklärte, solche Verpflichtungen könnten nicht unter Druck vor Parlamentswahlen abgegeben werden. Sie seien auch nicht vor den letzten Wahlen erteilt worden, und lediglich bei der Bildung der neuen Koalitionsregierung mit den Religiös-Nationalen wurde eine solche Verpflichtung ins Koalitionsabkommen einbezogen. Auch diesmal könnte sie erst nach den Wahlen berücksichtigt werden. Moshe Dayan gab heute bekannt, dass er die Antwort des Ministerpräsidenten als nicht zufriedenstellend betrachte, und daher nicht mehr in der Wahlliste der Arbeiterpartei kandidieren werde. Er werde alles*

---

<sup>75</sup> JM-761115

<sup>76</sup> JM-770221

*tun, was in seiner Möglichkeit sei, um einen Rückzug aus dem Westjordanland zu verhindern. Moshe Dayan hat bereits während der letzten Tage Gespräche mit dem Führer der Likud-Opposition, Menachem Begin, dem Führer der „Zions Wohl“-Liste, Generalmajor Arik Sharon und Mitgliedern des religiösen Gush-Emunim über die Möglichkeit einer Bildung einer gemeinsamen Wahlfront gegen jeden Rückzug aus dem Westjordanland geführt. Mit ihm erklärten sich zwei weitere Parlamentsabgeordnete der Arbeiterpartei, Mordechai Borat und Amos Hadar, und mehrere Mitglieder der Rafi-Fraktion solidarisch, die sich mit der Wahl Yitzhak Rabins zum Spitzenkandidaten der Arbeiterpartei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nicht abfinden wollen.“<sup>77</sup>*

Das Kabinett Rabin verweigerte nun kategorisch jede Teilnahme an Verhandlungen, bei denen auch Vertreter der PLO mit am Tisch saßen und die auf die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates abzielten. Doch waren Verhandlungen so knapp vor Wahlen auch nicht für einen erfolgreichen Abschluss prädestiniert. Das politische Tauziehen um eine Fortsetzung der Genfer Konferenz ging weiter, aber dabei war schon sehr viel Spiegelfechtereie, denn der Termin der israelischen Parlamentswahlen, der 17. Mai 1977, wurde von allen Seiten als der Zeitpunkt angesehen, vor dem es keine echten Entscheidungen mehr geben konnte. In gewisser Weise ist auch hier eine Parallele zu künftigen Ereignissen zu erkennen. Beim Gipfeltreffen Camp David II im Jahr 2000 kam es, nicht alleine deshalb, aber auch deswegen, zu keiner Einigung zwischen Yassir Arafat und Ehud Barak, weil beide Seiten erst die US-Präsidentenwahlen abwarten wollten. Bill Clinton war am Ende seiner zweiten Amtszeit, also würde es auf jeden Fall einen neuen Mann im Weißen Haus geben, selbst wenn die Demokraten die Wahlen gewinnen würden.

Doch waren dies nicht die letzten innenpolitischen Erschütterungen, welche die Wahlchancen der Arbeiterpartei schmälerten. Der bereits genannte Finanzskandal wegen eines illegalen ausländischen Kontos seiner Ehefrau und die ebenfalls bereits erwähnte Lieferung von US-Kampfflugzeugen an einem Sabbat, welche die Koalition sprengte, zwangen Yitzhak Rabin zum Rücktritt als Ministerpräsidenten und zum Verzicht auf die Spitzenkandidatur der Arbeiterpartei bei den kommenden Wahlen.<sup>78</sup> Ministerpräsident Rabin gab am 7. April 1977, knapp sechs Wochen vor den Wahlen, seinen Schritt bekannt. Am 22. April 1977 wurde Shimon Peres zu seinem Nachfolger als Ministerpräsident angelobt, neuer Spitzenkandidat der Arbeiterpartei war Peres bereits.<sup>79</sup>

---

<sup>77</sup> JM-770328

<sup>78</sup> JM-770408

<sup>79</sup> JM-770422

Um die Blockade, durch die kategorische Weigerung Israels mit der PLO zu verhandeln, überwinden zu können, hatte der ägyptische Präsident Sadat anstelle eines Vertreters der PLO einen hochkarätigen palästinensischen Intellektuellen als Verhandlungsteilnehmer für die Palästinenser vorgeschlagen. Doch wurde dieser Vorschlag von der PLO abgewiesen, weil sie grundsätzlich die UNO-Resolution 242 ablehnte. Die Chancen für eine große Lösung des Nahost Konfliktes wurden nun von Tag zu Tag geringer und der Pragmatiker in Carter begann, sich mit einer Teillösung abzufinden, die zumindest, wenn sie erfolgreich wäre, das Risiko eines neuerlichen großen Krieges in der Region drastisch senken und alleine dadurch die weiterhin für die USA überlebensnotwendigen Ölimporte aus der arabischen Welt sicherer machen würde.

Von allen am Konflikt beteiligten Seiten hatte der ägyptische Präsident Sadat am stärksten seinen Friedenswillen kundgetan. Sadat musste Ägypten aus seiner Stagnation führen, wirtschaftliche und soziale Konflikte bedurften der Mittel, die für die Rüstung aufgewandt wurden. Alleine im Jahr 1976 verschlang das Militär ein Drittel des ägyptischen Bruttosozialproduktes.<sup>80</sup> Auch hatten die Brotunruhen zu Jahresbeginn 1977 und der beginnende islamistische Terror auf die unter der Oberfläche schwelenden Probleme des Landes aufmerksam gemacht.<sup>81</sup> Sadat war sich der Gefahren einer explosiven Mischung aus Armut, Frustration und eines gerade erwachenden islamischen Fundamentalismus nur zu gut bewusst. Nicht länger sollte das ägyptische Volk die Hauptbürde, vor allem aber den größten Blutzoll des Konfliktes zwischen der arabischen Welt und Israel tragen.

Die außenpolitische Wende, welche durch die Ausweisung der sowjetischen Berater noch vor dem Jom-Kippur-Krieg begonnen hatte, wurde nun fortgesetzt. Eine Annäherung an den Westen erschien Sadat als die, für die Zukunft des Landes, bei weitem klügere Wahl. Auch innenpolitisch sollte eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Öffnung erfolgen. Die Pressezensur wurde gelockert, und erstaunte Ägypter und Presseattachés ausländischer Botschaften lasen in der Tageszeitung „Al Ahram“, welche praktisch ein Regierungsblatt war, Artikel, in denen die Vorteile einer ägyptischen Neutralitätspolitik besprochen wurden.

Anlässlich eines Besuches von Sadat in Washington im April 1977, wurde dieses Thema erörtert, und Carter gelangte zur Überzeugung, dass eine Annäherung zwischen Israel und Ägypten zu einer Lösung der Palästinenserfrage beitragen konnte, also im doppelten Sinn im Interesse der USA war.

---

<sup>80</sup> Barnett, Michael N. *Confronting the Costs of War. Military Power, State and Society in Egypt and Israel.* Princeton 1992. S. 82

<sup>81</sup> JM-770201, JM-770210, JM-770708. Vatikiotis, Panayiotis J. *The History of Modern Egypt from Muhammad Ali to Mubarak.* Baltimore 1992. S. 422.

Der Sieg des Likud-Bündnisses bei den israelischen Parlamentswahlen im Mai 1977 schlug, trotz der Turbulenzen innerhalb der Arbeiterpartei, sowohl in Kairo als auch in Washington wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein.

Der nationalkonservative Likud-Block löste die Arbeitspartei ab. Premierminister wurde Menachem Begin, der ehemalige Kommandeur der Irgun Tzvai Le'umi, der radikalen militärisch organisierten jüdischen Untergrundbewegung der 30er und 40er Jahre und Gründer der Cherut-(Freiheits-)-Partei.

Begin bildete eine Koalition aus dem Likud-Block und der nationalreligiösen Partei, der sich später die orthodoxe Partei Agudat Israel und die neu gegründete Liberale Demokratische Bewegung für Veränderung anschlossen.

Die Weltöffentlichkeit hatte den Führer des Likud bis jetzt nicht allzusehr wahrgenommen. Harry Sichrovsky portraitierte ihn für das Ö1-Mittagsjournal am 18. Mai 1977:

*„Der Mann, der vermutlich die Geschicke Israels, zumindest für die nächsten Jahre, lenken wird, ist wohl die schillerndste, aber auch umstrittenste Persönlichkeit des jüdischen Staates. Menachem Begin wurde vor 64 Jahren in der russisch-polnischen Grenzstadt Brest Litowks geboren, die nach dem Ersten Weltkrieg Schauplatz von Friedensverhandlungen war und heute zur Sowjetunion gehört. In hebräischen Schulen erzogen, absolvierte Begin das Jus-Studium in Warschau und etablierte sich als Rechtsanwalt. Seine politische Laufbahn begann er mit 26 Jahren als Führer der radikal-zionistischen Organisation Betar. Sie war nur kurzlebig, denn wenige Monate später musste Begin nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor den anrückenden Deutschen nach Litauen flüchten. Schon nach einem Jahr endete die Flucht in die Freiheit im Kerker, denn 1940 wurde Litauen der Sowjetunion einverleibt. Begin wurde verhaftet und als jüdischer Nationalist zu acht Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt, saß jedoch nur 2 Jahre ab. Nach dem Ausbruch des Krieges mit Hitler-Deutschland konnte er als polnischer Soldat einrücken und gelangte auf diesem Weg nach Palästina. Begin ist also einer der wenigen Politiker Israels, die nicht schon in den 20er Jahren zu den Pionieren des jüdischen Aufbaus gehörten. In dem damals britischen Protektorat aber setzte Begins Blitzkarriere ein. Er stieß zur jüdischen Untergrundbewegung Irgun und stand ab 1943 an der Spitze dieser 10.000 Mann starken Geheimarmee. Als solcher trug er die Verantwortung für zahllose blutige Terroraktionen, vor allem für die Sprengung des King David Hotels in Jerusalem, bei der 95 britische Soldaten getötet wurden. Wenige Wochen vor der Gründung des Staates Israel vernichteten Stoßtrupps der Irgun das arabische Dorf Deir Yasin und ermordeten alle 250*

*Einwohner, einschließlich der Frauen und Kinder. Staatspräsident Ben-Gurion bezeichnete Begin als Verbrecher, der für den Exodus der palästinensischen Araber und für die Todfeindschaft zwischen Juden und Palästinensern verantwortlich sei. Die Irgun wurde aufgelöst und in die israelische Armee eingegliedert. Begin verlegte sich auf den politischen Kampf. Er gründete die rechtsstehende Cherut-Partei und trat 1952 gegen die Versöhnungsaktion des damaligen deutschen Bundeskanzlers Adenauer auf. 1973 erweiterte Begin seine Oppositionsfront durch die Aufnahme weiterer Rechts-Parteien zum Likud-Block. Im Sechs-Tage-Krieg von 1967 trat Begin als Minister in eine Regierung der nationalen Einheit ein und blieb bis 1970 im Amt. Mit dieser Ausnahme jedoch führte er in fast 30 Jahren und in neun Wahlgängen die Opposition gegen die regierende Arbeiterpartei. Begin lebt mit seiner Familie bescheiden und zurückgezogen, er gilt als zutiefst religiöser Mensch, aber auch als Ultranationalist, der die Kissinger-Abkommen mit Ägypten und Syrien ablehnte, der ein Feind von Konzessionen und ein harter Verhandlungspartner ist. Tendenzen, die sich zweifellos auf die nächste Etappe der Nahost-Friedensbemühungen auswirken werden.“<sup>82</sup>*

Begin bekräftigte Israels Bestreben auf einen dauerhaften Frieden in der Region hinzuarbeiten, mit seinem sensationellen Entschluss Moshe Dayan, den ehemaligen Verteidigungsminister der Arbeitspartei, zum Außenminister zu ernennen. Dayans Bedingung für seinen Eintritt ins Kabinett war, eine wirkungsvolle Friedensinitiative unternehmen zu können. Er wollte unbedingt einen Durchbruch auf dem Weg zu einem Nahost Frieden erreichen, was auch sein durch den Jom-Kippur-Krieg angeschlagenes Image verbessert hätte. Sein Treffen mit König Hussein von Jordanien in London bewies, dass der jordanische Monarch nicht der erste arabische Herrscher sein konnte, der mit Israel Frieden schließen würde. Die Position Jordaniens innerhalb der arabischen Welt erschien einfach nicht stark genug, denn die blutige Vertreibung der PLO durch die jordanische Armee und der Schlagabtausch zwischen Jordanien und Syrien waren noch nicht vergessen. Berichte, dass Ägyptens Staatspräsident Anwar al Sadat bereits vor den israelischen Wahlen im Mai 1977 sein Interesse an einem möglichen Friedensabkommen mit Israel bekundete<sup>83</sup>, führten zu einem geheimen Treffen Dayans mit Ägyptens Vize-Premierminister al Tehami in Marokko am 16. September 1977.<sup>84</sup>

---

<sup>82</sup> JM-770518

<sup>83</sup> Quandt. S. 50

<sup>84</sup> Ders. S. 109

Verglichen mit dem wahrscheinlichen neuen israelischen Premierminister Menachem Begin erschien selbst der ehemalige israelische Generalstabschef Rabin als ein gemäßiger Politiker. Konzessionen auf dem Gebiet der Palästinenserfrage waren nun kaum zu erwarten. Auch in einem der bis heute heikelsten Punkte, der israelischen Siedlungspolitik, trat mit der Likud-Regierung eine grundlegende Änderung ein. Das bisherige Vorgehen der Arbeiterpartei war vom Allon-Plan geprägt. Der von Jigael Allon entwickelte Plan ging davon aus, dass Israel von den im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebieten nur die militärisch-sicherheitspolitisch notwendigsten Teile behalten sollte, um so neben den wehrpolitischen Erfordernissen auch den jüdischen und demokratischen Charakter des Staates aufrechterhalten zu können. Siedlungen waren als Wehrsiedlungen konzipiert, sie sollten der zusätzlichen Sicherheit vor arabischen Angriffen dienen. Auch die Regierung Rabin verfolgte diese Politik und so lebten zu Jahresbeginn 1977 7.900 Siedler in der Westbank und im Gaza-Streifen und weitere 3.000 auf den Golanhöhen.<sup>85</sup> Die neue Regierung Begin sah in der Siedlungspolitik eine Möglichkeit Judäa und Samaria, also das Westjordanland, fest an Israel zu binden.

Der Sommer 1977 sah zwar eine Menge diplomatischer Aktivitäten, eine Reise Begins nach Washington vom 19. bis 20. Juli 1977 sowie eine Reihe von Arbeitsbesuchen arabischer Außenminister in den USA im folgenden September, aber die Genfer Konferenz rückte dabei in Wahrheit in immer weitere Ferne. Selbst über die Rolle der USA und der UdSSR bei der Konferenz kam es eher zu Unstimmigkeiten, denn Sadat wollte nicht von der UdSSR vereinnahmt werden, und Freunde Israels in den USA bezeichneten Carter als den Steigbügelhalter des Kommunismus im Nahen Osten.<sup>86</sup>

Die starke Israel-freundliche Lobby in Amerika hat seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 dazu geführt, dass Waffengeschäfte mit Staaten des Nahen Ostens nicht nur in der Region selbst heftig diskutiert wurden, sondern auch stets in Washington sehr leidenschaftlich im Kapitol ausgefochten werden mussten. Zum außenpolitischen Erbe Henry Kissingers gehörte nicht nur eine ins Stocken geratene Nahostdiplomatie, sondern auch ein riesiges Waffengeschäft, an dem Israel, Saudi-Arabien und Ägypten beteiligt waren. Israel sollte zwar 175 Jets der Type F-15 und F-16 erhalten, aber Saudi-Arabien 60 F-15 und F-16 und Ägypten 120 F-5. Amerikanische Waffen für Ägypten und Saudi-Arabien sollten beide Staaten an die USA binden, vor allem die reibungslose Versorgung mit saudischem Öl sichern. Israel sah in dieser Aufrüstung vor allem Saudi-Arabiens mit modernstem

---

<sup>85</sup> Dorsch, Sebastian. Maul, Stephan. Herz, Dietmar. Jüdischer Extremismus, Religiöser Zionismus und die Siedlungsproblematik. In: Jetzlsberger, Christian. Ahlborn, Kai. Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven. Stuttgart 2003. S. 81

<sup>86</sup> Spiegel, Steven L. The Other Arab-Israeli Conflict. Making America's Middle East Policy, from Truman to Reagan. Chicago 1985. S. 338

Kriegsgerät, eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit. Doch Israel und die Pro-Israel-Lobby im US-Kongress mussten eine bittere Niederlage einstecken, denn die sicherheits- und energiepolitischen Globalinteressen der USA wogen diesmal schwerer als vergraulte jüdische Wähler in den Vereinigten Staaten.<sup>87</sup>

Im Oktober 1977 waren die Aussichten auf eine umfassende Nahost-Friedenskonferenz in Genf gleich Null. Um nur zwei Hindernisse von vielen zu nennen, lehnte etwa die PLO nicht nur die UNO-Resolution 242 ab, die Regierung Begin wollte sie für die besetzten Gebiete nicht einmal gelten lassen. Am 28. Oktober wandte sich Carter an Sadat, um vielleicht doch noch ein Resultat, wenigstens ein Teilresultat, zu erzielen. Inwieweit der amerikanische Präsident über die ägyptische Bereitschaft zu bilateralen Verhandlungen mit Israel informiert war, wie viel er von den geheimen Friedensführern zwischen Ägypten und Israel wusste, und ob er in möglichen Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten eine echte Alternative zur Genfer Konferenz sah, ist strittig. Carter wandte sich in einem kurzen handgeschriebenen und sehr persönlich gehaltenen Brief an den ägyptischen Staatschef:

*„Dear President Sadat*

*October 21, 1977*

*When we met privately in The White House, I was deeply impressed and grateful for your promise to me that , at a crucial moment, I could count on your support when obstacles arose in our common search for peace in the Middle East. We have reached such a moment, and I need your help.*

*Secretary Vance has provided clarifications to many of your questions regarding the procedures outlined in the United States working paper. There is adequate flexibility in the language to accommodate your concerns.*

*The times has now come to move forward, and your early public endorsement of our approach is extremely important – perhaps vital – in advancing all parties to Geneva.*

*This is a personal appeal for your support.*

*My very best wishes to you and your family.*

*Your Friend*

*Jimmy Carter”<sup>88</sup>*

Ägyptens Präsident antwortete umgehend und kündigte einen „kühnen Schritt“ an; was darunter zu verstehen war, blieb vorerst unklar. Sadat hat bei einem Kurzbesuch in Rumänien von Nikolai Ceausescu, einem Vertrauten Begins, die Bestätigung der

---

<sup>87</sup> JM-780516

<sup>88</sup> Quandt. S. 139. Ein Faksimileabdruck des Briefes befindet sich im Anschluss auf den Seiten 140 – 141



Friedensbereitschaft von Premierminister Begin erhalten. Wie weit Begin Konzessionsbereitschaft bei der Palästinenserfrage ging, konnte der rumänische Staatschef nicht sagen. Genau darin lag aber das größte Risiko für Sadat, denn er wollte, er musste Frieden für Ägypten bekommen, durfte aber gleichzeitig nicht Ägyptens Rang und Ansehen in der arabischen Welt verlieren, was ohne Solidarität mit dem nationalen Anliegen der Palästinenser – selbst die UNO hatte ihr Selbstbestimmungsrecht inzwischen anerkannt – unmöglich war.<sup>89</sup>

Anwar al-Sadat war zur Überzeugung gelangt, dass nur ein Schock, eine zutiefst empfundene Erschütterung, den völlig festgefahrenen Friedensprozess im Nahen Osten wieder in Bewegung, besser gesagt, überhaupt erst in Bewegung bringen konnte.<sup>90</sup> Sein wirklich kühner Plan war eine Reise in die Höhle des Löwen, nach Israel.

Ägyptens Außenminister Fahmi bemühte sich, den Präsidenten von diesem Plan abzubringen, er schätzte die Risiken als zu groß ein. Was die Person Sadats betraf, sollte er Recht behalten. Fahmi schlug stattdessen eine Konferenz im israelisch besetzten Ostjerusalem vor, unter der Beteiligung aller Konfliktparteien und der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Alleine durch den Ort der Konferenz würde die Palästinenserfrage nicht unerwähnt bleiben können. Sadat übermittelte diesen Vorschlag an Washington, wo er übereinstimmend als „eher drollig“ bezeichnet wurde, allerdings ohne jede Chance auf Realisierung.<sup>91</sup> Die Ablehnung des ägyptischen Vorschlages fiel natürlich wesentlich höflicher, aber in der Sache genauso, aus. Sadat hatte nun den Eindruck gewonnen, dass Carter dem zunehmenden Druck der Pro-Israel-Lobby nicht mehr lange standhalten würde. Eine neue Terroroffensive, aus dem Südlibanon auf Nordisrael gerichtet, tat dabei das ihrige, um diesen Eindruck zu verstärken. Sadat mussten Zweifel kommen, ob Carter bei einer Friedenskonferenz in Genf überhaupt noch den politischen Spielraum besitzen würde, um ein für Ägypten vertretbares Ergebnis, gegen den sich immer mehr verstärkenden Widerstand Israels und seiner Freunde in den Vereinigten Staaten erreichen zu können.

Die „heilsame Erschütterung“ wurde immer notwendiger, Sadat musste handeln. Am 9. November hielt er seine berühmte Rede im ägyptischen Parlament und legte in Anwesenheit von Yassir Arafat sein Bekenntnis ab, für den Frieden im Nahen Osten sogar nach Israel zu reisen und vor der Knesset sprechen zu wollen. Diese historische Rede war den ORF-Journalisten entgangen, denn weder im Mittagsjournal noch im Abendjournal oder im Nachtjournal des 9. Novembers 1977 findet sich ein Hinweis auf diese Sadatrede. Erst am nächsten Tag, im Mittagsjournal des 10. November 1977, wird über die israelische Reaktion auf Sadats Rede berichtet.<sup>92</sup>

---

<sup>89</sup> Mejcher S. 212

<sup>90</sup> Werner. S. 46

<sup>91</sup> Quandt. S. 144 f. Mejcher S. 212 f.

<sup>92</sup> JM-771110

Dieser Vorstoß brachte dem ägyptische Präsidenten innerhalb von einer Woche eine Einladung Begin nach Israel. Sadat hatte ohne Rücksprache mit Carter und ohne Rücksicht auf seinen Außenminister gehandelt. Carter war perplex, und Ägyptens Außenminister Fahmi trat zurück.

Nun setzte Präsident Sadat alles auf eine Karte, als er seine Reise nach Israel am 19. November 1977 antrat. Am 20. November 1977, dem Tag des islamischen Opferfestes, hielt Präsident Sadat seine historische Rede vor der Knesset.<sup>93</sup> Er hatte bewusst ein öffentliches Forum gewählt, denn so erreichte er zugleich die israelische Regierung und die Opposition, die Friedensaktivisten im Land, die Pro-Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten und weltweit Millionen von Zusehern vor den Bildschirmen der Fernsehgeräte, die fasziniert diesen weltgeschichtlichen Moment verfolgten. In seiner Ansprache beschwor der ägyptische Staatschef in vielen Varianten die Vorteile und Segnungen des Friedens für den gesamten Nahen Osten, betonte aber zugleich Israels Mitverantwortung für eine dauerhafte Lösung des Konfliktes. Israel musste sich, so Sadat, aus allen besetzten Gebieten zurückziehen.<sup>94</sup> Daneben machte Präsident Sadat aber auch unmissverständlich klar, dass er nicht wegen eines Separatfriedens zwischen Israel und Ägypten gekommen war. Er strich heraus, dass selbst ein Frieden zwischen Israel und allen arabischen Konfrontationsstaaten nicht von Dauer sein könnte, wenn die Frage der Palästinenser nicht gelöst wäre. Sadat musste, wollte er nicht als Verräter an der arabischen Sache da stehen, die Rechte des palästinensischen Volkes vertreten. Sein Fünf-Punkte-Programm für ein Friedensabkommen sprach von der Beendigung der israelischen Besatzung arabischer Gebiete seit 1967, vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, dem Recht aller Staaten der Region auf Frieden in anerkannten Grenzen, die Lösung der Differenzen und Gestaltung der Beziehungen auf Grund der UN-Charta und der Beendigung des Kriegszustandes in der Region. Dabei schaffte es Sadat, die PLO mit keinem Wort zu erwähnen. Der Konflikt zwischen der ägyptischen Regierung und der PLO, die Sadats Reise entschieden verurteilte, hatte bereits begonnen. Die Schließung des Radiosenders „Stimme Palästinas“ in Kairo und die Ausweisung von Vertretern der Fatah waren nur die ersten Punkte in einem langen Streit. In seiner Replik ging Premierminister Begin ebenfalls auf die Segnungen des Friedens ein. Er sprach von der Rückkehr der Überlebenden des Holocaust in die Heimat ihrer Vorfahren. Im Gegensatz zu Sadat spielte er indirekt auf einen israelisch-ägyptischen Separatfrieden an, welchem weitere Friedensverträge mit Jordanien, Syrien und dem Libanon folgen sollten. Auch wollte Begin die Möglichkeit einer großen Genfer Konferenz nicht grundsätzlich ausschließen. Palästinenser oder gar das palästinensische Volk kamen in Begins Rede nicht vor. Er sprach von Palästina nur in Bezug auf das Abkommen vom 3. Jänner 1919 zwischen

---

<sup>93</sup> Mejcher. S. 213

<sup>94</sup> Hozayel, Amer. Die Friedensdiplomatie in der US-Strategie im islamisch-arabischen Raum zwischen Sechstage-Krieg und Carter-Administration. Dissertation. Marburg 1992. S. 200

Chaim Weizmann, als Vertreter von Palästina, und Emir Faisal für die arabische Seite. Palästina war also für ihn die Nationalheimstätte der Juden, und Palästinenser waren Araber in Eretz Yisrael, aber kein eigenes Volk. Mit den „echten Vertretern“ dieser Araber wollte Begin auch über eine gemeinsame, gerechte und friedliche Zukunft sprechen. Zum Abschluss betonte er noch, dass erst in einem von Israel vereinten Jerusalem alle Religionsgemeinschaften wieder ungehindert ihre heiligen Stätte besuchen konnten, wofür sich Israel auch in Zukunft verbürgen wollte.

Was der ägyptische Außenminister Fahmi befürchtet hatte, war eingetreten. Für Begin gab es kein Palästinenserproblem, denn es gab ja nicht einmal ein palästinensisches Volk. Selbst die Frage nach der Bereitschaft zu einem vollständigen Rückzug aus dem Sinai war offen geblieben. Für die meisten arabischen Staaten hatte Sadat einen Verrat begangen, dementsprechend heftig waren die Reaktionen auf seine Friedensinitiative. Im Moment war nicht einmal der wichtigste Punkt für Ägypten, die Räumung der Sinaihalbinsel, sicher. Das Misstrauen zwischen Arabern und Israelis, welches Sadat für 70% der Barriere zwischen den Gegnern verantwortlich machte, war auch nicht gesunken.

Die deutliche Verstimmung und Verkrampfung zwischen Sadat und Begin, einen Monat später beim Folgetreffen am 24. Dezember 1977 im ägyptischen Ismailia, war einerseits auf das israelische Angebot, welches einem Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten gleichkam, andererseits auf die Tatsache, dass Carter und Sadat noch auf eine große Lösung hofften, während die arabischen Staaten bereits mit einem Separatfrieden rechneten, zurückzuführen.<sup>95</sup> Matthias Hardt fasste im Ö1-Mittagsjournal die Reaktionen der arabischen Welt auf das Treffen von Ismailia zusammen:

*„Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Palästina-Befreiungs-Organisation, hat sich auch Syrien negativ zum Ausgang des weihnachtlichen Gipfeltreffens des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat mit dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin in Ismailia geäußert. Die Palästinenser werten die Weigerung der Israelis, einen palästinensischen Staat in Westjordanien und Gaza zuzulassen, als Beweis für die Unfähigkeit Sadats, die angestrebte Gesamtlösung für die Nahostprobleme herbeizuführen. In Damaskus schrieben die Zeitungen heute ziemlich unisono, in Ismailia sei wiederum deutlich geworden, dass Israel es lediglich darauf anlege, immer mehr Konzessionen aus den Ägyptern herauszuschlagen, dass also der ägyptische Präsident Gefahr laufe, die arabische Sache auszuverkaufen. Aber trotz aller Kritik hat man als Beobachter den Eindruck, als ob zumindest die Syrer nicht mehr so heftig wie bisher auf die Politik des ägyptischen Präsidenten und seine*

---

<sup>95</sup> Werner. S. 49

Kontakte mit den Israelis einschlagen. Eigentlich hatte man in Damaskus mit Massendemonstrationen gegen das Treffen von Ismailia gerechnet, auf denen Sadat erneut als Verräter an der arabischen Sache gebrandmarkt hätte werden sollen. Aber nur in Beirut gingen einige Tausend Palästinenser schon am Sonntag auf die Straße. In den Zeitungen anderer arabischer Staaten wird unterdessen noch leise, aber doch spürbar, Unterstützung für den ägyptischen Präsidenten laut. In Saudi-Arabien, wo man sich bisher recht zurückgehalten hatte, weil die politische Führung des Landes auch eine abwartende Haltung einnahm, betonte die Zeitung Al Medina in der Hauptstadt Riad heute, dass Sadat sich in seinen Verhandlungen mit Begin doch eigentlich recht gut gehalten und keineswegs, wie seine Kritiker immer wieder behaupten, arabische Grundpositionen aufgegeben habe. Insbesondere betonte das Blatt, dass Sadat in der Palästinafrage gegenüber den Israelis hart geblieben sei. Die ägyptische Presse weist übereinstimmend daraufhin, dass sich Ägypten auch in Ismailia geweigert habe, eine Separatregelung mit Israel, die man, so heißt es, in 24 Stunden hätte haben können, anzunehmen und dass Sadat standhaft auf der Gesamtregelung für alle Araber bestanden habe. Die Kairoer Blätter mahnen zur Geduld und meinen, dass noch viel harte Arbeit erforderlich sei, um eine solche Gesamtlösung des 30jährigen Nahost-Konfliktes unter Dach und Fach zu bringen. Sie teilen nicht den in ausländischen Medien zutage getretenen Pessimismus über die Beratungen in Ismailia. Es war weder zu erwarten, noch wäre es logisch gewesen, wenn die Begegnung von Ismailia den Frieden in einem einzigen Wurf gebracht haben würde, meinte die Zeitung „Al Qum Moria“. Das französischsprachige Blatt „Le progress egyptien“ macht aber eher deutlich, was der Mann auf der Straße heute fühlt. Das Wunder, so steht dort, der Traum vom Frieden ist nur zur Hälfte wahr geworden. Das Wunder fand nicht statt, aber die Hoffnung bleibt. Hoffnungen richten sich jetzt auf die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter den jordanischen König Hussein und den syrischen Präsidenten Hafiz al Assad, durch persönliche Intervention doch noch in den Verhandlungsprozess einzugliedern. Carter will Hussein in Teheran treffen, wenn er dort bei seiner Weltreise zwischenlandet, und heute berichtet eine kuwaitische Zeitung, dass Carter möglicherweise sogar in Syrien zwischenlanden könnte, um Assad persönlich für die Friedensverhandlungen zu gewinnen. Es fragt sich allerdings, ob Ägypten und Israel an einem allzu baldigen Eingreifen Jordaniens und Syriens überhaupt interessiert sind. Sie stellen sich doch offenbar vor, dass die von Sadat und Begin gegründeten beiden Friedenskommissionen erst einmal das Fundament legen und die Pläne für das

*Haus des Friedens ausarbeiten sollen, ehe man auch die anderen mitmauern lassen soll.“<sup>96</sup>*

Die Protesterklärung der Arabischen Liga in Tripolis, unmittelbar nach Sadats Reise am 5. Dezember 1977, die auf das Treffen in Ismailia folgenden ergebnislosen Verhandlungen israelischer und ägyptischer Unterhändler in Kairo, Jerusalem und London, die Errichtung weiterer israelischer Siedlungen durch den Agrarminister Israels Ariel Sharon, der neuerlich entbrannte Krieg der Worte in der Presse beider Staaten, der echte Terrorkrieg palästinensischer Kommandos aus dem Libanon und dazwischen die ganze Zeit über hektische amerikanische diplomatische Vermittlungsversuche, machten klar, dass Sadats Alleingang eine große Lösung, bei einer Konferenz aller Konfliktparteien in Genf, endgültig unmöglich gemacht hatte. Aber hatte es diese Möglichkeit überhaupt gegeben? Wie realistisch war, oder ist, eine große Friedenslösung im Nahen Osten? Eine Frage, die angesichts der Ereignisse der letzten Jahre, Monate und Tage wenig Hoffnung auf eine positive Antwort übrig lässt.

Der ägyptische Präsident hatte nach dem enttäuschenden Gipfeltreffen von Ismailia sogar an Rücktritt gedacht. Eine großmütige Geste Beginns zur Frage des für Ägypten so wichtigen vollständigen israelischen Rückzugs von der Sinai Halbinsel war wiederum völlig ausgeblieben. Lediglich in der Frage der Palästinenser hatte Begin weitere Vorschläge unterbreitet. Am 28. Dezember stellte er seinen 26-Punkte-Autonomie-Plan für die Bewohner von Judäa, Samaria und des Gaza-Distriktes vor.<sup>97</sup> Alleine schon die Bezeichnung Judäa und Samaria für das Westjordanland verdeutlichten Beginns grundsätzliche Einstellung. Die wesentlichen Maßnahmen in Beginns Plan betrafen die Aufhebung der Militärverwaltung und die Errichtung einer autonomen Verwaltung unter einem Rat mit Sitz in Bethlehem. Eine Wahlmöglichkeit für die Bewohner zwischen der israelischen oder der jordanischen Staatsbürgerschaft und das Recht auf Grunderwerb und freie Siedlung für Israelis in den betroffenen Gebieten war ein weiterer wichtiger Punkt in Beginns Plan. Im Gegenzug sollten Palästinenser in Israel Boden kaufen und siedeln können, wenn sie sich für eine israelische Staatsangehörigkeit entschieden hätten. Die Zuständigkeit für Sicherheit und öffentliche Ordnung, eine gelungene Umschreibung für die de facto Kontrolle des Gebietes, sollte bei Israel bleiben. Eine Kommission aus Israelis, Jordanern und Vertretern des Verwaltungsrates sollte eine Quote für die Rückkehr von Flüchtlingen festlegen. Im Punkt 24 wurde der Souveränitätsanspruch von Israel für Judäa, Samaria und den Gazastreifen betont. Aber um des Friedens willen sollte diese Frage offen bleiben. Jerusalem würde eine Sonderregelung für den Zugang zu den religiösen Stätten erhalten und nach 5 Jahren sollte eine Überprüfung des Ganzen erfolgen.

---

<sup>96</sup> JM-771227

<sup>97</sup> Hozayel. S. 202

Einerseits enthielt dieser Plan der israelischen Regierung konkrete Punkte, im Gegensatz zu den eher vagen Vorstellungen Carters oder den unrealistischen Vorschlägen der PLO, aber in wichtigen Punkten wurde die Unnachgiebigkeit Begin zementiert. Die Rückkehr der Flüchtlinge und die Frage der Souveränität waren aufgeschoben, wogegen die Siedlungsfreiheit für Israelis in den besetzten Gebieten und die Aufrechterhaltung der Polizei- und Militärhoheit der „Groß-Israel“-Ideologie des Likud entsprachen.

Präsident Carter ließ sich von Begin nicht beirren. In Washington war spürbar, dass die Pro-Israel-Lobby über die neuen Siedlungen im Sinai und den Versuch einer Neuinterpretation der UN-Resolution 242 verärgert war. Begin war der Meinung, oder gab dies zumindest vor, dass mit den noch unter Kissinger ausgehandelten Teilräumungen der Sinai-Halbinsel die Resolution erfüllt war. Gaza, das Westjordanland, die Golanhöhen, Scham el-Scheich, die Militäreinrichtungen am Sinai und die dortigen Siedlungen fielen nach Begin's Umdeutung gar nicht unter die Resolution.

Es galt jetzt aus amerikanischer Sicht die weltweite Friedeneuphorie zu nutzen. Eine Euphorie, die ohne Sadats Alleingang sicherlich nicht ausgebrochen wäre. In diesem Sinne versuchte Carter im Frühjahr 1978 Sadat zu helfen, als er bei einer Reise nach Saudi-Arabien und den Iran, einen Abstecher nach Assuan machte, und dort vom Recht der Palästinenser auf Beteiligung bei der Klärung ihrer Zukunft sprach.<sup>98</sup> Matthias Hardt berichtete darüber im Ö1-Mittagsjournal vom 4. Jänner 1978:

*„Der amerikanische Präsident legte als Prinzipien eines Friedens, einer Friedensregelung im Nahen Osten, fest, dass zunächst einmal ein normaler Friede mit normalen Beziehungen hergestellt werden müsse, und zweitens müsse Israel sich aus besetzten arabischen Gebieten zurückziehen und sichere und anerkannte Grenzen für alle Staaten im Nahen Osten geschaffen werden. Ferner verlangte er eine Lösung des Palästinenser-Problems in all seinen Aspekten, und dieses Problem oder die Lösung des Problems müsse die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen. Er bezog sich nicht auf seine Äußerung, dass er gegen einen palästinensischen Staat sei. Allerdings die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes können unter Umständen so etwas ähnliches wie einen Staat, oder am Ende, ganz am Ende einer Friedensregelung im Nahen Osten, auch einen Palästina-Staat einschließen.“<sup>99</sup>*

---

<sup>98</sup> Mejcher. S. 217

<sup>99</sup> JM-780104

Der Nahost-Stab des US-Präsidenten hoffte immer noch auf eine Einbindung von Jordanien in die Friedensverhandlungen. Sadat war damit einverstanden, wenn nur das Hauptziel Ägyptens, die vollständige Räumung des Sinai, erreicht würde. Aber genau daran schien Begin überhaupt nicht zu denken. Es war nun Begin's Festhalten an Gebietsgewinnen, unter der Berufung auf die nationale Sicherheit Israels, die selbst einem möglichen Separatfrieden mit Ägypten im Weg stand. Sadat drohte daraufhin einen Abbruch der Verhandlungen an. Er tat dies, um auf Carter Druck auszuüben, damit dieser endlich sein ganzes politisches Gewicht gegen Begin zum Tragen brachte. Carter dachte dabei wahrscheinlich nicht viel anders als Sadat über den israelischen Premierminister, mit dem er selbst die Geduld zu verlieren begann.

Carters Stunde der Abrechnung mit Begin kam, als sich dieser vom 21. bis 22. März 1978 in Washington zu Vorgesprächen für weitere Verhandlungen mit den Ägyptern aufhielt. Wie versteinert saßen Premierminister Begin, Außenminister Dayan, Verteidigungsminister Weizman und der israelische Botschafter Diniz im Kabinettsaal des Weißen Hauses, als nach einem ergebnislosen Tag Carter mit eisigem Lächeln seinen knappen Beschwerdekatalog vortrug, den er Mitgliedern des Kongresses am nächsten Tag überreichen wollte. Nach Carters Ansicht war Begin nicht bereit, Expansion und Siedlungstätigkeit zu stoppen, die bestehenden Siedlungen im Sinai aufzugeben, den UNO-Schutz für die Sinaivereinbarung anzuerkennen, sich politisch aus der Westbank zurückzuziehen, die UNO-Resolution 242 umfassend anzuerkennen und sich auf konkrete Wahlmöglichkeiten für die Palästinenser nach der Fünf-Jahres-Frist einzulassen. US-Außenminister Vance lehnte die Änderungsvorschläge Dayans für die Resolution 242 rundweg ab und am nächsten Tag unterrichteten Carter und Vance die Fraktionsvorsitzenden des Senates.<sup>100</sup>

Dieser Eklat im Weißen Haus hatte insofern eine bahnbrechende Wirkung für das Zustandekommen des Treffens in Camp David, und dessen zumindest teilweisen Erfolg, als Begin nun früher oder später seine Bereitschaft zu echten Verhandlungen unter Beweis stellen musste. Präsident Carter konnte eine harte Gangart mit Israel wählen. Sadats Knesset-Rede hatte in Washington, besonders bei der Pro-Israel-Lobby, einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Damit verbunden war die Erkenntnis, dass ein neuer großer Nahost-Krieg ohne Ägypten unmöglich war. Selbst die amerikanische Israel-Lobby stand Begin misstrauisch gegenüber, auch waren die Unstimmigkeiten im Kabinett zwischen Dayan und Weizmann nicht geeignet, dieses Misstrauen abzubauen. Die stille diplomatische Unterstützung Ägyptens aus Saudi-Arabien, welches in der Energiepolitik der USA eine

---

<sup>100</sup> Mejcher. S. 218. Quandt. S. 184 ff.

zentrale Rolle einnahm, sprach ebenfalls gegen Begin. Auch ließ sich Carter nicht vom Sicherheitsbedürfnis der Israelis täuschen, denn diesem war mit einem Frieden mit Ägypten mehr gedient als mit dem ganzen Sinai ohne Frieden.

Die weltpolitische Situation war auch eine gänzlich andere als vor zehn Jahren, zu Zeiten, in denen der Kalte Krieg noch eiskalt war, während die USA immer tiefer im Vietnamkrieg zu versinken drohte. Carter brachte aber Israel nicht in Gefahr, er erhöhte eher dessen Abhängigkeit von den USA. So bezahlte nach den Rüstungsverhandlungen im Sommer 1978 der amerikanische Steuerzahler ein Fünftel des israelischen Verteidigungsetats.<sup>101</sup>

Es bleibt die Frage, ob Israel tatsächlich von den USA abhängiger wurde oder ob die USA einfach die Rechnung bezahlte, um sich danach der Illusion hinzugeben, deshalb auch den Kurs bestimmen zu können.

Bei näherer Betrachtung stellten die Flugzeuglieferungen an Saudi Arabien keine offensive Bedrohung für Israel dar, denn die modernen US-Kampffjets für die saudische Luftwaffe wurden ohne Angriffsausrüstung geliefert. Die Carter-Administration wollte einen Block von pro-westlichen Ländern in der Region aufbauen. Dies sollte durch Waffenlieferungen und wirtschaftliche Hilfe gelingen. Ägypten und Israel, der Iran und Saudi-Arabien bildeten in den strategischen Überlegungen der USA diesen Block. Im Jahr 1978 erhielten der Iran, Israel und Saudi-Arabien zusammen allein drei Viertel aller amerikanischer Waffenlieferungen in die Dritte Welt.<sup>102</sup>

Das Kabinett Begin kam aber nicht nur von amerikanischer Seite unter Druck, auch Präsident Sadat blieb nicht untätig. Im Februar 1978 startete Präsident Sadat eine „Good-Will-Tour“ durch die USA, England, Frankreich, Italien, die BRD, Österreich und Rumänien. Einer der wichtigsten Punkte dieser Reise war ein erstes Treffen mit dem israelischen Oppositionsführer Schimon Peres am 11. Februar 1978 in Salzburg. Diesem außenpolitischen Großereignis in Österreich wurde in der Berichterstattung des ORF selbstverständlich viel Platz gewidmet. Bundeskanzler Kreisky, der Vermittler des Treffens in Salzburg, antwortete auf Fragen von Journalisten nach den Erwartungen mit dem größtmöglichem Understatement:

*„It's always good to have new contacts.“*<sup>103</sup>

Als einer der führenden Vertreter der Sozialistischen Internationalen und als ein in außenpolitischen Fragen mehr als bewandter Politiker, war sich Kreisky über die Tragweite

---

<sup>101</sup> JM-780902

<sup>102</sup> Steininger, S. 46

<sup>103</sup> JM-780211



von Kontakten des ägyptischen Präsidenten mit dem israelischen Oppositionsführer natürlich vollkommen im Klaren.

Präsident Sadat bezog sich in seiner Antwort auf die Frage der Journalisten auf seine Erwartungen auf das Treffen mit Präsident Ford im Jahre 1975 in Salzburg:

*„Really in Salzburg here, there had been a turning point, when I met with President Ford and after that we concluded the second disengagement agreement, I mean we gave the peace-process momentum. Let us hope that in Salzburg again, we can give the last momentum for the peace-process.“* <sup>104</sup>

Auch im Ö1-Mittagsjournal vom 13. Februar 1978 wurde dem Treffen von Salzburg breiter Raum gewidmet. Die gesamte Inlandspresseschau befasste sich mit Fragen des Nahost-Friedens und der Rolle von Bundeskanzler Kreisky im Friedensprozess.

Dass dabei die Bedeutung Österreichs als neutraler Vermittler, der Stellenwert Kreiskys und derjenige der Sozialistischen Internationalen je nach politischem Naheverhältnis der Zeitung zur Regierung unterschiedlich ausfiel, war bei der damaligen Medienlandschaft Österreichs auch nicht weiter verwunderlich.<sup>105</sup>

Barbara Coudenhove-Kalergi analysierte für das Ö1-Mittagsjournal Sadats Reise:

*„Ein klares 1:0 für Sadat gegenüber Begin in der öffentlichen Meinung des Westens, dass ist das greifbarste und wichtigste Ergebnis der Sadatreise. Zehn Tage lang hat der ägyptische Präsident, manchmal lächelnd und manchmal wieder ernst, die Bildschirme und Titelseiten beherrscht, er hat eine wahre Flut von Interviews gegeben und ist von Präsident Carter mit dem Titel „Der erste Friedensmacher unserer Zeit“ ausgezeichnet worden. Die Beziehungen der Schlüsselkraft USA zu Ägypten waren noch nie so gut und die zum alten Verbündeten Israel so schlecht. Der Zuwachs an Sympathie dürfte für Sadat, der besser als andere Staatsmänner auf der Klaviatur der Medien spielen kann, wichtiger sein als die konkreten Zusagen, die er in Washington bekommen hat. Carter hat weder das traditionelle Bündnis mit Israel verleugnet, noch den Palästinenserstaat bejaht, noch auch die Lieferung von F-5 Kampfflugzeugen versprochen, die die Ägypter gerne haben möchten. Aber Sadats intensive Öffentlichkeitsarbeit vor dem Kongreß hat nach dem einhelligen Urteil aller Beobachter doch Früchte getragen. Die Lobby der Freunde Israels wird es in Zukunft schwieriger haben, solche Lieferungen zu verhindern. Demgegenüber hat Außenminister Dayan während seiner Gegentournee durch die Staaten sehr*

---

<sup>104</sup> Ebd.

<sup>105</sup> JM-780213

*viel weniger Erfolge aufzuweisen. Als Stein des Anstoßes erweist sich dabei mehr und mehr die israelische Siedlungspolitik. Ein scheinbar untergeordnetes Problem, das aber trotzdem drauf und dran ist, die israelische Position entscheidend zu schwächen. Außenminister Vance hat die Siedlungen im besetzten Gebiet rundweg illegal und dem Frieden schädlich genannt, die Presse war vernichtend. Aber bisher haben die Israelis nur insofern eingelenkt, als sich die Regierung verpflichtet hat, im Laufe des Jahres keine neuen Siedlungen mehr einzurichten. Wenn Staatssekretär Atherton demnächst seine Pendelmission zwischen Kairo und Jerusalem wieder aufnimmt, dann wird er vor allem eine Formel finden müssen, die die gestoppten Verhandlungen in der Militär- und politischen Kommission wieder möglich macht. Die Ägypter verlangen als Vorleistung der Israelis die Absichtserklärung, die besetzten Gebiete zu räumen und die Selbstbestimmung der Palästinenser anzuerkennen. In der schwierigen Palästinenserfrage hat Carter davon gesprochen, den Palästinensern müsse die Möglichkeit geboten werden, über ihre eigene Zukunft mitzubestimmen. Das lässt alles offen, die indirekte Teilnahme der PLO ebenso, wie die Teilnahme der Jordanier. Kairo wie Jerusalem heißen den amerikanischen Vermittler willkommen und sind, wenn er den richtigen Plan vorlegt, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Eins scheint aber jetzt schon sicher zu sein, auf die Israelis kommen schwere Zeiten zu und kräftiger Druck von Seiten der Freunde in Amerika, wenn das Wort Druck auch überall diskret vermieden wird.“<sup>106</sup>*

Der amerikanische Vizepräsident Walter Mondale unternahm zwischen dem 3. und 4. Juli 1978 eine Vermittlungsreise zwischen Jerusalem und Kairo. Mondale war ein neuer Vermittler im Nahen Osten, denn der US-Vizepräsident hatte bis jetzt nicht persönlich in die amerikanische Außenpolitik in dieser Region der Welt eingegriffen.<sup>107</sup>

Aber auch dieser Versuch, die völlig festgefahrene Lage wieder in Bewegung zu bringen, scheiterte. Peter Brünner, der ORF-Korrespondent in Kairo, schien wie viele damalige Beobachter davon überzeugt, dass die USA zunehmend politischen Druck auf Israel ausüben werden. Als er die Aussage von Präsident Carter zitierte, wonach dieser als letzten Ausweg die große Konferenz aller Parteien in Genf sah, so glaubte er darin eine indirekte Drohung gegen Israel zu erkennen:

*„Falls die neue dreiseitige Verhandlungsrunde scheitern sollte, und das liegt durchaus im Bereich des Möglichen, dann bleibe als Auffangstellung nur noch*

---

<sup>106</sup> JM-780214

<sup>107</sup> JM-780703

*die Genfer Konferenz, so sagte vor wenigen Tagen Jimmy Carter. Und darin liegt eine versteckte Drohung an Israel. Israel kann nicht an der großen Öffentlichkeit von Genf interessiert sein, wo ja auch die Sowjetunion als Co-Vorsitzender anwesend sein wird, denn mit bedingungsloser amerikanischer Unterstützung wie in früheren Zeiten kann Israel keinesfalls mehr rechnen.“<sup>108</sup>*

Israel schien zunehmend von allen Seiten und vor allem auch durch die USA immer stärkerem Druck ausgesetzt zu sein. Auch die außenpolitischen Schritte Ägyptens trugen zum Entstehen dieses Eindrucks bei, denn die ägyptischen diplomatischen Bemühungen trugen durchaus Früchte. Das Treffen von Präsidenten Sadat mit Bundeskanzler Kreisky, dem Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der deutschen SPD, Willy Brandt, und dem Führer der israelischen Opposition, Schimon Peres, am 8. Juli 1978 in Wien blieb nicht ohne ein weltweites Medienecho.<sup>109</sup> Zum außenpolitischen Druck kam die Regierung Begin jetzt auch noch innenpolitisch unter Zugzwang, ein Regierungswechsel war, anders als in den arabischen Staaten, in Israel sehr viel leichter möglich. Koalitionen konnten brechen und jede Wahl einen neuen Sieger haben.

Ein ebenso großes Medienecho gab es für die Gespräche des ägyptischen Verteidigungsminister Gamasi mit dem israelischen Verteidigungsminister Weizmann, an denen auch Präsident Sadat teilnahm, am 13. und 14. Juli in Salzburg.<sup>110</sup>

Der ägyptische Präsident verstand es dabei hervorragend, eine große, international beachtete Plattform für seine Anliegen zu nutzen und gleichzeitig auf die israelische Regierung politischen Druck auszuüben. Durch die Gespräche mit Schimon Perez zeigte Sadat, dass es auch mit der Arbeiterpartei, wenn diese wieder die Regierung führen sollte, eine Gesprächsbasis geben könnte. Das Treffen in Salzburg zielte auf die Uneinigkeit innerhalb der israelischen Regierung ab. Die Verstimmungen von Außenminister Dayan und Verteidigungsminister Weizman mit Premierminister Begin boten scheinbar die Möglichkeit zu einer weiteren Verstärkung des Druckes auf die israelische Verhandlungsposition. Scheinbar - denn die Frage, wer den Verhandlungskurs in Israel bestimmte, sollte nur allzu deutlich beantwortet werden.

Es lag nun bei Präsident Carter, doch noch einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden. Während des Frühstücks am 20. Juli 1977 weihte Präsident Carter seine

---

<sup>108</sup> JM-780703

<sup>109</sup> Pittler, Andreas P. Bruno Kreisky. Reinbeck bei Hamburg 1996. S. 114 ff. JM-780707, JM-780708, JM-780710, JM-780711

<sup>110</sup> JM-780713, JM-780714

anwesenden Ratgeber und Mitarbeiter in die Idee eines Gipfeltreffens, eines Verhandlungstreffens mit Sadat und Begin, ein.<sup>111</sup>

Carter wollte nicht länger gegen Begin arbeiten, sondern durch ihn. Wie aber der amerikanische Präsident den israelischen Regierungschef dadurch zu ernsthaften Zugeständnissen bewegen wollte, bleibt ein Rätsel.

### **3.2. Das Abkommen von Camp David und die Folgen**

Als Carter schließlich am 30. Juli 1977 Begin und Sadat zu Gesprächen nach Camp David einlud, akzeptierten alle Beteiligten stillschweigend das endgültige Aus für eine große Genfer Friedenskonferenz. Der amerikanische Präsident gab sich zwar weiter der Hoffnung hin, dass Jordanien und Saudi-Arabien bald in den Friedensprozess einsteigen würden, es blieb aber eine Illusion, wie sich schnell herausstellte. Ein weiterer Irrtum war die Annahme, Begin unter politischen Druck gebracht zu haben. Bei den nun folgenden Verhandlungen sollte der israelische Premierminister seine ganze Nervenstärke und sein Beharrungsvermögen unter Beweis stellen. Carters Absicht, nicht gegen Begin, sondern durch ihn zu arbeiten, erfüllte sich in keiner Weise, im Gegenteil, der israelische Premierminister verstand es, den amerikanischen Präsidenten zu manipulieren.

Ferdinand Hennerbichler zeichnete in seiner Analyse für das Ö1-Mittagsjournal vom 5. September 1977 den Weg des letzten halben Jahres vor den Verhandlungen von Camp David nach:

*„Der lange Weg nach Camp David hatte mit der historischen Reise des ägyptischen Präsidenten Sadat nach Jerusalem vergangenen November begonnen. Dieser Besuch brachte eine ungeheure Euphorie in Ägypten und Israel in Gang. Der erste Abbröckelungsprozess setzte aber dann bereits von November bis Weihnachten 1977 ein. Die Entwicklung in Stichworten: 9. bis 15. Dezember. Außenminister Vance warb in einer Nahostreise um Unterstützung bei den Arabern für die historische Friedensinitiative des ägyptischen Präsidenten. Seine Bemühungen schlugen fehl. Es gelang ihm nicht, die Syrer, die Jordanier und die Palästinenser an den Verhandlungstisch zu bringen. Das Ziel: die von Präsident Sadat einberufene Vorbereitungskonferenz für die nächste Runde der Nahost-Gespräche in Kairo. An diesem Treffen in der ägyptischen Hauptstadt nahmen schließlich Israel, Ägypten, die Vereinigten*

---

<sup>111</sup> Quandt. S. 201

Staaten und die UNO teil. Die Konferenz rief zwei Kommissionen ins Leben, eine politische und eine militärische. Verhandlungen in beiden Gremien brachten kaum Ergebnisse. Das bestätigte auch der Besuch des israelischen Regierungschefs Begin in den Vereinigten Staaten vom 14. bis zum 19. Dezember 1977. Begin legte damals in Washington seinen 26-Punkte-Plan für Westjordanien vor. Präsident Carter würdigte diesen Friedensplan als Schritt nach vorn. In der arabischen Welt löste er aber tiefe Enttäuschung aus. Und auch die Ägyptenreise Begins, am 25. und 26. Dezember 1977 nach Ismailia, brachte keinen Fortschritt. Sadat und Begin konnten sich auf keine Grundsatzformel für die Fortsetzung des Dialoges einigen. Präsident Carter versuchte Anfang Jänner dieses Jahres zu vermitteln. Er traf in der oberägyptischen Stadt Assuan mit Präsident Sadat zusammen. Dabei vereinbarten sie eine wichtige Kompromissformel in der Palästinenserfrage, die sogenannte Assuan-Formel. Danach sollten die Palästinenser bei künftigen Verhandlungen Mitbestimmung bekommen. Sadat hat dieser Mitbestimmungsklausel unter der Voraussetzung zugestimmt, dass diese Mitbestimmung zur Selbstbestimmung führen müsse. Mit anderen Worten, Mitbestimmung ja, solange sicher gestellt bleibe, dass sich die Palästinenser, etwa in einer Volksabstimmung in Westjordanien, ihre Zukunft selbst aussuchen dürften. Im vergangenen Jänner kam es aber auch noch zum ersten großen Krach zwischen den Ägyptern und den Israelis. Die Ägypter ließen Außenministergespräche in Jerusalem platzen und warfen den Israelis Unnachgiebigkeit vor. Die Ägypter riefen ihre politische Delegation zurück und schickten später die israelische Militärdelegation nach Hause. Die nächsten Stationen der Entfremdung zwischen Begin und Sadat brachen neben Meinungsverschiedenheiten immer mehr persönliche Gegensätze auf. Der Tiefpunkt war bis zum Sommer erreicht. Sadat machte deutlich, dass er mit Begin unter den alten Bedingungen nicht mehr direkt verhandeln könne. Zugleich erreichten die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Israel ein neues Tief. Der Amerikabesuch Begins im März und April brachten zwar neue Sicherheitsgarantien der Amerikaner für die Israelis, aber keine Fortschritte in den Nahost-Verhandlungen. Die Konsequenz: Präsident Sadat bemühte sich mit der sozialdemokratischen Opposition in Israel und mit Liberalen in der Regierung Begin ins Gespräch zu kommen. Schauplatz war Österreich, der Vermittler Bundeskanzler Kreisky. Sadat traf den israelischen Oppositionsführer Peres in Salzburg und in Wien. Das Ergebnis: Die israelischen Sozialdemokraten zeigten sich kompromissbereiter und zur Fortsetzung des Dialoges mit Ägypten

*entschlossener als Ministerpräsident Begin. Verteidigungsminister Weizman, der vielleicht liberalste Mann im Kabinett-Begin, versuchte Sadat, in Fuschl bei Salzburg, klar zumachen, dass auch Begin den Dialog wiederbeleben möchte und dafür noch Spielraum sehe. Der Kompromiss blieb aber weiter aus. Die Kontakte Sadats zur sozialdemokratischen Opposition lösten in Israel innenpolitische Erschütterungen aus. Die Außenminister-Konferenz auf Schloß Leeds, in Großbritannien, vom 18. bis zum 19. Juli brachte ebenfalls keine Annäherung. Damit schienen die Verhandlungen hoffnungslos verfahren, keine Seite zeigte sich bereit, ihren Standpunkt zu verändern. Der Dialog zwischen Ägypten und Israel schien endgültig tot.“<sup>112</sup>*

Die Verhandlungen in Camp David begannen am 5. September 1978 und dauerten bis zum 17. September 1978. Carter hatte bewusst das Sommerdomizil der amerikanischen Präsidenten in den Bergen von Maryland gewählt. Abgeschieden und leicht zu überwachen, bot es die Ruhe und Möglichkeit zur Konzentration, die Carter als unumgängliche Voraussetzung für die kommenden Gesprächsrunden erachtete.<sup>113</sup> Die Berichterstattung über dieses weltpolitische Ereignis wurde auf ein absolutes Minimum beschränkt. Kein Laut, keine Nachricht sollte aus dem hermetisch abgeriegelten Tagungsort dringen. Carter wollte dadurch eine negative Wechselwirkung aus Berichterstattung und Reaktionen auf darin enthaltene Ankündigungen, Vorschläge und Verhandlungszwischenergebnisse vermeiden. Edgar Sterbenz berichtete am 6. September 1978 im Ö1-Mittagsjournal über den Beginn der Verhandlungen und die totale Nachrichtensperre. Selbst die formalen Rahmenbedingungen, die Abfolge der Gespräche und die Zusammensetzung der Gesprächsrunden blieben geheim.<sup>114</sup>

Ferdinand Hennerbichler gab in seiner Analyse im Ö1-Mittagsjournal vom 9. September 1978 einen Überblick über die einzelnen Standpunkte der Verhandlungsteilnehmer, aber auch über den Standpunkt der PLO, welche bewusst nicht an den Verhandlungstisch gebeten worden war:

*„Beginnen wir mit der Palästinenserfrage: Die Standpunkte scheinen hier festgefahren, aber zumindest in Nuancen annäherungsfähig. Alle drei Verhandlungspartner sind sich grundsätzlich in folgenden Punkten einig. Sie fordern entweder keinen eigenen Staat für die Palästinenser oder sie lehnen einen solchen ausdrücklich ab. Sie wollen eine Nahostlösung ohne die PLO. Sie*

---

<sup>112</sup> JM-780905

<sup>113</sup> Quandt. S. 206

<sup>114</sup> JM-780906

können sich nur eine Zukunft Westjordanien in irgendeiner Verbindung mit dem Königreich Jordanien vorstellen und sie stimmen überein, dass Israel die denkbar besten Sicherheitsgarantien bekommen muss. Schwieriger wird's dann schon im Detail: Teilnahme der Palästinenser etwa am Verhandlungsprozess. Hier sind die Positionen zumindest nicht völlig unvereinbar. Israel lehnt alle Direktgespräche mit der PLO ab. Die israelische Regierung hat aber schon vor einem Jahr vorläufig zugestimmt, sie wäre bereit, bei einer neuen Runde der Genfer Nahost-Konferenz, PLO-Teilnehmer niederer Ränge in einer jordanischen oder einer arabischen Delegation zu akzeptieren. Diese Erklärung hat bisher auch das Kabinett Begin nicht zurückgenommen. Präsident Carter hat einen Kompromissvorschlag gemacht und hat Mitbestimmung für die Palästinenser vorgeschlagen, aber ausdrücklich keine Mitbestimmung für die PLO. Der ägyptische Staatschef Sadat hat dieser Kompromissformel bei seiner Begegnung mit Carter in der oberägyptischen Stadt Assuan zugestimmt. Sadats Bedingung: Mitbestimmung ja, wenn sie zur Selbstbestimmung führe. Das heißt mit anderen Worten, wenn sichergestellt bleibt, dass sich die Palästinenser ihre Zukunft, ihren Weg in die Unabhängigkeit und auch zu einem eigenen selbständigen Staat aussuchen dürften. Mitbestimmung kann sich auch der israelische Regierungschef Begin für die Palästinenser vorstellen, freilich unter genau entgegengesetzten Voraussetzungen, dass Mitbestimmung nämlich nicht zu Selbstbestimmung und damit, nach Überzeugung Begins, zu einem Palästinenserstaat führen wird. Stichwort Palästinenserstaat – territoriale Konzessionen: In beiden Fragen scheinen die Positionen in der Tat völlig unvereinbar. Präsident Carter will den Palästinensern ein Heimatland sichern, er hat auch mehrfach die israelische Siedlungspolitik verurteilt. Das Recht auf Land und Heimat will auch Präsident Sadat für die Palästinenser garantiert wissen. Sadat schlägt im Einzelnen vor: eine neue Heimat für die Palästinenser in Westjordanien und im Gaza-Streifen, eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren, dann freie Wahlen, organisiert und garantiert von der UNO. Die Vereinten Nationen sollten auch den Abzug der Israelis überwachen, bis zur endgültigen Volksabstimmung würde Westjordanien vorübergehend Jordanien unterstellt und der Gaza-Streifen provisorisch Ägypten. Dem steht gegenüber der Westjordanien-Plan von Ministerpräsident Begin. Sein Vorschlag: Keine Gebietsrückgabe, Israel behält den Anspruch auf Oberhoheit, die israelischen Truppen bleiben am Jordan, Sicherheit und öffentliche Ordnung bleiben in den Händen der Israelis. Als Ersatz bietet Begin eingeschränkte Verwaltungsautonomie in den Gemeinden von Westjordanien, die Wahl der

*Staatsbürgerschaft zwischen Israel und Jordanien, das Recht, an Parlamentswahlen entweder in Israel oder Jordanien teilzunehmen, Israel behält sich in allen entscheidenden Fragen das Veto-Recht vor und schließlich der 26. und der letzte Punkt: Die ganze Westjordanlösung wird nach fünf Jahren neu überprüft werden. Das heißt mit anderen Worten, eine Zukunft auf Bewährung für die Palästinenser. Weitere Annäherungspunkte, die sich in Camp David ergeben könnten, sind dagegen die Frage neuer Sicherheitsgarantien. Hier scheinen Zugeständnisse von Amerikanern und Ägyptern ziemlich sicher. Von weiteren Truppenentflechtungen, von Pufferzonen, Horchposten, Warnanlagen bis zu UNO-Friedenstruppen zu militärischen Kontrollen und bis hin zu Sondergarantien der Großmächte. Denkbar wären auch noch Absichtserklärungen oder Abkommen über wirtschaftliche, über technische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Israel und Ägypten. Zum Abschluss noch kurz zur Haltung der PLO, einem Hauptbetroffenen, der in Camp David nicht am Verhandlungstisch sitzt: Die PLO will folgendes: Keine Lösung ohne sie, ohne die Syrer und ohne die Sowjets. Einen eigenen Staat der Palästinenser unter Führung der PLO. Den vollständigen Rückzug der Israelis, ohne jede Konzessionen. Räumung der israelischen Siedlungen. Den Weg in die Unabhängigkeit unter dem Schutz der UNO. Aufbau demokratischer, eigenständiger Gesellschaftsformen auf der Basis der frei gewählten Gemeindevertretungen in Westjordanien und schließlich: Jerusalem soll die Hauptstadt des geplanten Palästinenserstaates werden.“<sup>115</sup>*

Um die arabische Kritik zu entschärfen, hatte Sadat den ägyptischen Verhandlungsentwurf im Voraus veröffentlicht. In diesem Entwurf bestand Ägypten auf einen israelischen Rückzug bis zur Demarkationslinie von 1949, wobei Sadat im vorhinein klar war, dass Israel nicht akzeptieren würde. Begin machte die israelische Position klar: Separatfrieden mit Ägypten, eine Demilitarisierung der Sinaihalbinsel, Durchsetzung des israelischen Autonomieplanes für das Westjordanland und ein israelisches und ungeteiltes Jerusalem. Sadat hoffte auch weiterhin, dass die USA politischen Druck ausüben würde.<sup>116</sup> Darunter wäre auch ein Vermittlungsvorschlag von US-Außenminister Vance, wie dieser es bei seinem letzten Besuch in Kairo versprochen hatte, zu verstehen gewesen, aber es kam kein Vorschlag.<sup>117</sup> Die Rolle, die Carter und Sadat für die USA als einen aktiven Verhandlungspartner geplant hatten, nicht nur als ein Vermittler zwischen Israel und Ägypten, sollte von Beginn der Verhandlungen an nicht funktionieren.

---

<sup>115</sup> JM-780909

<sup>116</sup> JM-780831

<sup>117</sup> Hozayel. S. 210



Die israelische Delegation lehnte Sadats Vorschlag wie erwartet ab. Premierminister Begin machte seinen Standpunkt in aller Härte und völlig unmissverständlich klar:

*„I, Menachem Begin, son of Se'Ve und Hana Begin, do solemnly swear that as long as I serve the nation as prime minister, we will not leave any part of Judea, Samaria, The Gaza strip or the Golan Heights.“* <sup>118</sup>

Dazu legte Begin noch eine Verpflichtungserklärung der USA mit der Unterschrift von Kissinger vor, nach der die Vereinigten Staaten keine Vorschläge oder Pläne, ohne vorherige Rücksprache mit den Israelis, einbringen durften. Israels Beharren auf dieser Klausel schränkte den tatsächlichen Verhandlungsspielraum von Präsident Carter gewaltig ein. Nachdem sowohl der ägyptische Plan, aber auch alle Vorschläge der USA bezüglich Gaza und der West-Bank von Begin kategorisch abgelehnt wurden, blieb auf diesem Gebiet der Verhandlungen nur mehr der 26-Punkte-Autonomie-Plan von Begin selbst übrig. Über diesen Plan war es innerhalb der ägyptischen Delegation zu immer größeren Meinungsverschiedenheiten gekommen, welche auch ein minimales Ergebnis, einen Separatfrieden, gefährdeten. Deshalb bemühte sich Carter um möglichst viel Gesprächszeit mit Sadat alleine, denn der ägyptische Präsident war zu Konzessionen bereit, im Gegenteil zu Menachem Begin. Dieser hatte sich innerlich mit der Preisgabe der Sinai-Halbinsel längst abgefunden, aber auch noch nach zehn ergebnislosen Tagen der Verhandlungen bestand er auf einer Beibehaltung der israelischen Siedlungen am Sinai. Sadat sollte solange hingehalten werden, bis er in Bezug auf Gaza und das Westjordanland jedem Vorschlag zustimmen würde. Dieses Vorgehen zeigte auch Wirkung, denn nach der Versicherung Carters, bei seiner Wiederwahl für eine zweite Amtszeit als Präsident der USA, Ägypten in seinen Bestrebungen um einen umfassenden Nahost-Frieden zu unterstützen, sowie der Theorie von Sicherheitsberater Brzezinski über die Eigendynamik der Situation, wonach ein Abkommen, auch ein Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten, den Weg für den weiteren Friedensprozess förmlich ebnen würde, war Sadat bereit, jeden Vorschlag zu unterzeichnen, der ihm von Präsident Carter vorgelegt würde, ohne ihn zu lesen. Noch vor dem Zustandekommen des Camp David Abkommens traten der ägyptische Außenminister und Sadats Rechtsberater aus Protest zurück.<sup>119</sup>

Wenn Konzessionen notwendig waren, um den Verhandlungsforgang nicht zu gefährden, dann wandte sich der amerikanische Präsident stets an Sadat, den er zwar mochte und schätzte, von dem er aber auch wusste, dass er ihm Zugeständnisse abringen konnte, im Gegensatz zum israelischen Premierminister.<sup>120</sup>

---

<sup>118</sup> Carter, Jimmy. The blood of Abraham. Boston 1985. S. 45

<sup>119</sup> Hozayel. S. 213

<sup>120</sup> Quandt. S. 258

Sowohl die Stimmung in Israel als auch in Ägypten wurde von immer stärkeren Zweifeln über das Zustandekommen irgendeines Verhandlungsergebnisses geprägt.<sup>121</sup>

Am 17. September 1978 wurde schließlich eine Übereinkunft erzielt. Ein Rahmenwerk für einen künftigen Frieden im Nahen Osten wurde unterzeichnet. Edgar Sterbenz, der Journalist des ORF vor Ort, berichtete am 18. September 1978 über die erreichte Übereinkunft:

*„Edgar Sterbenz: Nur wenn alle Parteien in den Friedensprozess eintreten, können die, in zwei so genannten Rahmenabkommen, von denen das eine generell Frieden im Nahen Osten, das andere den Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten bringen soll, nur dann können die in dieses Rahmenabkommen anvisierten Ziele, wie Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und Gazastreifen nach einer fünfjährigen Übergangsperiode, Aufgabe der israelischen Militärregierung in diesen Gebieten, Rückzug der israelischen Truppen aus besetzten Gebieten bis auf Beibehaltung einer Rest-Militärpräsenz, Einschaltung der Palästinenser und Jordanier in die politische Zukunft Westjordanlands, Aufstellung eines gemeinsamen israelisch-ägyptisch-jordanischen Polizeiapparates im Westjordanland, Errichtung von Sicherheitszonen und Frühwarnstationen, Einigung auf Rüstungsbeschränkung und die Stationierung von UNO-Truppen, Rückgabe militärischer Einrichtungen unter die zivile Oberhoheit des einstigen Feindes, Rückzug Israels von der Halbinsel Sinai, Einfrieren der expansiven israelischen Siedlungspolitik, Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und Abschluss von Friedensverträgen, nur dann können alle diese hochgesteckten Ziele erreicht werden. Was das ägyptisch – israelische Verhältnis anlangt, so soll die auch in Camp David nicht geklärte Frage der israelischen Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel, die übrigens in den nächsten zwei bis drei Jahren an Ägypten zurückgegeben werden soll, bereits innerhalb von 14 Tagen vom israelischen Parlament richtungsweisend beantwortet werden. Die Knesset soll entscheiden, ob Jerusalem sich der Auffassung des ägyptischen Präsidenten Sadat anschließen kann, dass die Aufgabe der Siedlungen Voraussetzung für einen Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern sei, oder ob man weiterhin den Standpunkt Ministerpräsident Begin einnehmen soll, dass das Problem der Siedlungspolitik im Zuge von Friedensverhandlungen mit Ägypten gelöst werden soll. Abgesehen von diesem erheblichen Auffassungsunterschied kamen Sadat*

---

<sup>121</sup> JM-780916

*und Begin überein, dass bereits in den kommenden drei Monaten ein ägyptisch-israelischer Friedensvertrag unterzeichnet werden soll. Dass dessen Abschluss dann, die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Jerusalem und Kairo erfolgen soll. Drei bis neun Monate nach der Unterzeichnung dieses Friedensvertrages soll dann der erste größere israelische Truppenrückzug von der Halbinsel Sinai stattfinden und spätestens nach weiteren zwei Jahren, soll Ägypten wieder volle Souveränität über das 1967 von den Israelis eroberte Gebiet ausüben können. Genaue Einzelheiten über die beiden von Sadat und Begin unterzeichneten und von Carter beurkundeten Rahmenabkommen, sollen heute Nachmittag, 16 Uhr mitteleuropäische Zeit, bei einer Pressekonferenz bekannt gegeben werden. Präsident Carter wird am Abend Senat und Repräsentantenhaus, sowie die amerikanische Öffentlichkeit über die Details informieren. Bei der Unterzeichnungszeremonie im Weißen Haus, die sich zu einem persönlichen Triumph für ihn gestaltete, meinte der amerikanische Präsident, dass das Ergebnis der Camp David Konferenz alle Erwartungen übertreffe und dass das unmögliche wahr geworden wäre. In seiner Rede hob er die Flexibilität und Kompromissbereitschaft Sadats und Begins hervor und pries die beiden als große politische Führer. Carter unterstrich dabei die Bedeutung der ins Haus stehenden Nahost-Verhandlungen.*

*Präsident Carter: For many month of difficult negotiations still lie ahead. I hope, that the foresight and the wisdom, that have made this session a success, will guide these leaders and the leaders of all nations, as the continue to progress to a peace.*

*Edgar Sterbenz: Der ägyptische Präsident Sadat hob hervor, dass Carter all sein politisches Gewicht in die Waagschale geworfen habe, alles riskiert und gewonnen habe. Er bat den amerikanischen Präsidenten, seine aktive Rolle in den bevorstehenden schweren Verhandlungen weiter zu spielen. Wörtlich sagte Sadat.*

*Präsident Sadat: In the weeks ahead, an open decision have to be made, if we are to precede on the road to peace, we have to reaffirm the faith of the Palestinian people in the ideal of peace. The continuation of your active role is indispensable. We need your help and the support of the American people.*

*Edgar Sterbenz: Auch der israelische Ministerpräsident Begin zollte dem amerikanischen Präsident Carter für dessen Einsatz Tribut und brachte eine heitere Note in die feierliche Atmosphäre der Vertragsunterzeichnung.*

*Premierminister Begin: The Camp David conference should be renamed. It was the Jimmy Carter conference. I think, that he worked harder than our forefathers*

*did in Egypt, building the pyramids. Yes indeed, he worked day and night, and so did we.*

*Edgar Sterbenz: Die lachenden und strahlenden Gesichter und die innigen Umarmungen bei der Abschlusszeremonie im Weißen Haus konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der drei Jahrzehnte alte Nahostkonflikt, in all seinen Schattierungen nicht über Nacht gelöst werden kann. Auch die Verhandlungspartner von Camp David sind sich dessen bewusst.*<sup>122</sup>

Das Abkommen bestand im Grunde aus zwei Teilen. Der erste Abschnitt bildete die vertragliche Grundlage für den künftigen Frieden zwischen Ägypten und Israel und die grundsätzliche Einigung auf die Rückgabe des Sinais. Der zweite Punkt beinhaltete ein Rahmenwerk für eine künftige Autonomie der Palästinenser im Gaza-Streifen und im Westjordanland. Für den ersten Punkt wurden sehr konkrete Fristen genannt, auf den Punkt zwei traf dies allerdings nicht zu.

Die Reaktionen in der arabischen Welt fielen ambivalent aus. Eine Ablehnungsfront aus Syrien, Libyen, Algerien, dem Süd-Jemen und Vertretern der PLO verband nur ihre weitgehend geschlossene Ablehnung des Abkommens.<sup>123</sup> Jordanien und Saudi Arabien hielten sich sehr viel bedeckter, sie lehnten das Abkommen zwar ab, schlossen sich aber nicht der Ablehnungsfront an. Der Irak steuerte einen eigenen Kurs, indem er zur finanziellen Unterstützung Ägyptens aufrief, um es in der Front gegen Israel zu halten.<sup>124</sup> Die Spaltung in der arabischen Welt, welche zum Teil ihre Wurzeln im jeweiligen Nahverhältnis der Staaten zu Moskau oder Washington, also im Kalten Krieg, hatte, konnte aber nicht zum Durchbrechen der ägyptischen Isolation genutzt werden. Der Friede mit Israel, daraus aber folgend die militärische und wirtschaftliche Unterstützung durch die Vereinigten Staaten für Ägypten, hatten einen hohen Preis. Die Isolierung des Landes innerhalb der arabischen Welt für lange Zeit. Doch trotz aller Proteste und Vorbehalte bedeutete die Unterzeichnung des Abkommens wirklichen Frieden zwischen Ägypten und Israel. Ohne diesen Umstand wäre Jordanien aber nie in der Lage gewesen, gleichfalls mit Israel Frieden zu schließen. Es war auch dieser Friedensvertrag, der bei aller zukünftigen Gewalt im Nahen Osten einen weiteren großen Krieg beinahe unmöglich machte.

Aus innenpolitischen Überlegungen wollte Präsident Carter die Berichterstattung in den Medien über diesen außenpolitischen Erfolg möglichst lange ausdehnen. Deshalb dauerte es

---

<sup>122</sup> JM-780918

<sup>123</sup> JM-780911, JM-780918, JM-780921, JM-780925, JM-781010

<sup>124</sup> JM-780920

bis zum 26. März 1979, um den ägyptisch-israelischer Separatfrieden im Garten des Weißen Hauses zu unterzeichnen.<sup>125</sup>

Moshe Dayans Kommentar zum Camp David Abkommen zeigt deutlich, welche Bedeutung es für Israel hatte:

*„Das praktische Resultat ist, dass wir nicht nur ein Abkommen mit den Amerikanern bezüglich der Palästina-Frage, das keinen palästinensischen Staat forderte und die Besiedlung nicht verbot, Jerusalem mit keinem Wort erwähnte und die Anwesenheit der israelischen Armee in der West-Bank und Gaza erlaubte, haben, sondern, dass es weiterhin eine US-Verpflichtung für die Durchsetzung dieses Abkommens gibt.“<sup>126</sup>*

Bei all der Unstimmigkeit, welche durch das Abkommen geschürt wurde, sowie der Vielzahl von Kernproblemen des Nahen Ostens, welche nicht einmal angesprochen worden waren, ist die Frage nach der Berechtigung des Friedensnobelpreises für Sadat und Begin berechtigt.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1978 an den ägyptischen Präsident Sadat und den israelischen Premierminister Begin war, so wie es immer beim Friedensnobelpreis der Fall ist, ein Zeichen der Unterstützung und ein Symbol der Ermutigung. Peter Brünner betonte in seiner Reportage für das Ö1-Mittagsjournal vom 28. Oktober 1978 nicht zu Unrecht die Tatsache, dass der Frieden noch nicht geschlossen war. Er berichtete auch über die Verstimmung der ägyptischen Presse, welche über die gemeinsame Verleihung für Sadat und Begin nicht erbaut war. Sie vertrat den Standpunkt, dass Begin erst seine Friedensbereitschaft unter Beweis stellen müsste.<sup>127</sup> Der Friedensnobelpreis des Jahres 1978 für Präsident Sadat und Premierminister Begin ist rückblickend alleine aus der Tatsache gerechtfertigt, dass es seitdem keinen weiteren großen Nahost-Krieg gegeben hat. In seinem Beitrag vom 9. Dezember 1978 vor der Nobelpreisverleihung betont Hans Joachim Schilde die religiösen Aspekte im Denken von Sadat und die Friedensbereitschaft von Begin. Dazu fasste er die Interviews mit beiden zusammen, welche für die Medien bereitgestellt wurden. Auf die Frage an Präsident Sadat, ob er mit seinen christlichen Vorgängern, Albert Schweitzer oder Martin Luther King, etwas gemeinsames fühlt, gab dieser folgende Antwort:

---

<sup>125</sup> Bierling. S. 169. Seit 1979 sind Israel und Ägypten die beiden wichtigsten Empfänger von Auslandshilfe der USA.

<sup>126</sup> Hozayel. S. 217

<sup>127</sup> JM-781028

*„For sure. Let me tell you this, as I told, Faith does not differ from a Jew, a Christian or a Moslem.“*<sup>128</sup>

Über Präsident Sadat und sich selbst sagte Premierminister Menachem Begin:

*„He hates War, as I do. All my life, since my Boyhood, I hated War.“*<sup>129</sup>

Die Bilanz für die Umsetzung der gesamten Camp David Vereinbarung fällt aber trist aus. Die große Gelegenheit, die Dynamik von Camp David für die Lösung des Kernproblems im Nahen Osten, die Palästinenserfrage, zu nützen, wurde vertan. Boutros Boutros-Ghali, der zukünftige UN-Generalsekretär, trat nun die Nachfolge von Fahmi als ägyptischer Außenminister an. Boutros-Ghali war neben Sadat Hauptarchitekt für die neue ägyptische Außenpolitik. Er kämpfte für ein Junktim zwischen dem Friedensvertrag und einem Abkommen, in dem die in Camp David vorgesehene Errichtung einer palästinensischen Autonomiebehörde in Gaza und der Westbank bis 1979 verbindlich festgelegt werden sollte. Gegen jegliches Junktim zwischen dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag und der Regelung der Palästinenserfrage, insbesondere das Westjordanland betreffend, sprach sich die israelische Regierung aus. In einer Kabinettsitzung der israelischen Regierung, noch waren immer nicht alle Regierungsmitglieder vom Vertragswerk völlig überzeugt, traten Außenminister Dayan und Verteidigungsminister Weizmann für den Vertragsentwurf ein, indem sie keinerlei Verknüpfung der zwei Fragen sahen. Moshe Meisels berichtete in seiner Reportage vom 24. Oktober 1978 über diese Sitzung:

*„ (...) Dayan und Weizman argumentierten, dass in der Präambel des Entwurfs zwar eine Verbindung zwischen dem Friedensvertrag und einer Regelung im Westjordanland hergestellt wurde, diese bildet jedoch auch nach der Ansicht der größten amerikanischen Rechtsexperten keine völkerrechtliche Verpflichtung Israels und kein bedingtes Junktim zwischen den beiden Verträgen. Die Formel besagt, dass der Friedensvertrag einen Schritt zu einer israelisch-arabischen Gesamtlösung bildet, einschließlich einer Lösung des palästinensischen Problems. (...) Einige Kabinettsmitglieder distanzieren sich scharf von jeder Verbindung zwischen dem Friedensvertrag und einer Regelung im Westjordanland. Sie erklärten, dass diese von Ägypten und den Amerikanern auch als Verpflichtung zu einem Rückzug aus diesem Gebiet ausgelegt werden könnte und daher von Israel abgelehnt werden müsse. (...)“*<sup>130</sup>

---

<sup>128</sup> JM-781209

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> JA-781024

Während im Camp David Abkommen der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel innerhalb einer kurzen Frist fix sein sollte, wurde die Autonomiefrage für die Palästinenser und das Westjordanland sehr viel vager behandelt. Eine fünfjährige Übergangsfrist war für diese Frage vorgesehen. Allerdings galt diese Frist erst nach Errichtung einer Selbstverwaltung, für die wiederum kein Termin genannt war.

Die Taktik, die hinter dem Zeitraum von fünf Jahren stand, war die israelische Überlegung, dass nach fünf Jahren Frieden mit Ägypten, Ägypten sich nicht mehr der palästinensischen Sache verpflichtet fühlen würde, und die Palästinenser zukünftig alleine Israel gegenüberstehen würden. Jerusalem wurde im Abkommen nicht einmal erwähnt und das Abkommen betraf auch nur die Palästinenser im Westjordanland und Gazastreifen. Die Frage nach der Rückkehr der Flüchtlinge wurde ebenfalls nicht erwähnt, genauso wie die Problematik der jüdischen Siedlungen totgeschwiegen wurde.<sup>131</sup> Carter hoffte, das künftige palästinensische Autonomiegebiet unter der Beachtung von israelischen Sicherheitsauflagen an Jordanien angliedern zu können. Ein Plan, der viel Zeit und wenig Termindruck brauchen würde. Boutros-Ghali wollte die Rolle Ägyptens stärker betonen. Er vertrat die Idee eines eigenen palästinensischen Staates mit starkem ägyptischen Einfluss. Washingtons Vorbehalte gegen einen schwer kontrollierbaren Staat der Palästinenser sollten so ausgeräumt werden. Auf Ägypten als den neuen Partner der USA und des Westens war Verlass, Ägypten würde die Palästinenser schon im Zaum halten. Gleichzeitig würde damit die Führungsrolle Ägyptens in der arabischen Welt gewahrt bleiben, doch hatte Boutros-Ghali angesichts der normativen Kraft des Faktischen schlechte Karten. Israelische Truppen und Siedlungen im Sinai waren noch ein Faktum. Letztlich war es aber für Ägypten wichtiger, den Sinai zurückzubekommen, was möglich war, als die Israelis zum Rückzug aus dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland zu bewegen, wozu sie einfach nicht die Mittel hatten.<sup>132</sup>

In Israel war die Zustimmung zum Camp David Abkommen nur mit den Stimmen der Opposition möglich gewesen. Moshe Meisels Bericht über die Knesset Sitzung vom 25. September 1978 gibt einen guten Eindruck über die Stimmung der israelischen Parteien.<sup>133</sup> Die öffentliche Reaktion in Israel war geteilt, Anhänger und Parteigänger von Begin warfen ihm Verrat vor, während ehemalige politische Gegner das Ergebnis der Verhandlungen begrüßten.<sup>134</sup> Ein Grund für die heftigen Reaktionen in Israel, sowohl bei den Befürwortern als auch den Gegnern, war wohl die Überraschung, dass ein Abkommen erzielt wurde. Trotz

---

<sup>131</sup> Hozayel. S. 215

<sup>132</sup> Werner. S. 61

<sup>133</sup> JM-780918, JM-780925

<sup>134</sup> JM-780919

aller Euphorie am Anfang des Friedensprozesses schien doch der lange und mühsame Weg nach Camp David der misstrauischen Grundhaltung recht zu geben.

Begin selbst dachte niemals an eine gänzliche Umsetzung des Abkommens.<sup>135</sup> Er war entschlossen, Tatsachen zu schaffen, denn Carter waren im Wahljahr 1980 die Hände gebunden, und Ägypten war nach Camp David isoliert. Die Regierung in Jerusalem gab zwar die Sinaihalbinsel auf, dafür konzentrierte sie sich aber auf Judäa, Samaria und die Golanhöhen, welche sie prompt im Dezember 1981 annektierte.

Präsident Sadat war zwei Monate zuvor, am 6. Oktober 1981, bei einem Attentat während einer Militärparade ums Leben gekommen. Er hatte nicht mehr die Räumung des Sinai erlebt, aber auch nicht den israelischen Einmarsch im Libanon im Jahre 1982.

Für James Earl Carter und sein Team war das Ergebnis von Camp David zumindest ambivalent. Saudi-Arabien und Jordanien hielten sich weiter bedeckt. In den Rahmenvereinbarungen war Jerusalem nicht enthalten, und die Äußerungen Begins waren auch nicht vertrauensenerweckend. Saudi-Arabien legte 1981 einen eigenen Friedensplan vor. Jerusalem spielte darin eine Schlüsselrolle, und auch ein palästinensischer Staat wurde eingefordert. Aber ohne Ägypten konnte keine große arabische Koalition zustande kommen, an einen Krieg als letztes Druckmittel war nicht zu denken. Das saudische Königshaus wurde von der Unterstützung durch die USA ebenso abhängig, wie es die USA vom arabischen Öl war, also gab es für Israel keinen Grund, diesen Plan auch nur zu ignorieren. Doch war eine neuerliche große arabische Koalition gegen Israel, eine Notwendigkeit für einen weiteren großen Nahost-Krieg, in weite Ferne, ja wenn nicht gar in den Bereich des Unmöglichen, gerückt.

Die PLO hingegen war gespalten. Ihre Reaktionen reichten vom Vorwurf des Verrats bis zu vorsichtigen Sondierungen in Washington, um mehr über die Konzepte zu erfahren, die sich hinter dem Text der Vereinbarung verbergen könnten.

Jassir Amr, ein führender Angehöriger der PLO aus Jordanien, vertrat in seinem Interview mit Ferdinand Hennerbichler für das Ö1-Mittagsjournal vom 21. Oktober 1978 die Meinung, dass Camp David zwar kurzfristig die Kriegsgefahr gesenkt hätte, langfristig aber das Gegenteil der Fall sein würde. Dr. Amr sah durch das Abkommen alle Bemühungen der UNO für einen umfassenden Nahost-Frieden zunichte gemacht, auch eine Neuauflage der Genfer-Konferenz war für ihn nun unmöglich. Durch den Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten wären die Araber für den Moment kriegsunfähig geworden, weil sich dadurch das militärische Gewicht zugunsten von Israel verschoben hätte. Die restlichen arabischen

---

<sup>135</sup> Hozayel. S. 215



Staaten würden sich nach seiner Einschätzung künftig stärker an der UdSSR orientieren. Er sah den Ausbruch des nächsten Nahost-Krieges in fünf, höchstens aber in zehn Jahren.<sup>136</sup> Diese Einschätzung zeigt, wie sehr selbst die arabisch-palästinensische Seite vom islamischen Fundamentalismus überrascht wurde, wie stark aber auch das Denken der Palästinenser vom Kalten Krieg geprägt war. Die islamische Revolution im Iran und der Kampf der afghanischen Mujaheddin gegen die UdSSR waren maßgeblich an der Schaffung einer neuen Dimension des Konfliktes für den Nahen Osten – dem religiösen Fanatismus - beteiligt. Neben diesem neuen und zukünftig immer dominanteren Aspekt nahm aber der tatsächliche Einfluss der UdSSR in der Region stetig ab. Einerseits wurde das Ansehen der Sowjets im arabischen Raum durch den Kampf gegen die afghanischen Gotteskrieger schwer beschädigt, andererseits beschleunigte der Krieg in Afghanistan selbst das Ende der UdSSR erheblich.

Nach Camp David standen alle israelischen Autonomievorschläge für ein weiteres Jahrzehnt unter dem Diktum, dass die Selbstbestimmung der Palästinenser nur Selbstverwaltung bedeuten konnte, niemals aber einen eigenen palästinensischen Staat. Dies wurde ohne Zweifel durch die Intensivierung der Siedlungstätigkeit im Westjordanland und Gazastreifen untermauert. Damit wurde aus einem damals noch handhabbaren Problem, alleine wegen der noch geringen Anzahl der Siedler, im Laufe der nächsten Jahre durch die ständige Gründung neuer Siedlungen, das Hauptproblem für eine wirkliche und dauerhafte Lösung des Konfliktes zwischen Israelis und Palästinenser.

Noch am 30. Jahrestag des Teilungsplanes von Palästina durch die UNO, am 29. November 1978, verkündete die Jewish-Agency, die Siedlungsbehörde Israels, die baldige Errichtung neuer israelischer Ansiedlungen im Westjordanland. Moshe Meisels berichtete darüber im Ö1-Mittagsjournal desselben Tages:

*„Am Jahrestag des UN-Teilungsbeschlusses hat die Jewish-Agency, die mit der israelischen Regierung die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten durchführt, einen Fünf-Jahres-Plan für die Errichtung von 84 neuen Siedlungen im Westjordanland veröffentlicht. Dabei sollen 27.000 Familien bei einem Kostenaufwand von 38 Milliarden Schillingen rings um die arabischen Städte und Dörfer und zwischen ihnen angesiedelt werden. Heute befinden sich im Westufer-Gebiet 1.300 Familien in 38 Siedlungen. Diese sollen im Laufe von fünf Jahren mit 11.000 Familien, bei einem Kostenaufwand von 15 Milliarden Schillingen, verstärkt werden. Die neuen Siedlungen sollen auf israelischen Regierungsböden, im Westjordanland in einem Gebiet von einer Million Quadratkilometer errichtet werden, die, laut dem israelischen Autonomieplan, mit*

---

<sup>136</sup> JM-781021

*den Wasserquellen dieser Gebiete in israelischen Händen bleiben sollen. Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin hat in Camp David zugestimmt, die Siedlungstätigkeit im Westjordanland bis zu einem Abschluss des Friedensvertrages mit Ägypten einzustellen. Diese Frist soll am 17. Dezember ablaufen, und Begin und Außenminister Dayan haben bereits erklärt, dass Israel sich nach diesem Datum wieder dazu befugt sieht, neue Siedlungen im Westjordanland zu errichten. Der Fünf-Jahres-Plan der Jewish-Agency für die israelische Besiedelung des Westjordanlandes, während der vereinbarten fünfjährigen Autonomiezeit, soll den Auftakt für die Wiederaufnahme der Siedlungstätigkeit bilden. Diese dürfte jedoch auf einen starken Widerstand Washingtons stoßen, das für eine Einstellung der israelischen Siedlungstätigkeit im Westjordangebiet eintritt, um auch nach der Unterzeichnung eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrages eine Fortsetzung des Friedensprozesse fördern zu können.“<sup>137</sup>*

Premierminister Begin war seiner Anhängerschaft unter den Siedlern verpflichtet und er war nicht gewillt, diese treuen Wähler zu verstimmen. Aber sein Interesse an Siedlungen ging noch weit über die Bedienung von Wählerstimmen durch die Erfüllung von Wählerwünschen hinaus. Für Begin war es schlicht und einfach eine Existenzfrage für Israel. Die Siedlungstätigkeit im Westjordanland, welche während der Camp David Verhandlungen eingestellt worden war, begann noch am Tag der Unterzeichnung des Abkommens von Neuem, auch wenn es sich dabei vorerst um illegal errichtete Siedlungen durch radikale Gruppen, wie dem Gush Emunim, handelte.<sup>138</sup>

Moshe Meisels berichtete über die Ansiedlung weiterer Israelis im Westjordanland im Ö1-Mittagsjournal vom 27. Dezember 1978:

*„Der Gush Emunim hat heute eine größere Siedlungswelle im Westjordanland im Laufe der Woche angekündigt, um den seit dem Camp David Abkommen bestehenden Siedlungsstopp der israelischen Regierung zu brechen. Den Auftakt dazu bildeten heute hunderte Mitglieder des Gush Emunim, die bei Tagesanbruch zwei neue Siedlungen auf zwei Hügeln im Divon-Gebiet im Westjordanland errichtet haben. Trotz eines starken Militäraufgebots, um eine illegale Siedlungstätigkeit des Gush Emunim zu verhindern, gelang es den*

---

<sup>137</sup>JM-781129

<sup>138</sup> JM-780919. Gush Emunim heißt „Block der Getreuen“. Er ist eine militante, fundamentalistisch-jüdische Abspaltung der Nationalreligiösen Partei, welcher 1974 von Westjordan-Siedlern gegründet wurde. Die Siedlungstätigkeit wird zu einer Art von Religionsausübung, denn die Gründung des Staates Israel ist ein Teil des Erlösungsprozesses, wozu auch die Inbesitznahme der eroberten Gebiete zählt. Wenn „heiliges Land“ wieder aufgegeben wird, egal warum und an wen, so sind die dafür verantwortlichen, nach der Ideologie des Gush Emunim also auch der Staat Israel und die israelische Armee, legitime Ziele.

Siedlern nach einem Treffen in Jerusalem auf Pfaden und Umwegen zu den Siedlungspunkten zu gelangen und 50 Familien auf einem und 25 auf dem zweiten anzusiedeln. Die erste Gruppe errichtete Zelte und Baracken auf dem über 900 Meter hohen Nebitamuel-Hügel. Die Zweite auf einem gut eineinhalb Kilometer von Divon entfernten Hügel. Hunderte Sympathisanten des Gush Emunim, darunter auch Mitglieder der Knesset, strömen in Richtung der beiden neuen Siedlungen, um diese vor einer eventuellen gewaltsamen Evakuierung durch das Militär zu schützen. Bei den neuen Siedlern, die sich bereits seit über einem Jahr provisorisch in Militärlagern in der Umgebung befinden, handelt es sich zumeist um Einwanderer aus der Sowjetunion. Verteidigungsminister Ezer Weizmann hielt dringende Beratungen mit Mitgliedern des Generalstabs über die illegale Siedlungstätigkeit des Gush Emunim ab. Der Militärgouverneur des Bezirks appellierte an die Siedler, die beiden Hügel sofort zu räumen, widrigenfalls sie vom Militär mit Gewalt evakuiert und verhaftet werden würden. Die Führer des Gush Emunim erklärten, die israelische Regierung hätte sämtliche an sie erteilten Versprechen gebrochen. Mehrere Gruppen von ihnen befinden sich seit vielen Monaten in Militärlagern, obwohl ihnen von der Regierung zugesagt wurde, dass sie in Kürze in Dauersiedlungen im Westjordanland angesiedelt werden würden. Der 17. Dezember, bis zu dem sich die Regierung in Camp David zu einem Siedlungsstopp verpflichtet hat, sei vorüber, die Regierung tue nichts um die staatliche Siedlungstätigkeit im weiten Ausmaße im Westjordanland zu erneuern. Unter diesen Umständen müsste der Gush Emunim unter der Devise „Staatliche Ansiedlung im vollen Schwung“ dafür sorgen, dass der Anspruch Israels auf sein Land in diesen Gebieten durch eine Massenansiedlung unter Beweis gestellt wird. Die Führer des Gush Emunim teilten Ministerpräsident Begin mit, dass sie ihre Siedlungstätigkeit im Laufe der nächsten Tage fortsetzen werden. Unter anderem beabsichtigen sie eine neue Siedlung 10 Kilometer westlich von Kadum, auf der Chaussee Nablus – Ramalah und weitere drei Siedlungen in der Umgebung zu errichten. Der Führer des Gush Emunim beschuldigte Begin und seine Regierung, sich dem Druck von außen und innen zu unterwerfen und auf eine weitere Besiedlung des Westjordan-Gebietes zu verzichten. Für die israelische Regierung kam die neue Siedlungswelle des Gush Emunim in einem höchst ungünstigen Zeitpunkt, indem sie über die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit Ägypten berät. Washington hat Jerusalem gewarnt, von der Errichtung neuer Siedlungen im Westjordanland Abstand zu nehmen, um nicht die Verhandlungen zu torpedieren. Der Gush Emunim zielt jedoch mit seiner neuen Siedlungswelle

*darauf hin, die Regierung unter Druck zu setzen, neue Städte und Siedlungen im Westjordanland zu bauen und den Autonomieplan für die palästinensische Bevölkerung in diesen Gebieten zu revidieren. Die Regierung hatte vorläufig ihre Debatte über die neue Siedlungspolitik nach dem 17. Dezember verschoben, um das Ergebnis der gegenwärtigen Bemühungen abzuwarten, die Friedensgespräche zu erneuern. Sie will sich vorläufig der Errichtung neuer Siedlungen im Westjordanland enthalten und sich auf die Stärkung der bestehenden Siedlungen beschränken. Hingegen sollen in absehbarer Zeit Siedler, die sich heute provisorisch in Militärlagern befinden, in Dauersiedlungen im Westjordanland überführt werden.*<sup>139</sup>

Auf die Phase der illegalen Siedlungsversuche sollte schon bald eine Wiederaufnahme der staatlichen Siedlungstätigkeit im Westjordanland, im Gazastreifen, auf dem Golan und in Ostjerusalem folgen. Die Zahl der Siedler stieg von etwa 10.000 im Jahr 1977 auf über 100.000 im Jahr 1993, Ostjerusalem nicht mitgerechnet.<sup>140</sup> Bis zum Dezember 2000 stieg diese Zahl alleine im Gazastreifen und im Westjordanland auf 199.460.<sup>141</sup> Wenn nun im Jahr 2005 die Räumung der Siedlungen im Gazastreifen zwar relativ friedlich verlief, aber die innenpolitischen Folgen in Israel einem Erdbeben gleichkamen, so kann eine Regelung für die restlichen Siedlungen nur in einem Kompromiss bestehen, zu dem momentan keine Seite bereit zu sein scheint.

Aber zurück zur Jahreswende 1979/80 und dem Machtwechsel in Washington, der sich nach der Niederlage Carters und Reagans Sieg ergab. Die neue Regierung der Vereinigten Staaten hatte keinerlei Auswirkungen auf die harte Politik des Likud, im Gegenteil, waren doch inzwischen mit dem Sturz des Schahs und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan völlig veränderte weltpolitische Fakten entstanden.<sup>142</sup> Die USA brauchten einen verlässlichen Verbündeten im Nahen Osten mehr denn je. Die amerikanische Position am Persischen Golf war weggebrochen, selbst ein Vormarsch der Sowjets zu den Erdölquellen der Region erschien nicht mehr unmöglich. Carters Versuch der Befreiung der US-Geiseln in Teheran und dessen dramatisches Scheitern, hatten ihm endgültig die Wiederwahl gekostet.<sup>143</sup>

Wie sehr das Abkommen von Camp David der islamischen Revolution im Iran zusätzliche Brisanz verliehen hat, ist eine Frage, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht geklärt werden kann. Aber angesichts des „Jerusalem-Tages“ und der im Jahr 2005 seit langem

---

<sup>139</sup> JM-781227

<sup>140</sup> Marjanovic. S 68

<sup>141</sup> Dorsch. Maul. S. 89

<sup>142</sup> Stöver. S. 92 f.

<sup>143</sup> Wellenreuther, Hermann. Von Gerald Ford zu Bill Clinton. Die Zeit von 1974 bis 1994. In: Angermann, Erich. Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. München 1995. S. 480 f.

heftigsten und wiederholten Hasstiraden gegen Israel durch den iranischen Präsidenten, bleibt die Frage bestehen.<sup>144</sup>

Über die Rolle Österreichs, die Rolle von Bundeskanzler Kreisky im Nahost-Konflikt schreibt Oliver Rathkolb:

*„Internationales Aufsehen und zeitgenössische Kritik erregte vor allem die Nahostpolitik Kreiskys. Bereits in den Sechzigerjahren versuchte er als Außenminister stärker als es in Westeuropa und den USA üblich war, die arabischen Positionen in den Friedensprozess im Nahen Osten einzubringen. (Besuch bei dem ägyptischen Präsidenten und Revolutionsführer Nasser 1964). Sowohl in den Sechziger- als auch in den Achtzigerjahren war Kreisky aber mit dieser konkreten politischen Absicht seiner Zeit weit voraus und wurde teilweise heftig kritisiert. Während seine Nahost-Fact-Finding-Missionen im Rahmen der Sozialistischen Internationalen gewürdigt wurden und seine Politik der Integration des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat Anerkennung und im Camp David-Abkommen auch Akzeptanz seitens israelischer Politiker und der USA fand, gelang es Kreisky nur in Europa, die PLO um Jassir Arafat als akzeptierten Verhandlungspartner „hoffähig“ zu machen und Bereitschaft dafür zu wecken, dass eine Nahostlösung mit einer Lösung des Palästinenser-Problems unter deren aktiver Teilnahm kombiniert werden musste.“<sup>145</sup>*

Die Zeit der Annäherung zwischen den Supermächten wich einer erneuten Eiszeit. Eines der bedrohlichsten Zeichen für den neuen Konfrontationskurs war der NATO-Doppelbeschluss, die Reaktion des westlichen Verteidigungsbündnisses auf die neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20. Am 12. Dezember 1979 in Brüssel gefasst, sah er Verhandlungen mit der UdSSR über den Abbau der Mittelstreckenraketen vor, bei einem Scheitern der Gespräche sollten aber innerhalb von 4 Jahren moderne US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa stationiert werden.

Der Sturz des Schahs, die US-Geiseln in Teheran, der Einmarsch in Afghanistan, die wachsende Präsenz der UdSSR in Afrika, die neue Welle der Revolution in Mittelamerika, die nächste Runde im Rüstungswettlauf, all das waren außenpolitische Gründe für den Sieg des „Kalten Kriegers“ Ronald Reagan über den „Idealisten“ Jimmy Carter.

Die USA unter Ronald Reagan steuerten auch tatsächlich einen sehr viel freundlicheren Kurs gegenüber Israel. Die Libanonpläne Ariel Sharons sollen sogar die Zustimmung und

---

<sup>144</sup> Der „Jerusalem Tag“, oder „Al-Quds-Tag“, ist der letzte Freitag im Fastenmonat Ramadan, an dem seit einer öffentlichen Botschaft von Ajatollah Ruhollah Khomeini vom 8. August 1979, jedes Jahr zur Solidarität mit Palästina und zur Zerstörung Israels aufgerufen wird.

<sup>145</sup> Oliver Rathkolb. Die Kreisky Ära 1970 – 1983. In: Steininger, Rolf. Gehler, Michael. (Hrsg.). Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Band 2. Wien 1997.

Deckung durch den neuen amerikanischen Außenminister Alexander Haig gefunden haben.<sup>146</sup> Für Reagan war der sowjetische Einmarsch in Afghanistan das letzte Zeichen für das Ende der Entspannung. Im neuerlich „entbrannten“ Kalten Krieg war kein Platz für einen Staat der Palästinenser, einem möglichen Parteigänger Moskaus. Erst das Ende der UdSSR eröffnete echte Aussichten auf Frieden im Nahen Osten, doch trat an die Stelle der kommunistischen Weltbedrohung nun der islamische Fundamentalismus als echter oder scheinbarer Verhinderungsgrund für eine Aussöhnung zwischen Palästinensern und Israelis.

---

<sup>146</sup> Mejcher. S. 223

#### 4. Literaturliste

Al-Sadat, Anwar. Unterwegs zur Gerechtigkeit. Auf der Suche nach Identität: Die Geschichte meines Lebens. Wien 1977.

Angermann, Erich. Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. München 1995.

Barnett, Michael N. Confronting the Costs of War. Military Power, State and Society in Egypt and Israel. Princeton 1992.

Beattie, Kirk J. Egypt during the Sadat Years. New York 2000.

Berger, Johannes. Büttner, Friedemann. Spuler, Berthold. Nahost-Ploetz. Geschichte der arabisch-islamischen Welt zum Nachschlagen. Würzburg 1987.

Bierling, Stephan. Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart. München 2003.

Brown, Frederick Z. Second Chance. The United States and Indochina in the 1990s. New York 1989.

Carter, Jimmy. The blood of Abraham. Boston 1985.

Freedman, Lawrence. The Cold War. London 2001

Gosztony, Peter. Die Rote Armee. Geschichte und Aufbau der sowjetischen Streitkräfte seit 1917. Wien 1980.

Greffenius, Steven. The Logic of Conflict. Making War and Peace in the Middle East. New York 1993.

Kumaraswamy, P. R. (Hrsg.). Revisiting the Yom-Kippur-War. London 2000.

Dorsch, Sebastian. Maul, Stephan. Herz, Dietmar. Jüdischer Extremismus, Religiöser Zionismus und die Siedlungsproblematik. In: Jetzlsberger, Christian. Ahlborn, Kai. Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven. Stuttgart 2003.

Herzog, Chaim. The War of Atonement. The Inside Story of the Yom Kippur War. London 2003.

Hozayel, Amer. Die Friedensdiplomatie in der US-Strategie im islamisch-arabischen Raum zwischen Sechs-Tage-Krieg und Carter-Administration. Dissertation. Marburg 1992.

Isaacs, Jeremy. Downing, Taylor. Der Kalte Krieg. München 1999.

Jorgensen, Christer. Mann, Chris. Panzerschlachten. Eine illustrierte Geschichte der Panzerkriege von 1914 bis heute. Wien 2001.

Kissinger, Henry A. Memoiren 1973-1974. Band 2. München 1982

Konzelmann, Gerhard. Der befohlene Friede. München 1978.

Marjanovic, Suzana. Israel und Palästina. Ursprung, Entwicklung und Schlüsselprobleme des Nahostkonfliktes. Dipl. Arb. Wien 2001.

Mejcher, Helmut. Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. München 1998.

O´Ballance, Edgar. No Victor, No Vanquished. The Yom Kippur War. London 1984.

Pittler, Andreas P. Bruno Kreisky. Reinbeck bei Hamburg 1996.

Quandt, William B. Camp David. Peacemaking and Politics. Washington 1986.

Schäfer, Peter. Die Präsidenten der USA in Lebensbildern. Graz 1993

Spiegel, Steven L. The Other Arab-Israeli Conflict. Making America´s Middle East Policy, from Truman to Reagan. Chicago 1985.

Steininger, Rolf. Gehler, Michael. (Hrsg.). Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Band 2. Wien 1997.

Steininger, Rolf. Der Kalte Krieg. Frankfurt a. M. 2003.

Stöver, Bernd. Der Kalte Krieg. München 2003.



Treadgold, Donald W. Ellison, Herbert J. Twentieth Century Russia. Oxford 2000.

Vatikiotis, Panayiotis J. The History of Modern Egypt from Muhammad Ali to Mubarak. Baltimore 1992.

Weber, Wolfgang. Die USA und Israel. Zur Geschichte und Gegenwart einer politischen Symbiose. Stuttgart 1991.

Werner, Petra. Der Friedensprozess im Nahen Osten. Von Camp David bis zum Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel. Dipl. Arb. Wien. 1997.

### **Veröffentlichte Dokumente:**

XXIV. Parteitag der KPdSU. 30. März bis 9. April 1971. Dokumente. Moskau 1971.

### **Journalsendungen:**

JA-671023\_b

JM-671229\_a

JM-680214\_b

JA-690127\_a

JM-690113\_b

JF-690204\_a

JA-690311\_a

JA-691020\_b

JM-700905-b

JM-700923\_d

JM-710507

JM-710527

JM-710630

JM-701001\_a

JS-701231

JM-700214\_b

JA-710918

JM-720905\_a

JM-720905\_b  
JM-720905\_c  
JM-720905\_d  
JF-720906\_a  
JM-720906\_a  
JM-720906\_b  
JM-720906\_c  
JM-720906\_d  
JM-720906\_e  
JA-720906\_a  
JA-720906\_b  
JA-720906\_c  
JM-761105  
JM-761108  
JM-761115  
JM-770201  
JM-770210  
JM-770221  
JM-770328  
JM-770408  
JM-770422  
JM-770518  
JM-770708  
JM-771110  
JM-771227  
JM-780104  
JM-780211  
JM-780213  
JM-780214  
JM-780516  
JM-780703  
JM-780707  
JM-780708  
JM-780710  
JM-780711  
JM-780713  
JM-780714

JM-780831  
JM-780902  
JM-780905  
JM-780906  
JM-780909  
JM-780911  
JM-780916  
JM-780918  
JM-780919  
JM-780920  
JM-780921  
JM-780925  
JM-781010  
JM-781021  
JA-781024  
JM-781028  
JM-781129  
JM-781209  
JM-781227